

Globalisierung

Wirtschaft im Dienst des Lebens –
Stellungnahme der
Evangelischen Kirche von Westfalen
zum Soesterberg-Brief

Materialien für den Dienst in der Evangelischen Kirche von Westfalen

Herausgegeben vom Landeskirchenamt der
Evangelischen Kirche von Westfalen
Altstädter Kirchplatz 5, 33602 Bielefeld

Layout und Satz: Jesse Konzept & Text GmbH
Produktion: Evangelischer Presseverband für Westfalen und Lippe e. V.
Cansteinstraße 1, 33647 Bielefeld
www.evangelisches-medienhaus-bielefeld.de

Das Materialheft kann auch auf der Internetseite www.ekvw.de
unter „Service/Download“ heruntergeladen werden.

Globalisierung

Wirtschaft im Dienst des Lebens –
Stellungnahme der
Evangelischen Kirche von Westfalen
zum Soesterberg-Brief

INHALTSVERZEICHNIS

1. Vorwort Präses Buß	5
2. Stellungnahme der Landessynode zum Soesterberg-Brief	7
3. Beschlüsse zur Stellungnahme der Landessynode zum Soesterberg-Brief	43
4. Globalisierung	45
Eine andere Globalisierung – Widerstände und Möglichkeiten Privatdozent Dr. Hans Diefenbacher	45
5. Anhang	65
5.1 Brief der Weltbünde	65
5.2 Brief an die Kirchen in Westeuropa – Soesterberg-Brief	67
5.3 Mitglieder Arbeitskreis Soesterberg	76
5.4 Pressemitteilungen	77

1. Vorwort

Der *Soesterberg-Brief* zum Thema „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ aus dem Jahr 2002 hat im Zusammenhang des weltweiten ökumenischen Konsultationsprozesses zur wirtschaftlichen Globalisierung die westeuropäischen Kirchen zur Stellungnahme herausgefordert (vgl. Anhang 2). Die Evangelische Kirche von Westfalen hat im Rahmen der *Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt* Globalisierung zum Schwerpunktthema der Jahre 2003 und 2004 gemacht. Die Landessynode 2003 hat beschlossen, das Thema Globalisierung zu einem Schwerpunktthema der Landessynode 2004 zu machen.

Zur Erarbeitung des Entwurfs einer Stellungnahme zum Soesterberg-Brief hat die Kirchenleitung einen Arbeitskreis aus Mitgliedern des Ständigen Ausschusses für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung und des Sozialausschusses unserer Landeskirche (vgl. Anhang 3) eingesetzt. Nach intensiver Beratung hat die diesjährige Landessynode die Stellungnahme in der jetzt vorliegenden Form (2.) zusammen mit Beschlüssen zur Umsetzung und Weiterarbeit (3.) bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen (vgl. dazu auch Anhang 4 Pressemitteilungen).

Gleichzeitig hatte Präses Sorg die Kirchenkreise und Kirchengemeinden dazu aufgerufen, sich am Diskussionsprozess in der westfälischen Landeskirche zu beteiligen. Dieser Bitte haben zahlreiche Kirchengemeinden und Kirchenkreise entsprochen – auch mit Hilfe von Materialheften unserer Landeskirche zum Thema „Globalisierung – es geht auch anders“. Als Ergebnis dieses Prozesses sind zahlreiche Anträge der Kreissynoden der Landessynode vorgelegt worden, die in den Beratungsprozess zum Entwurf einer Stellungnahme zum Soesterberg-Brief eingeflossen sind.

Um die Perspektive unserer Partnerkirchen in die Diskussion einzubringen, haben wir *ökumenische Gäste* aus Nord- und Südamerika, Afrika, Asien, Osteuropa und Vertreter der Konferenz Europäischer Kirchen zur Landessynode eingeladen, die in ihren Heimatkirchen oder in ihrem Aufgabengebiet am Thema Globalisierung als Schwerpunktthema arbeiten und deren Länder teilweise in besonderem Maße von der wirtschaftlichen Globalisierung betroffen sind.

Dies waren

- *Dr. Fidon Mwombeki*, Generalsekretär der NW Diözese, ELC Tanzania
- *Bishop Ebenezer C. Camino* aus der United Church of Christ Philippines
- *Dr. Wallace Ryan Kuroiwa*, United Church of Christ USA
- *Präsident Federico Schäfer* und *Altpräsident Juan Pedro Schaad* aus der Evangelischen Kirche am La Plata (Argentinien, Paraguay, Uruguay)

- *Pfarrer Piotr Gás*, Internationales Dietrich-Bonhoeffer-Studien- und Begegnungszentrum Szczecin/ Polen, sowie
- *Pfarrer Rüdiger Noll* und *Dr. Dr. Peter Pavlovic* für die Konferenz Europäischer Kirchen.

Unsere *ökumenischen Gäste* haben sich intensiv an der Diskussion beteiligt, dies ist an einigen Punkten der Stellungnahme sehr deutlich geworden.

Die Evangelische Kirche von Westfalen sieht ihre Stellungnahme zum Soesterberg-Brief sowohl innerhalb der EKD als auch im Rahmen der Konferenz Europäischer Kirchen zugleich als Beitrag zu einer europäischen Positionierung im Vorfeld der kommenden Vollversammlung des Weltrates der Kirchen (ÖRK) 2006 in Porto Alegre.

Damit die Stellungnahme der westfälischen Landeskirche auch über den deutschen Sprachraum hinaus unseren Partnerkirchen und dem weiteren ökumenischen Diskussionszusammenhang zugänglich ist, haben wir daher die Stellungnahme, die diesbezüglichen Beschlüsse der Landessynode sowie das Einführungsreferat von Dr. Diefenbacher (4.) ins Englische übersetzen lassen. Aus Kostengründen geben wir das Materialheft zweisprachig in einem Heft heraus.

Ich hoffe, dass aus dieser Stellungnahme viele Anregungen und Impulse innerhalb und außerhalb der EKvW entspringen, die sich segensreich für einen Globalisierungsprozess auswirken, der in der Verantwortung für jetzige und künftige Generationen gestaltet wird.

Präses Alfred Buß

A handwritten signature in black ink, reading "Alfred Buß". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

2. Stellungnahme der Landessynode zum Soesterberg-Brief

Die Kirchenleitung hat in Ausführung der Beschlüsse der Landessynode 2003 einen Arbeitskreis zur Erarbeitung einer Stellungnahme zum Thema Globalisierung eingesetzt als Antwort auf Anfragen von Kirchen, die im sogenannten „Soesterberg-Brief – Wirtschaft im Dienst des Lebens“ formuliert sind. Der Soesterberg-Brief an die Kirchen in Westeuropa ist das Ergebnis der ökumenischen Konsultation zur Wirtschaft im Dienst des Lebens, die vom 15. bis 19. Juni 2002 in Soesterberg (Niederlande) stattfand. Die Konsultation war Teil eines weltweiten ökumenischen Prozesses, in dem die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), des Lutherischen Weltbundes (LWB) und des Reformierten Weltbundes (RWB) gemeinsam die durch die ökonomische Globalisierung gestellten Herausforderungen in ihren Auswirkungen auf das Leben von Menschen und Mitwelt beraten und auf sie antworten.

Der Arbeitskreis, der den jetzt vorliegenden Entwurf „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ zur Landessynode 2004 erarbeitet hat, bestand aus Mitgliedern des Ständigen Ausschusses für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung sowie aus Mitgliedern des Sozialausschusses.

Inhaltsverzeichnis

1. Hinführung

- 1.1 Die Soesterberg-Dokumente: Wirtschaft im Dienst des Lebens
- 1.2 Die ökumenische Perspektive im Spannungsfeld zwischen Verlierern und Gewinnern der wirtschaftlichen Globalisierung

2. Globalisierung

- 2.1 Was nehmen wir wahr?
- 2.2 Die Rückkehr des wirtschaftlichen Liberalismus als Herausforderung für die Kirchen
- 2.3 Auf der Suche nach einer anderen Globalisierung

3. Kirchliche Herausforderungen

- 3.1 Die theologisch-ethische Herausforderung
- 3.2 Christliches Wirklichkeitsverständnis und wirtschaftsliberales Denken – Perspektivenunterschiede und Verständigungsblockaden
- 3.3 Biblische Gerechtigkeit, Option für die Armen, Suche nach dem Wohlergehen der gesamten Schöpfung
- 3.4 Das kirchliche Handeln – ekklesiologische Herausforderungen

4. Ansatzpunkte und Ebenen der Veränderung und Mitgestaltung

- 4.1 Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik
 - 4.1.1 Nachhaltige Entwicklung
 - 4.1.2 Soziale, ökologische und kulturelle Menschenrechte
 - 4.1.3 Welthandel – Grundfragen der Wirtschaftspolitik
 - 4.1.3.1 Welthandel, internationale Organisationen und Abkommen (WTO, ILO, IWF, Weltbank, GATS, TRIPS)
 - 4.1.3.2 Privatisierung von öffentlichen Aufgaben im Bereich der Grundversorgung
 - 4.1.3.3 Erwerbsarbeit und Grundsicherung
- 4.2 Organisationen und Unternehmen
 - 4.2.1 Ökumenische Partnerschaften
 - 4.2.2 Weltweite Mitverantwortung von Unternehmen: UN Global Compact
 - 4.2.3 Kirche und Diakonie als Arbeitgeberin
 - 4.2.4 Umgang mit kirchlichen Finanzmitteln
- 4.3 Bürgerschaftliches Engagement

5. Schlusswort

1. Hinführung

1.1 Die Soesterberg-Dokumente: Wirtschaft im Dienst des Lebens

Viele Kirchen in den Ländern des Südens und zunehmend auch in Osteuropa, u. a. unsere Partnerkirchen in Afrika, Asien und in Lateinamerika, aber auch Menschen und Gruppen in unserer Kirche und Gesellschaft fragen angesichts wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten und ökologischer Zerstörungen: Was sind die Gründe, dass sich die Gegensätze zwischen gesellschaftlich und wirtschaftlich Ausgegrenzten und denjenigen, die aus dem wirtschaftlichen Wachstum Nutzen ziehen und zum Teil extremen Reichtum anhäufen, vertiefen? Sie machen uns mit aller Deutlichkeit darauf aufmerksam: Wir sind als weltweite Gemeinschaft christlicher Kirchen herausgefordert, wenn unsere Geschwister im Glauben von menschenwürdigen Lebensbedingungen ausgeschlossen sind.

„Wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit“, sagt der Apostel Paulus im Blick auf die Einheit der Kirche als Leib Christi (1. Kor. 12,26). Ausgehend von 1. Kor. 12,26 bittet der Soesterberg-Brief, verfasst von einer ökumenischen Konferenz im Jahr 2002 in Soesterberg/NL, uns westeuropäische Kirchen, aus Gründen unseres Glaubens die weltwirtschaftlichen Entwicklungen kritisch zu analysieren und politisch Einfluss zu nehmen, um eine menschengerechte und nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Diese Tagung fand statt im Zusammenhang eines gemeinsamen Prozesses der Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), des Lutherischen Weltbundes (LWB) des Reformierten Weltbundes (RWB) sowie der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), der zum Ziel hat, wachsende Verbindlichkeit in Fragen weltweiter Gerechtigkeit zu erzielen.¹ Eine „Glaubenserklärung zur globalen Krise des Lebens“, die 2003 ein Forum der Kirchen des Südens in Buenos Aires verabschiedet hat, nennt in einer zugespitzten Weise Privatisierungen und die Deregulierung² der Märkte, legitimiert durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik, als entscheidende Gründe, dass sich in vielen Ländern des Südens die Armut vertieft und die Menschen von jeglicher Entwicklung ausgeschlossen sind.

Da die Heilszusagen Gottes umfassend allen Menschen gelten und wirtschaftliche Verelendung im Widerspruch zum Willen Gottes steht, gehört auch die Frage,

1 Beteiligt am weltweiten Prozess sind auch die regionalen ökumenischen Zusammenschlüsse, in Europa die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), die für die Soesterberg-Konferenz ein eigenes Positionspapier erarbeitet hat: „Die europäische soziale Marktwirtschaft – ein Alternativmodell zur Globalisierung? Ein Diskussionspapier, vorgelegt von der Nord-Süd-Arbeitsgruppe der Kommission für Kirche und Gesellschaft“ (www.cec-kek.org). Der dieser Stellungnahme beigefügte Soesterberg-Brief ist auch allgemein zugänglich unter www.ekvv.de.

2 Unter Deregulierung des Marktes versteht man den Abbau oder den vollständigen Verzicht des Staates auf regulierende Eingriffe in Marktabläufe.

inwieweit eine Wirtschaftsform im Dienst des Lebens steht, zum Grundauftrag der Kirche. Deshalb sind wir als Evangelische Kirche von Westfalen unsererseits herausgefordert, zu den in den genannten Dokumenten angesprochenen Fragen der Deregulierung der Märkte und der Politik der Privatisierung Stellung zu nehmen. Differenziert ist nach den vielfältigen Gründen wirtschaftlicher Fehlentwicklungen und der dramatischen Armut, besonders von Frauen³, in vielen Teilen der Welt zu fragen.

So sind in den Ländern des Südens und in Osteuropa sehr unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. Vor allem in Ostasien, in Südostasien und in Südamerika sind in den letzten zehn Jahren beeindruckende wirtschaftliche Wachstumsraten zu beobachten, sodass diese Länder z. T. in eine erfolgreiche Konkurrenz mit Produktionsstätten des Nordens eintreten. Die Zahl der Hungernden konnte in diesen Teilen der Welt um rund 70 Millionen Menschen verringert werden. In anderen Erdteilen verschärft sich die wirtschaftliche Lage, speziell die Situation der Ärmsten: So nahm die Zahl der Hungernden in Nahost, in Subsahara-Afrika und zwischenzeitlich in einigen GUS-Nachfolgestaaten stark zu. In diesen Ländern sehen wir den *Ausschluss* unzähliger Menschen von einem menschenwürdigen Leben. Insbesondere in Afrika finden sich ganze Länder und Völker daran gehindert, den Prozess wirtschaftlicher Globalisierung aktiv mitzugestalten. Neben hausgemachten Ursachen, z. B. die Misswirtschaft korrupter Machteliten, die ethnischen Konflikte, das Fehlen von Rechtssicherheit, sind es auch die für viele Länder ungerechten Rahmenbedingungen des Welthandels, die sie in eine schwierige Situation hineingeführt haben, insbesondere die stark protektionistische Haltung der USA und der EU im Bereich der Landwirtschaft. So subventionieren die EU und die USA ihre Landwirtschaften mit mehr als 200 Mrd. Dollar pro Jahr. Innerhalb der OECD-Länder⁴ wird die Landwirtschaft vom Staat mit Beträgen subventioniert, die zusammen das Bruttosozialprodukt ganz Afrikas übersteigen.⁵

Die Entwicklungen sind somit unterschiedlich und in ihren Ursachen genau zu analysieren. Als drängende Herausforderung für alle politisch und wirtschaftlich

3 Die Weltbank bestimmt die Grenze absoluter Armut für Afrika (südlich der Sahara) mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 1 USD und für Lateinamerika von 2 USD pro Tag. Weltweit müssen gegenwärtig 3 Mrd. Menschen mit weniger als 2 USD pro Tag auskommen. Ein Fünftel der Menschheit (1,2 Mrd. Menschen) fristet ihr Leben mit weniger als 1 USD pro Tag, 70 % von ihnen sind Frauen. Die Anzahl der Frauen, die in absoluter Armut leben, stieg in den letzten beiden Jahrzehnten um 50 %. Mehr und mehr erhält Armut ein weibliches Gesicht, zunehmend auch in Industrieländern.

4 Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit): Zusammenschluss in führenden Industrienationen und wirtschaftlich relativ hoch entwickelten Staaten wie z. B. Australien, Island, Neuseeland, Schweiz, Tschechische Republik, Ungarn.

5 epd-Dokumentation 49/2001, S. 34.

Verantwortlichen bleibt die Frage, ob die von der UNO, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und führenden Industrienationen bekräftigten sog. „Millenniumsziele“⁶ zur Halbierung der Armut in der Welt bis 2015 erreicht werden können. Gegenwärtig besteht Anlass zu ernster Sorge, dass diese Ziele nicht erreicht werden können. In der alle Grenzen überschreitenden ökumenischen Gemeinschaft von Kirchen erleben wir es als einen Skandal, dass unzählige Menschen von menschenwürdigen Lebensbedingungen ausgeschlossen werden. Ebenso gravierend ist die weltweite Verschärfung der ökologischen Krise. Allein in den letzten zehn Jahren gingen fast 100 Millionen Hektar Waldfläche verloren, zum großen Teil deshalb, weil Millionen armer Bauern in Afrika und Lateinamerika gezwungen sind, Wälder zu roden, um an Ackerland oder Energie zu kommen. Nur 15 % der Bevölkerung in den reicheren Ländern sind für 50 % des weltweiten Kohlendioxidausstoßes verantwortlich, aber die ärmeren Länder tragen schon jetzt und werden auch in Zukunft einen Großteil der „Kosten“ des dadurch forcierten Klimawandels zu tragen haben. Sie verlieren durch Umweltzerstörung jährlich bis zu 8 % ihres Bruttoinlandsprodukts und leiden unter den verheerenden Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlergehen der Menschen. Obgleich die Regierungen fast aller Länder sich bereits 1992 auf der UN-Weltkonferenz in Rio de Janeiro zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik verpflichtet haben, werden auch hier die gesetzten Mindestziele nicht erreicht. Die Erde wird weiterhin um kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen willen über die Grenzen ihrer ökologischen Belastbarkeit hinaus langfristig geschädigt. Die Anzeichen eines globalen Klimawandels werden immer deutlicher, dessen Ursachen zu einem wesentlichen Teil in der übermäßigen Nutzung fossiler Energieträger in den industrialisierten Ländern liegen. Insbesondere die nachfolgenden Generationen werden den Preis dafür zahlen müssen. Auch hier werden die Länder des Südens in besonderer Weise die Leidtragenden sein.

1.2 Die ökumenische Perspektive im Spannungsfeld zwischen Verlierern und Gewinnern der wirtschaftlichen Globalisierung

Unsere Geschwisterkirchen aus dem Süden und Osten stellen uns insbesondere folgende Fragen:

- Wie erlebt ihr in eurer eigenen Lebens- und Erfahrungswelt die Prozesse der Globalisierung?
- Was bedeutet für euch im Zusammenhang der wirtschaftlichen Globalisierung die Einheit der Kirchen als der eine Leib Christi?
- Wie geht ihr in euren Gemeinden, Kirchenkreisen und Landeskirchen mit euren eigenen Geldern um?
- Was tut ihr dafür, dass Wirtschaft und Handel in der Einen Welt fairer werden?

⁶ Die Millenniumsziele legen als vorrangiges Politikziel die Bekämpfung der Armut fest.

Der mit der wirtschaftlichen Globalisierung verknüpfte Umbruchprozess ist auch bei uns angekommen.

In unserer Gesellschaft erleben sich Menschen zunehmend ausgegrenzt. Der Skandal der seit Mitte der 1970er Jahre anhaltenden Massenarbeitslosigkeit ist zu einer Generationenerfahrung geworden. Im Gesundheitsbereich, in der Altersversorgung und in der sozialen Absicherung kommt es zu schmerzlich erfahrenen Einschränkungen. Diese kritischen Entwicklungen hängen *nicht nur* ursächlich mit dem Prozess wirtschaftlicher Globalisierung zusammen, sondern auch z. B. mit der jahrzehntelangen Vernachlässigung des demographischen Faktors und den hohen Produktivitätsfortschritten.

Auch in unserem Land leben viele Menschen in Armut. Gleichzeitig werden arbeitsintensive Produktionsbereiche rund um den Globus verlagert, sodass Menschen mit geringeren Qualifikationen immer weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Dadurch fühlen sich Mitbürgerinnen und Mitbürger zunehmend existentiell verunsichert. Beinahe täglich berichten Medien über Entscheidungen international tätiger Firmen, Arbeitsplätze in Deutschland abzubauen und in sogenannte Billiglohnländer zu verlagern.

Insgesamt hat sich die Verteilungsschieflage in den letzten dreißig Jahren in einem starken Maße zugespitzt: 1973 lebten in Deutschland 6,5 Prozent der Haushalte in „relativer Armut“, hatten also ein Einkommen von unter 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens aller deutschen Haushalte. Bis 1998 stieg dieser Anteil auf 10,9 Prozent. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Deutschland hat sich in den vergangenen 40 Jahren verfünffacht. 2002 erhielten 2,76 Millionen Menschen Hilfe zum Lebensunterhalt. Das entspricht einem Anteil an der Bevölkerung von 3,3 Prozent. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Haushalte, die als „relativ reich“ gelten, mehr als verfünffacht. Für 1998 gilt: Das obere Drittel der privaten Haushalte hat mit einem Anteil von 59 Prozent der gesamten verfügbaren Haushaltseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland mehr als die beiden unteren Drittel zusammen, auf die nur 41 Prozent entfallen. Dramatisch verlief die Entwicklung für die einkommensärmsten Haushalte: Das unterste Zehntel büßte in 25 Jahren 13 Prozent, das zweite immer noch 6,8 Prozent seines Einkommensanteils ein. Zwanzig Prozent der westdeutschen Haushalte, das sind über 13 Millionen Menschen, rutschen also immer weiter weg von der durchschnittlichen Einkommensausstattung.⁷

Menschen fragen sich besorgt: Kann ich in Zukunft meinen gesellschaftlichen Status halten? Droht mir – speziell als ältere Arbeitnehmerin oder älterer Arbeitnehmer

⁷ Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (2001), *Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Berlin, S. 26.

– angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ungeachtet meines bisherigen Verdienstes innerhalb von wenigen Jahren der Absturz in die Sozialhilfe? Wie lange kann ich dem hohen Konkurrenzdruck standhalten? Wann werde ich wohl resignieren und was wird dann aus meiner Familie und mir?

Die Kirche ist als Teil unserer Gesellschaft von dieser Entwicklung mit betroffen. Es sind auch unsere Gemeindeglieder, die von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg betroffen sind. Dies wirkt sich neben anderen Faktoren auch auf die Einnahmesituation der Kirche aus. Werden wir als Kirche uns aus bestimmten Arbeitsfeldern zurückziehen und Mitarbeitende in die Arbeitslosigkeit entlassen müssen?

Noch leben wir in einer wohlhabenden Gesellschaft mit einem ausgebauten sozialen Sicherungssystem. Im Verhältnis zu vielen marginalisierten⁸ Kirchen im Süden haben die Kirchen in Deutschland noch eine recht starke gesellschaftliche und vom Staat ausdrücklich anerkannte Stellung und finden Gehör in wichtigen gesellschaftlichen Fragen. Über die Kirchensteuer haben die Kirchen durch ihre Mitglieder in hohem Maße Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung des Standortes Deutschland als größter Exportnation. Dies gilt es in die Überlegungen mit einzubeziehen, wenn wir die im Soesterberg-Brief an uns gestellten Fragen aus der weltweiten Ökumene verbindlich beantworten wollen.

Unsere Stellungnahme folgt dem ökumenischen Dreischritt von „Sehen“ (Kapitel 2) – „Urteilen“ (Kapitel 3) – „Handeln“ (Kapitel 4).

- *Im zweiten Kapitel fragen wir zunächst genauer nach: Was nehmen wir wahr an dem vielschichtigen Phänomen „Globalisierung“?*
- *Im dritten Kapitel versuchen wir zu benennen, in welcher Weise die wirtschaftliche Globalisierung uns als Kirche herausfordert. Um welche theologisch-ethischen Fragen geht es und was fordert unser christliches Menschen- und Gesellschaftsbild? Gibt es in den gegenwärtigen Wirtschaftsprozessen eine Tendenz zur Verabsolutierung des Ökonomischen, eine quasi-religiöse Dimension? Welche Bedeutung haben in diesem Zusammenhang die biblischen Traditionen der Gerechtigkeit Gottes, seiner Option für die Armen und das Wohlergehen der gesamten Gesellschaft? In welcher Weise hilft uns unsere Ekklesiologie, Eckdaten für eine Wirtschaft im Dienst des Lebens zu benennen?*
- *Das vierte Kapitel befasst sich mit unseren innerkirchlichen Handlungsfeldern und unserer Verantwortung als Kirche, dialogorientiert in die eigene Gesellschaft und in die weltweite ökumenische Gemeinschaft hineinzureden und zu handeln.*

⁸ *Marginalisierte Kirchen sind solche, deren Wort gesellschaftlich nicht gehört wird.*

2. Globalisierung

2.1 Was nehmen wir wahr?

Der schillernde Begriff „Globalisierung“ meint aus wirtschaftlicher Sicht in erster Linie das Entstehen weltweiter Märkte für Finanzkapital, Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsangebote. In diesem Sinne bezeichnet Globalisierung einen Prozess, der bis in die Anfänge der Industrialisierung zurückreicht. In den letzten Jahrzehnten hat dieser Prozess einer fortschreitenden Integration der weltweiten Märkte eine neue Dynamik gewonnen: In wirtschaftspolitischer Hinsicht ist seit Mitte der siebziger Jahre eine starke Tendenz der Liberalisierung des Welthandels sowie der Weltfinanzmärkte zu beobachten. Diese Dynamik hat insbesondere zu einem unglaublich starken Anwachsen der internationalen Finanzströme geführt. Aber auch der Welthandel sowie Direktinvestitionen in anderen Ländern haben sich übermäßig stark entwickelt.

Diese Prozesse konnten sich aufgrund der Veränderungen politischer Rahmenbedingungen und technologischer Neuerungen in den letzten zwanzig Jahren besonders stark auswirken. Der Zusammenbruch der Staaten des Warschauer Paktes sowie die Grenzöffnungen fast aller Länder dieser Erde haben der Wirtschaft neue Möglichkeiten eröffnet. Hinzu kommt die geradezu revolutionäre Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien, welche einen weltweiten Umgang mit Informationen in „Echtzeit“ ermöglichen. Die Verkehrs- und Transportmittel haben sich in einer Weise entwickelt, dass der Warentransport und die menschliche Mobilität eine neue Qualität erreicht haben. Vor diesem Hintergrund erleben wir eine alle Grenzen überschreitende Vernetzung der Handelsströme von Waren, Dienstleistungen und Finanzen sowie eine weltweite Mobilität im Geschäftsverkehr, im Tourismus und in der Migration. Kulturelle und religiöse Lebensmuster mischen sich. Dies führt zu intensiven interkulturellen und -religiösen Begegnungen, aber häufig nährt es auch die Angst vor kultureller Bevormundung und Entfremdung. Die sich daraus ergebenden Verunsicherungen und versuchten Abgrenzungen stützen und stärken fundamentalistische Positionen. Was längst überwunden schien, lebt ganz neu auf: Konflikte verbergen sich hinter kulturellen und religiösen Motiven. Der unheilige Krieg wird wieder heilig.

Der Informationsaustausch durch die Massenmedien lässt ein Bewusstsein dafür wachsen, dass alles weltweit zusammenhängt und sich gegenseitig bedingt. Dies betrifft neben den genannten ökonomischen Aspekten auch Fragen einer globalen Menschenrechts- und Umweltpolitik. Ökologische Gefährdungen und umweltpolitische Maßnahmen können nur begrenzt im nationalstaatlichen Rahmen betrachtet werden.

So ist ein Netzwerk weltweiter Kommunikation und Interaktion entstanden. Wir nehmen wahr, wie die ökonomischen Austauschbeziehungen wachsen, aber auch der Austausch von Informationen, Ideen, politischen Überzeugungen sowie religiösen und kulturellen Lebensmustern. Räumliche Entfernungen verlieren fortschreitend an Bedeutung. Immer mehr Ereignisse werden weltweit gleichzeitig wahrgenommen und mit immer kürzeren Verzögerungen an unterschiedlichen Orten der Welt wirksam.

Die vielfältigen und in kürzester Zeit über immer größere Entfernungen sich verknüpfenden zwischenmenschlichen Handlungsebenen verstärken einen Eindruck von Vielschichtigkeit und Unübersichtlichkeit. Wirtschaftliches wie politisches Handeln gerät in eine wachsende Abhängigkeit von Faktoren, auf die kaum oder nur sehr indirekt Einfluss genommen werden kann. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt darin, dass lokales soziales Handeln immer stärker von räumlich entfernten Einflüssen – etwa von Preisentwicklungen auf fernen Märkten oder auch von ökologischen Schäden, die in ganz anderen Teilen der Welt verursacht worden sind – bestimmt und geprägt wird. Im Prozess der Globalisierung haben sich veränderte Bedingungen des Verhältnisses von Staat, Markt und Zivilgesellschaft entwickelt.

Gleichwohl darf die Globalisierung nicht als ein unveränderlicher Sachzwang verstanden werden. Vielmehr sind die politischen, speziell wirtschafts- und unternehmenspolitischen Entscheidungen zu benennen, die Globalisierung mitgestalten oder vorantreiben und die konkret bestimmbareren Interessen dienen. Das weltweit entstehende Netzwerk von Information und Entscheidung erhöht zwar generell wechselseitige Abhängigkeiten, aber es ist keinesfalls ein Netzwerk Gleichberechtigter, sondern es ist geprägt von deutlichen Ungleichgewichten, von mehr oder weniger bestimmenden Machtzentren, von direkten und indirekten Abhängigkeiten bis hin zum Ausschluss von jeder nennenswerten Einflussnahme.

Im Einzelnen nehmen wir wahr,

- dass immer mehr Staaten – auch wirtschaftlich schwächere – Handelsbeschränkungen aufheben müssen,
- dass zwischen den Kulturen sich neue Begegnungsmöglichkeiten eröffnen,
- dass der Weltmarkt einen Druck zur kulturellen Anpassung verstärkt,
- dass die Verantwortung für viele Bereiche unseres Lebens zunehmend als globale Aufgabe begriffen wird,
- einen zunehmenden Verdrängungswettbewerb mit einer wachsenden Verunsicherung bei uns,
- die abnehmenden Einflussmöglichkeiten des politischen Systems auf wirtschaftliche Prozesse,

- wachsende Migrationsbewegungen⁹ bei gleichzeitiger Verschärfung des Asylrechts,
- zunehmende ökologische Belastungen, Raubbau an den Ressourcen,
- eine zunehmende öffentliche Armut,
- die Entkopplung ganzer Regionen / Kontinente (Afrika) vom Welthandel,
- soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklungen in Europa, besonders den Prozess der EU-Erweiterung und seine Konsequenzen für das Leben von Einzelnen und Gesellschaften.

2.2 Die Rückkehr des wirtschaftlichen Liberalismus als Herausforderung für die Kirchen

In den ökumenischen Stellungnahmen wird der Prozess der wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung größtenteils als „Neoliberalismus“ gekennzeichnet. Da es sich hierbei in der bundesdeutschen wirtschaftswissenschaftlichen Debatte um einen Begriff handelt, der als ideologisch besetzt gilt und der deshalb die Gespräche erschwert, wählen wir stattdessen den Begriff des wirtschaftlichen Liberalismus.¹⁰

In Kontext der wirtschaftlichen Globalisierung ist es zu einer weltweiten Wiedergeburt wirtschaftsliberalen Denkens gekommen. Es handelt sich hier um eine Konzeption, die das individuelle unternehmerische Handeln, die Freiheit der einzelnen Wirtschaftssubjekte¹¹ und die positive Kraft des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs betont. Wesentliches Gestaltungsprinzip ist, die Erfolge wirtschaftlichen Handelns durch einen leistungsmotivierenden Wettbewerb zu steigern. Der Staat hat vorrangig die privaten Eigentumsrechte zu garantieren, die Vertragsfreiheit festzulegen, die Voraussetzungen für wertbeständiges Geld zu schaffen und die Märkte offen zu halten. Eine solche stabile Rahmenordnung soll dem Einzelnen größtmögliche, dauerhaft gesicherte Freiheit bieten und fördert Eigeninitiative und Selbstverantwortung. Wirtschaftspolitisches Ziel ist es, Konjunktur, Wachstum und Beschäftigung zu beleben.

Inwiefern ist dieses Konzept, das in vielen ökumenischen Stellungnahmen als „Neoliberalismus“ bezeichnet wird, aus kirchlicher Sicht zu kritisieren?

⁹ Unter Migration versteht man weltweite Wanderungsbewegungen von Einzelpersonen und Gruppen auf der Suche nach neuen Überlebensperspektiven.

¹⁰ Dieser Begriff ist nicht zu verwechseln mit dem des Ordoliberalismus, dessen Begründer (Eucken, Röpke, Müller-Armack) sich für die Verbindung von wirtschaftlicher Freiheit und staatlich sichergestelltem sozialen Ausgleich einsetzten. Siehe hierzu auch Abschnitt 3.2.

¹¹ Ökonomischer Fachbegriff, der das individuelle wirtschaftliche Handeln kennzeichnet.

Drei Gesichtspunkte sind zu benennen:

- Die ideellen Grundlagen des wirtschaftlichen Liberalismus:
Leitende Idee des Liberalismus ist die Ordnung immer weiterer Bereiche der Gesellschaft nach dem Prinzip des Marktes, auf dem Menschen rational-kalkulierend und eigennutzorientiert handeln. Dieses Denken folgt einem strikt individualistischen Denkansatz. Der Vorrang des Individuums und ein Verständnis von Freiheit als Willkür- und Wahlfreiheit sind die ideellen Grundlagen dieses Konzepts. Maßstab der Gesellschaftsentwicklung sind die Handlungen und Entscheidungen der einzelnen Akteure, deren Freiheit – speziell als Freiheit wirtschaftlichen Handelns – zu schützen ist. Demgegenüber spielen Fragen nach einem guten Leben für alle, nach gemeinsamen gesellschaftlichen Zielen und der Sicherung von Solidarität höchstens eine untergeordnete Rolle. In dieser einseitigen Ausrichtung steht das Menschen- und Gesellschaftsbild des wirtschaftlichen Liberalismus in einer Spannung zu dem christlichen Menschenbild.
- Die politischen Gestaltungsmöglichkeiten im wirtschaftlichen Liberalismus:
Entscheidungen in der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) werden wesentlich durch informellen Konsens der Vertreter der G-7/G-8-Staaten bestimmt. Die Entwicklungsländer sind dem weitgehend ausgeliefert. Grundlegende Reformen hinsichtlich einer echten Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeit der Mehrheit der Weltbevölkerung scheitern an den gegenwärtigen Stimmrechtsverhältnissen im IWF und der Weltbank. Die USA nutzen ihre Sperrminorität, um wirtschaftsliberale Politik durchzusetzen, und verhindern grundlegende Reformen. Auch die Europäische Union gibt ihren besonderen wirtschaftlichen Interessen politisch Vorrang, selbst wenn sie in mancher Hinsicht stärker Nachhaltigkeitsgesichtspunkte berücksichtigt. Insofern bilden die weltwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen faktisch eine undemokratische Parallelstruktur zu den Vereinten Nationen, bei der die Entwicklungsländer keine Möglichkeit haben, ihre Interessen in den internationalen Finanzinstitutionen zu vertreten. Das Scheitern der Welthandelskonferenz in Cancun 2003 ist ein Zeichen des Protestes vieler Entwicklungs- und Schwellenländer.
- Die realen Folgen des wirtschaftlichen Liberalismus:
Die liberale Wirtschaftspolitik hat in Teilen der Welt erfolgreich wirtschaftliches Wachstum und Wohlstandsentwicklung befördert, in anderen Teilen der Welt jedoch zu keiner Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerungsmehrheit (z. B. Indien) geführt. Weite Teile Afrikas sind fast völlig von der weltweiten Entwicklung ausgeschlossen. Weltweit hat sich die Situation der Ärmsten kaum geändert. Der Hauptgrund dafür liegt in der nun schon mehr als 30 Jahre andauernden Überschuldung des Südens. Sie führt dazu, wie am Beispiel Argen-

tinien sichtbar¹², dass die aufgebrachten Gelder für Schuldendienst und Zinszahlungen immer wieder höher sind als die Kapitalzuflüsse durch ausländisches Direktinvestment und internationale Entwicklungshilfe. Darüber hinaus ist festzustellen, dass sich die gesellschaftlichen Ungleichheiten in fast allen Ländern vertiefen, weil dort, wo eine allgemeine Wohlstandsentwicklung einsetzt, die Einkommen der wirtschaftlichen Eliten in besonderer Weise ansteigen. Aus christlich-sozialethischer Sicht ist angesichts dieser Entwicklungen eine grundlegende Problemstellung festzustellen: Lässt sich die Vertiefung von Ungleichheiten rechtfertigen, wenn die Ärmsten von der Gesamtentwicklung profitieren? Inwieweit ist eine solche Verbesserung der Lage der Ärmsten in den letzten beiden Jahrzehnten zu beobachten? Welche Perspektiven eröffnet die gegenwärtige Entwicklung denen, die am schlechtesten gestellt sind? Mit diesen Fragen wollen wir die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft konfrontieren, um eine menschengerechte Entwicklung zu fördern.

Rahmenbedingungen, die die armen Länder von der Mitgestaltung weltwirtschaftlicher Prozesse ausschließen, stehen im Widerspruch zum christlichen Verständnis von Teilhabe und Gerechtigkeit. Das christliche Verständnis schließt den Abbau struktureller Ursachen von Ungerechtigkeit ein.

2.3 Auf der Suche nach einer anderen Globalisierung

Viele Menschen im Süden und Norden fragen angesichts der problematischen Auswirkungen des herrschenden wirtschaftlichen Liberalismus nach einer „anderen“ Globalisierung. Plattform dieser Suche ist das Weltsozialforum (WSF), das im Januar 2004 in Indien zum vierten Mal stattfand. Das WSF ist eine Gegenver-

¹² So galt Argentinien früher als reichstes Land in Lateinamerika. Argentinien's Auslandsverschuldung begann mit der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 außer Kontrolle zu geraten. Sie stieg von 7,8 Mrd. USD 1976 auf 43 Mrd. USD 1983. Während Argentinien in den 90er Jahren mustergültig die Auflagen des IWF erfüllte, stiegen gleichzeitig die Auslandsschulden auf 146 Mrd. USD bis 1999. Nutznießer waren die korrupte politische und wirtschaftliche Elite des Landes sowie die internationalen Geldgeber, deren finanzielle Interessen mit neuen Darlehen des IWF abgesichert wurden. Eine massive Verarmung breiter Teile der Bevölkerung führte im Jahr 2001 zu Hunger-Demonstrationen und zu einer massiven Protestbewegung sowie dem völligen politischen Zusammenbruch: Innerhalb von zwei Wochen wechselten sich fünf Präsidenten ab. Die zweite wirtschaftliche Fehlsteuerung bestand in der Überschätzung durch eine Wirtschaftspolitik, die vor allem auf Geldmengensteuerung und währungs-politische Elemente konzentriert war. Dazu hat der Chef der Rechercheabteilung des IWF, Mussa, 2002 kritisch festgestellt: „Auf Grund der Tatsache, dass es eine permanente und tief greifende Einmischung des IWF in die Wirtschaftspolitik Argentinien's gegeben hat, dass er dieses finanziell unterstützt hat und dass er immer wieder Vertrauen und Lob für diese Politik ausgesprochen hat müssen wir schlussfolgern, dass diese Institution ihre Verantwortung für die Fehler übernehmen soll, die sie in diesem konkreten Fall gemacht hat, und dass sie bereit sein soll, die Fehler zu akzeptieren und aus ihnen zu lernen“ (Mussa, M.: *Argentina y el FMI. Del triunfo a la tragedia*, Buenos Aires, 2002).

anstaltung zum beinahe zeitgleich tagenden Davoser Weltwirtschaftsforum der Regierungschefs und Wirtschaftsführer. Das Motto des Weltsozialforums lautet: „Eine andere Welt ist möglich.“ Es geht um die Kritik an einer einseitig markt-orientierten und wirtschaftlich dominierten Globalisierung und die Hoffnung auf eine Alternative, deren Konturen allerdings nicht klar erkennbar sind.

3. Kirchliche Herausforderungen

3.1 Die theologisch-ethische Herausforderung

Die sichtbaren Folgen der Globalisierung sind vor allem Ergebnis des zunehmend liberalisierten wirtschaftlichen Handelns. Diesem System einer globalisierten Wirtschaft fehlt gegenwärtig eine deutliche politische Einbindung. Dies verlangt nach einer neuen moralischen Grundlegung, die über den vagen Vorstellungen einer sozialen Gerechtigkeit als Herstellung von Gleichheit und der Kompensation von Ungleichheit hinausgeht. Diese neue moralische Grundlegung verlangt einen Paradigmenwechsel, eine kritische Auseinandersetzung mit den sozialetischen Grundkategorien der Freiheit, Gerechtigkeit und der politischen Solidarität. Diese ethischen Grundentscheidungen bestimmen das Verhältnis von Wirtschaft, Mensch und Gesellschaft.

Es gehört zu den besonderen kirchlichen Kompetenzen, diese Dimension eines Menschen- und Gesellschaftsbildes klären zu helfen. So haben sich die Kirchen insbesondere auf die ideellen Grundlagen des wirtschaftlichen Liberalismus zu beziehen, denn – mit den Worten der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 formuliert – es gibt keine Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu Eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften (Barmen II).

Es ist Aufgabe von Kirche, sich in eine vermeintlich „reine Fachdiskussion“ einzumischen.

Insbesondere wo die politisch Verantwortlichen betonen, dass die Globalisierung der Märkte keine Alternative lassen, müssen die Kirchen auf Grundlage ihres Bekenntnisses zu Gott, der Recht und Gerechtigkeit schafft und sich in besonderer Weise den Armen und Schwachen zuwendet, kritisch Einspruch erheben. Wenn im Bereich wirtschaftlichen Handelns stets auf Sachzwänge verwiesen wird, besteht offenkundig die Gefahr einer Verabsolutierung bestimmter ökonomischer Strategien, die nicht mehr hinterfragt werden sollen. Demgegenüber müssen die Kirchen ihre Gesichtspunkte für soziales, wirtschaftliches und umweltgerechtes Handeln in zeitgemäßer Neuformulierung ins Gespräch bringen.

3.2 Christliches Wirklichkeitsverständnis und wirtschaftsliberales Denken – Perspektivenunterschiede und Verständigungsblockaden

Der Wirtschaftsliberalismus ist problematisch, wenn das Marktprinzip nicht allein ökonomische Aktivitäten ordnen, sondern alle Lebensbereiche sozialen, politischen und gesellschaftlichen Zusammenlebens bestimmen will. Dann besteht die Gefahr, dass der Markt vom Zweck zum Selbstzweck und aus dem Mittel ein Ziel wird.

Gegenwärtig gibt es viele Verständigungsblockaden zwischen den Kritikern und Kritikerinnen und den Vertretern und Vertreterinnen einer Gestaltung weltwirtschaftlicher Prozesse nach den Vorgaben wirtschaftsliberalen Denkens. Es gibt eine prinzipielle Auseinandersetzung darüber, wie Ökonomie und Politik einander zugeordnet und vor allem wie die Rahmenordnung für die sozialen Sicherungssysteme gestaltet werden sollen, damit es dem Gemeinwohl am besten dient. Zwei ordnungspolitische Idealtypen stehen sich dabei gegenüber, nämlich:

- die Steuerung über zentral gelenkte staatliche Bürokratien oder
- die Steuerung über von dezentralen Entscheidungen bestimmte Marktsysteme.

Diese Alternative wird in vielen Debatten als ein prinzipieller Gegensatz von politischen Leitbildern verstanden. Daraus resultieren Denk- und Diskussionsblockaden, die vielfach auch zu einer Blockade des politischen Handelns führen. Es ist notwendig, diese Blockaden zu überwinden und Ansätze für politisches Handeln zu suchen. Konkret ist zu fragen, wann von einem Staatsversagen und wann von einem Marktversagen auszugehen ist. Dieser Frage gilt es in Deutschland und ebenfalls weltweit nachzugehen.

In der Bundesrepublik Deutschland hat es die erfolgreiche Einführung eines solchen Modells, das eine handlungsfähige politische Rahmenordnung mit marktwirtschaftlichen Erfordernissen verbindet, mit der Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ gegeben. Dieses Ordnungsmodell verstand sich in historischer Perspektive nach 1945 als ein Vermittlungsversuch von liberalen Wirtschaftsansätzen mit den Gerechtigkeitsvorstellungen der christlichen Kirchen und der Arbeiterbewegung. Wesentlich für das Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft – so das Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen von 1997 – war und ist, „dass wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Ausgleich als gleichrangige Ziele und jeweils der eine Aspekt als Voraussetzung für die Verwirklichung des anderen begriffen werden.“ (Nr. 143)

Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ist bereits in den Vorstellungen der protestantisch geprägten Widerstandsgruppen der Freiburger Denkschrift und des Kreisauer Kreises zum Ausdruck gekommen, deren Ansatz später als Ordoliberalismus der Freiburger Schule bekannt wurde. Die Grundidee besteht darin, die Vorrangstellung des Menschen im Wirtschaftsgeschehen zu sichern. Die Ordnung des

wirtschaftlichen Lebens muss insbesondere die Persönlichkeitswürde des Einzelnen respektieren, indem die Rechte und die Eigenverantwortung des Einzelnen zu garantieren sind. Eine solche Ordnung sahen die Kreisauer und die Freiburger in einer Wettbewerbsordnung der vollständigen Konkurrenz mit einem starken, die Rahmenordnung setzenden Staat. Im Unterschied zu einer zentralen Verwaltungswirtschaft, die in der Gefahr steht, die Einzelpersonlichkeiten auszuschalten und zudem die Korruption zu fördern, sowie dem reinen Kapitalismus mit der Tendenz der Ausbildung der Marktformen der Monopole und Oligopole¹³, die nur unzureichend zu kontrollierende Machtgebilde darstellen, führt die Wettbewerbsordnung dazu, selbstverantwortliches Handeln anzuregen, die Freiheit des Konsums einzuräumen und auf diese Weise höchst wirksam die allgemeine Güterversorgung zu gewährleisten. Durch eine möglichst breite Eigentumsverteilung sowie Mitbestimmungsrechte und ggf. auch Gewinnbeteiligungen für die Belegschaften sollte die Eigenverantwortung auf allen Ebenen wirtschaftlichen Handelns ermöglicht werden. Die Wettbewerbsordnung war nach diesen Konzeptionen grundlegend durch eine staatliche Wirtschaftspolitik und durch eine Sozialordnung zu ergänzen. Dem Staat sollte eine gestaltende Rolle zukommen, insbesondere sollte er das Wettbewerbsprinzip sichern und verteidigen.

Dieses Modell, das heute angesichts der neuen Herausforderungen eine „strukturelle und moralische Erneuerung“ im Sinn einer „Weiterentwicklung zu einer sozial, ökologisch und global verpflichteten Marktwirtschaft“ (Nr. 11) nötig hat, ist nach wie vor beispielhaft für die Verknüpfung der berechtigten Anliegen wirtschaftsliberalen Denkens mit den christlichen Vorstellungen von Gerechtigkeit und Solidarität. Gegenwärtig kommt es darauf an, in Anknüpfung und Weiterentwicklung dieses Vermittlungsversuches, Perspektiven aufzuzeigen, wie ein menschenwürdiges Leben, ein Leben in vollem Genüge für alle zu verwirklichen ist.

Bisher haben sich diese ordnungspolitischen und ethischen Orientierungen strukturell am Nationalstaat ausgerichtet. Unter den Bedingungen der Globalisierung muss dieser Rahmen weiter gefasst werden. Es ist zu fragen, wie wesentliche Prinzipien dieses Modells auf der Ebene internationaler Institutionen zu verankern sind, um den Prozess der Globalisierung verantwortlich zu gestalten.

3.3 Biblische Gerechtigkeit, Option für die Armen, Suche nach dem Wohlergehen der gesamten Schöpfung

Inspiziert von der biblischen Verheißung, dass alle „das Leben und volle Genüge“ (Joh 10,10) haben sollen, steht die Kirche ebenso wie jeder einzelne Christ und jede einzelne Christin vor der Frage, wie menschliches und gesellschaftliches Handeln

¹³ Oligopole: Märkte mit nur wenigen Anbietern (eine heute weit verbreitete Marktform).

unter den Bedingungen der noch nicht erlösten Welt entsprechend der Verheißung gestaltet werden kann.

Kirche als Teil des Volkes Gottes lebt mit dem Auftrag, die Geschichte von Gottes Erbarmen und seiner Gerechtigkeit zu bewahren und immer wieder neu von ihr zu erzählen. Darin wird sie immer wieder angehalten, Einsichten und Einfälle sozialer Phantasie, wie den Armen, Schwachen und Ausgegrenzten Gerechtigkeit widerfahren kann, zu entwickeln.

Im gemeinsamen Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland von 1997 unter dem Titel „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ wird mit dem Verweis auf die Befreiungserfahrung des Volkes Israel aus der Knechtschaft in Ägypten das Erbarmungshandeln Gottes zur Voraussetzung für die Lebensordnung der 10 Gebote: Sie sind Weisungen zu einem Leben in Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit und Wahrheit. So sind sie übertragbar in einen Diskussionsprozess außerhalb der Kirche.

Mit der Erinnerung an das biblische Verständnis von Gerechtigkeit und Solidarität stellt das Gemeinsame Wort dem Prozess der Desintegration und Entsolidarisierung in der Gesellschaft ein anderes Denken und Handeln entgegen, das durch die erinnerte und erzählte Geschichte vom Erbarmen Gottes „zur barmherzigen und solidarischen Zuwendung zu den Armen, Schwachen und Benachteiligten“ motiviert ist.

In dieser Tradition stehend betrachtet das Gemeinsame Wort die Botschaft Jesu als Erneuerung und Erfüllung der alttestamentlichen Verheißung des Lebens für die Armen, Kleinen, Sanftmütigen und Gewaltlosen (Mt 5,3–12; Lk 6,20–26). „Er ist selbst“ – so heißt es in Nr. 99 – „den Weg der Solidarität, der Barmherzigkeit und der Gewaltlosigkeit gegangen. Aufgrund seines Leidens und seines gewaltsamen Todes ist er den Menschen in allem solidarisch geworden“ (Phil 2,6–11). In der Bindung an den solidarischen Gott gehört das Engagement der Kirche für Solidarität und Gerechtigkeit zu ihren konstitutiven Merkmalen. So stehen die Grundaussagen der jüdisch-christlichen Tradition im Widerspruch zu allen Zuständen, in denen das „Recht des Stärkeren“ gefördert wird. Die politische Gestaltung von Recht und Gerechtigkeit hat sich stattdessen an einem Verständnis von Solidarität zu orientieren, das von Verbundenheit und gegenseitiger Abhängigkeit bestimmt ist. „Menschen, die sich solidarisch verbunden wissen“, so heißt es am Ende von Ziffer 116, „erkennen und verfolgen gemeinsame Interessen und verzichten auf eigennützige Vorteilssuche, wenn diese zu Lasten Dritter oder der Gemeinschaft geht.“ In Aufnahme und Weiterführung der Denkschrift „Gemeinwohl und Eigennutz“ von 1991 rückt das Gemeinsame Wort Solidarität in unmittelbare Nähe zur sozialen Gerechtigkeit. „Suche nach Gerechtigkeit ist eine Bewegung zu denjenigen, die als Arme und

Machtlose am Rande des sozialen und wirtschaftlichen Leben existieren und ihre Teilhabe und Teilnahme an der Gesellschaft nicht aus eigener Kraft verbessern können. Soziale Gerechtigkeit hat insofern völlig zu Recht den Charakter der Parteinahme für alle, die auf Unterstützung und Beistand angewiesen sind ... Sie erschöpft sich nicht in der persönlichen Fürsorge für Benachteiligte, sondern zielt auf den Abbau der strukturellen Ursachen für den Mangel an Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen.“¹⁴

Diese Parteinahme für die Benachteiligten und für den Abbau struktureller Ausgrenzungsmechanismen wird im Gemeinsamen Wort auf die „Rechte“ der „kommenden Generationen“ ausgedehnt. Damit wird auch für diejenigen, die am gesellschaftlichen Diskurs gar nicht oder nicht mit dem entsprechenden Gewicht beteiligt sind, „gleiche Lebenschancen“ eingefordert.

„Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist, der Erdkreis und die darauf wohnen“ (Ps 24,1). Im biblischen Denken ist die Verantwortung des Menschen für die Schöpfung darin begründet, dass der Mensch Geschöpf unter Mitgeschöpfen ist (Gen/1 Mos 1–3; Ps 8; 104). Eingebunden in eine Lebensgemeinschaft mit allen Geschöpfen kommt dem Menschen die besondere Verantwortung zu, die Erde zu bebauen, d. h. sie zu kultivieren, zu einem bewohnbaren Lebensraum zu gestalten und als solchen zu bewahren (Gen/1 Mos 2,15). Dieser Auftrag ist unvereinbar mit willkürlichem und ausbeuterischem Umgang des Menschen mit der Natur. Gott nimmt den Menschen als Sachwalter für die mitgeschöpfliche Welt in die Pflicht, ihr mit Erfurcht zu begegnen und schonend, haushälterisch und bewahrend mit ihr umzugehen. (123)

3.4 Das kirchliche Handeln – ekklesiologische Herausforderungen

In der Nachfolge Jesu existiert die Kirche nicht für sich selbst. Ihre Freiheit gründet in dem Auftrag, allen Menschen in Wort und Tat die Frohe Botschaft von der freien Gnade Gottes und von seiner befreienden Gegenwart mitten in unserem Leben und in unserer Geschichte zu bezeugen (vgl. Barmen VI).

„Deshalb dürfen Glauben und Leben, Verkündigung und Praxis der Kirche sowohl im eigenen Verhalten der Kirche wie in ihrer Botschaft nicht auseinander treten. Die Christen können nicht das Brot am Tisch des Herrn teilen, ohne auch das tägliche Brot zu teilen. Ein weltloses Heil könnte nur eine heillose Welt zur Folge haben. Der Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Solidarität ist für die Kirche konstitutiv und eine Verpflichtung, die ihr aus ihrem Glauben an Gottes Solidarität mit den Menschen und aus ihrer Sendung, Zeichen und Werkzeug

¹⁴ *Gemeinwohl und Eigennutz. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1991, Ziff. 155.*

der Einheit und des Friedens in der Welt zu sein, erwächst. Auch in dem Bemühen um gegenseitige Annäherung und um Einheit versuchen die getrennten Kirchen, dieser ihrer Sendung zu entsprechen und Zeichen der Versöhnung zu setzen.“ (101) Taufe und Eucharistie sind heilende und einende Zeichen einer Kirche, die für eine erneuerte Menschheit lebt und arbeitet.¹⁵

Als Kirche Jesu Christi versuchen wir vor der Welt mit unserer Existenz die Wahrheit der in der Taufe zugesprochenen Verheißung zu bezeugen, dass wir teilhaben an dem einen Leib Christi. Durch dieses Bild des Leibes Christi können wir erkennen, was umfassende Teilhabe meint. In der gemeinsamen Feier des Abendmahls sind wir eingeladen, das Leben des Bundes zu teilen, der in der Menschwerdung Gottes in Christus erfahren wird, und darin einlädt, an der Absicht Gottes für die Welt teilzuhaben. Wir sind als Kirche, die in ihrer sozialen Gestalt Teil der westlichen Welt ist, herausgefordert zur Umkehr, die heute zuallererst einen selbstkritischen Umgang mit unseren eigenen Strukturen und unseren Lebensformen bedeutet. Wir sind aufgerufen, kritisch zu analysieren, in welcher Weise wir selbst dazu beitragen, dass das Leben von Menschen in anderen Teilen der Welt bedroht ist. Als Gemeinschaft der Glaubenden stellen wir uns der Herausforderung zu teilen, was wir sind und was wir haben. Wir können zeigen, wo unsere Gemeinschaft als Leib Christi demonstrativ sichtbar wird, wenn wir mit unseren Mitteln dafür einstehen, dass die Ärmsten in armen und reichen Ländern befähigt werden, sich am Prozess der Entwicklung von sozialer Gerechtigkeit zu beteiligen. Darum sind wir verpflichtet, Instrumente und Mechanismen in Gang zu setzen, mit deren Hilfe wir unsere Mittel und Möglichkeiten wirklich mit unseren Schwestern und Brüdern in der *einen Welt* teilen können.

Als Kirche Jesu Christi sind wir auch aufgefordert, die christliche Perspektive in die gesellschaftliche Gerechtigkeitsdiskussion einzubringen. Das neutestamentliche Verständnis der Liebe greift weit über eine Vorstellung von Gerechtigkeit hinaus, die jedem das Seine zuteilt. Mit dem Gedanken der Liebe sind alle Vorstellungen durchbrochen, die Gerechtigkeit mit Gleichheit identifizieren wollen und die damit die von Gott gewollte Verschiedenheit ignorieren. Liebe reagiert darauf, dass Gott

¹⁵ *Die Taufe als eine Taufe in Christi Tod hat ethische Folgen, die nicht nur nach persönlicher Heilung rufen, sondern die Christen motivieren, sich um die Verwirklichung des Willens Gottes in allen Bereichen des Lebens zu bemühen (Röm 9,9 ff.; Gal 3,26–28; 1 Petr 2,21–4,6) (Taufe 10).*

„Die Eucharistie umgreift alle Aspekte des Lebens. Sie ist ein repräsentativer Akt der Danksagung und Darbringung für die ganze Welt ... Alle Arten von Ungerechtigkeit, Rassismus, Trennung und Mangel an Freiheit werden radikal herausgefordert, wenn wir miteinander am Leib und Blut Christi teilhaben. Denn durch die Eucharistie durchdringt die alles erneuernde Gnade Gottes die menschliche Person und Würde und stellt sie wieder her.“ (Eucharistie 20) (Die Kirche als eucharistische Gemeinschaft – Schritte auf dem Weg zur Einheit. Fachgruppe 2 der 6. Vollversammlung des ÖRK, Bericht aus Vancouver 1983, Offizieller Bericht der Sechsten Vollversammlung des ÖRK, Frankfurt 1983, 75 f.).

die Menschen verschieden geschaffen hat. Sie macht die Angewiesenheit der Menschen untereinander besonders deutlich. Das Bild vom Leib Christi ist die Aussage, dass alle an diesem Leib partizipieren, aufeinander angewiesen sind und dass keiner verloren gehen darf.

Insofern brauchen wir eine Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs. Wir müssen fragen, ob es nicht ein Ausdruck eines erweiterten Gerechtigkeitsverständnisses ist, wenn wir über traditionale Verteilungsgerechtigkeit hinaus in Institutionen investieren, die zum Leben befähigen (wie vor allem Sozialisation, Bildung und Forschung). Ebenso geht es um die Frage, ob es nicht Ausdruck von Beteiligungsgerechtigkeit ist, sich dafür einzusetzen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung für alle Menschen zu fördern, um ihre Lebensmöglichkeiten zu verbessern.

Umfassende Menschenrechte für *alle* Menschen einzufordern ist eine Konsequenz aus der geglaubten Gemeinschaft des Leibes Christi, in der alle in gegenseitiger Verantwortung füreinander leben. In diesem Sinne treten wir ein für die individuellen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte wie für das Recht auf Leben und das Recht auf Arbeit.

Indem die Kirche sich heute in einem weltweiten ökumenischen Prozess dafür einsetzt, in freiheitlich – partizipatorischen¹⁶ Strukturen wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit für *alle* Menschen zu schaffen, unterstützt sie die Menschen zugleich darin, ihren eigenen Kampf um soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit und Freiheit mit dem weltweiten Ringen um soziale und wirtschaftliche Menschenrechte zu verknüpfen.

Das Leben auf der Erde ist eingebettet in ein empfindliches Netz komplexer Wechselbeziehungen. Wenn die ökologischen Folgen wirtschaftlicher Globalisierung sich negativ auf dieses Lebensnetz in dieser Schöpfung auswirken (Röm 8), leidet Gott als Schöpfer des Lebens mit seiner Schöpfung. Dem Handeln Gottes als Schöpfer, Erhalter, Befreier und Erlöser des Lebens in all seiner Vielfalt entspricht es, wenn seine Kirche und die Christinnen und Christen weltweit und vor Ort miteinander und mit den besonders bedrohten ethnischen Gemeinschaften (indigenen Völkern) mit sozial-ökologischen Bewegungen und Gläubigen anderer Religionen zusammenarbeiten gegen die lebensbedrohenden negativen ökologischen Auswirkungen weltweiten Wirtschaftens und um nachhaltige Alternativen zu entwickeln.

Bereits 1980 haben die Vereinten Nationen in ihrer „Erd-Charta“¹⁷ darin übereingestimmt, dass die Natur einen ihr innewohnenden Wert hat, den alle menschlichen

¹⁶ *partizipatorisch: auf Beteiligung aller Betroffenen ausgerichtet.*

¹⁷ *Dokument, in dem grundlegende ethische Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung verankert sind (www.earthcharter.org).*

Aktivitäten zu respektieren haben. Die Kirchen haben im Zusammenhang wirtschaftlicher Liberalisierung deutlich zu machen, dass die Erde nicht Besitz der Menschheit ist. Die Schöpfung gehört nicht dem Menschen, sondern die Menschen sind Teil der Schöpfung und die Erde ist des Herrn.

Gerechtigkeit schließt auch die Beziehung zwischen Mensch und Natur, die Forderung nach ökologischer Gerechtigkeit ein. Ökologische Gerechtigkeit ist nicht nur eine ethische oder politische Forderung, sondern auch Ausdruck des christlichen Glaubens, dass die Welt Gottes Schöpfung ist. Deshalb müssen die Kirchen ernsthaft Gottes Willen und Handeln im Blick auf die Bewahrung der Schöpfung bedenken und fragen: Welche Konsequenzen hat dies für unser Handeln in Kirche und Gesellschaft auf eine nachhaltige Entwicklung hin, die Gerechtigkeit und Solidarität anstrebt im Blick auf Gesellschaft und Natur?

4. Ansatzpunkte und Ebenen der Veränderung und Mitgestaltung

Dem christlichen Verständnis von in Freiheit wahrgenommener Verantwortung entspricht das Leitbild der *Nachhaltigkeit*. *Nachhaltige Entwicklung* zielt darauf, weltweit so zu leben, zu arbeiten und zu wirtschaften, dass alle Menschen – in Nord und Süd, heutiger und zukünftiger Generationen – ein menschenwürdiges Leben führen können, ohne dabei die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören.

Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung sind globaler Natur- und Umweltschutz, die Bekämpfung der Armut, die Förderung der Bildung, die Stärkung der Nicht-Regierungsorganisationen und damit die Stärkung der demokratischen Mitwirkungsrechte.

Damit wird der ausschließlich ökonomischen Globalisierung ein anderes Leitbild gegenübergestellt. Es ist dem sozialetischen Prinzip von Solidarität und Gerechtigkeit zwischen Starken und Schwachen, zwischen heute lebenden und zukünftigen Generationen verpflichtet. Es fordert uns zu einem neuen Umgang mit Differenzenerfahrungen¹⁸ auf und zu einem neuen Verständnis von Freiheit in Solidarität mit Mitmenschen und Mitwelt.

Im Vordergrund einer nachhaltigen Entwicklung stehen dabei Befähigungs- und Beteiligungsgerechtigkeit: die eigenständige und freie Teilnahme aller an allen gesellschaftlichen und politischen Prozessen, der freie Zugang zu Bildung, Mitbestimmung, die Lösung von Problemen unter Beteiligung der Betroffenen.

¹⁸ Differenzenerfahrung: die bewusste Wahrnehmung der Unterschiedlichkeiten zwischen Geschlechtern, Kulturen, Generationen.

In der gemeinsamen Stellungnahme des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 („Rio + 10“) heißt es: „Die christlichen Kirchen treten für eine weltweite Verständigung über die ethischen Grundlagen einer nachhaltigen Gesellschaft ein, wozu unter anderem die Anerkennung des Eigenwertes aller Geschöpfe, das Eintreten für die unbedingte Würde des Menschen, Initiativen für eine verantwortliche Gestaltung der Globalisierung sowie der Einsatz für Gerechtigkeit für die Ärmsten und für die zukünftigen Generationen gehören. Wesentliche Elemente der nachhaltigen Entwicklung haben die Kirchen im Rahmen des ökumenischen Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung aufgenommen. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gehört zum Kernbestand christlicher Sozialethik.“

Dabei müssen unterschiedliche Handlungsebenen beachtet und unterschiedlich handelnde Personen berücksichtigt werden:

1. Nationalstaatliche und internationale Politik gestaltet die Rahmenbedingungen der (welt)wirtschaftlichen Entwicklungen (Global Governance). Staatliche Politik gestaltet das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft (Ordnungspolitik). Die Vereinten Nationen sind verantwortlich für die universale Formulierung von Menschenrechtsstandards und für ihre Einhaltung. Auf der politischen Ebene müssen die Menschenrechtsstandards auch für das Handeln der internationalen Institutionen (UNO, Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation) gelten.
2. Auf der mittleren Ebene sind handelnde Institutionen und Organisationen zu nennen, die in unterschiedlicher Weise die Aufgabe haben, allgemein formulierte Standards durchzusetzen und konkret zu gestalten. Hier ist in erster Linie an international tätige Unternehmen zu denken, aber auch an Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisationen, Kirchen und andere Religionsgruppen. Letztere haben insbesondere öffentlich Einfluss zu nehmen, dass Menschenrechtsstandards eingehalten werden.
3. Nicht zuletzt trägt jede und jeder Einzelne Verantwortung als Bürgerin und Bürger, Wählerin und Wähler sowie als Verbraucherin und Verbraucher. Durch unsere Kaufentscheidungen tragen wir dazu bei, dass sich Menschenrechtsstandards durchsetzen.

4.1 Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik

4.1.1 Nachhaltige Entwicklung

Als Evangelische Kirche von Westfalen treten wir für eine nachhaltige Entwicklung ein,

- die zum Ausdruck bringt, dass die Würde des Menschen unantastbar ist und die Mitwelt als Schöpfung Gottes einen eigenen Wert hat, der über die ökonomische Verwertbarkeit hinausgeht,
- die die ökologische, ökonomische und soziale Dimension menschlichen Lebens verbindet und integriert,
- deren Glaubwürdigkeit steht und fällt mit der weltweiten Verwirklichung des sozialetischen Grundsatzes der vorrangigen Option für die Armen, der Verteilungsgerechtigkeit und der Gerechtigkeit zwischen heute lebenden und zukünftigen Generationen.

Insbesondere setzen wir uns dafür ein,

- dass das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in politisch und gesellschaftlich wirksame Strategien umgesetzt wird,
- dass entgegen dem am kurzfristigen Ertrag orientierten Denken (shareholder value) wieder die ganze Breite der Entwicklung von Unternehmen einschließlich der Entwicklung von Personal und Umwelt berücksichtigt wird,
- dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht nur als Kostenfaktor und als bloße Ware Arbeitskraft betrachtet werden,
- dass durch eine Energiewende in unserem Land wie auch weltweit ein wirksamer Klimaschutz wie auch die Überwindung der Energiearmut für weltweit 2 Milliarden Menschen möglich wird. Hier sehen wir unser Land – wie auch alle anderen industrialisierten Länder – in der Verpflichtung, durch einen maßvollen Lebensstil, durch rationelle, effiziente Energieverwendung und die konsequente Nutzung erneuerbarer Energien Vorreiter zu sein,
- dass in unseren Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen ein Umweltmanagement eingeführt, der Ressourcen- und Klimaschutz weiterentwickelt¹⁹ und dass dies zum Thema innerhalb unserer Partnerschaftsbeziehungen gemacht wird,
- dass eine nachhaltige, d. h. ökologische und sozial gerechte, gentechnikfreie Landwirtschaft verwirklicht wird, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel in kirchlicher Verantwortung nicht verbraucht werden sowie Gentechnik auf kirchlichem Pachtland nicht angewandt wird,
- dass Initiativen unterstützt werden, die in Prozessen zur Agenda 21 eine nachhaltige Entwicklung fördern.²⁰

¹⁹ wie z. B. durch Beteiligung an der Aktion Grüner Hahn (www.kirchliches-umweltmanagement.de).

²⁰ wie z. B. die von der EKvW initiierten Landesagenda-Projekte „Fair Play – Fair Life“ zur Fußball-WM 2006 und „Auch die Wirtschaft hat Aids“.

4.1.2 Soziale, ökologische und kulturelle Menschenrechte

Menschenrechte haben das Ziel, durch weltweite Vereinbarungen Leben, Freiheit und Würde jedes Menschen zu schützen. Die erste Generation der Menschenrechte²¹ versuchte vor allem, die Freiheitsrechte der Einzelperson festzuhalten. Die zweite und dritte Generation erweiterte die Menschenrechte um soziale, ökologische und kulturelle Menschenrechte. Menschenrechte beziehen sich aber nicht nur auf Individuen, sondern auch auf Gesellschaften und Völker und auf ihre wirtschaftlichen Beziehungen.

Menschenrechte bilden die Grundlage dafür, dass sich eine Zivilgesellschaft entwickeln kann, der es sozial, wirtschaftlich und ökologisch wohl ergeht.

Wenn es darum geht, wirtschaftliche und soziale Menschenrechte festzulegen, wird man anfänglich kaum über die Formulierung von Mindeststandards hinauskommen. Man wird unterscheiden müssen zwischen universalen, unabdingbaren Grenzwerten, die nicht zu unterschreiten sind, und lokalen Ausprägungen. Zwischen diesen Ebenen können durchaus Spannungen bestehen, universale Mindeststandards und lokale Ausprägungen der Menschenrechte dürfen allerdings keine Widersprüche enthalten und müssen füreinander verträglich bleiben.

Es gilt die Unteilbarkeit der Menschenrechte als verbindlich für die Gestaltung der Globalisierung einzufordern und die unterschiedlichen Formen der Menschenrechte nicht gegeneinander auszuspielen. Den in der Ökumene verbundenen Kirchen kommt die Aufgabe zu, ein globales Menschenrechtsbewusstsein einzufordern und mit zu entwickeln. Dazu gehört, den Opfern von Menschenrechtsverletzungen beizustehen und ihre Situation und Anliegen öffentlich zu machen.

Für die Gestaltung der Globalisierung sind neben den klassischen Freiheitsrechten vor allem folgende soziale, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Menschenrechte zu benennen:

- die Gleichstellung von Männern und Frauen,
- die Abschaffung versklavender Arbeit,
- das Recht auf menschenwürdige Arbeit,
- elementare politische Beteiligungsrechte,
- das Recht auf Gesundheitsversorgung und Bildung
- sowie die Verantwortung für die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen.

²¹ Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (*Universal Declaration of Human Rights*) – Vollversammlung der Vereinten Nationen, 10. Dezember 1948.

4.1.3 Welthandel – Grundfragen der Wirtschaftspolitik

4.1.3.1 Welthandel, internationale Organisationen und Abkommen (WTO²², ILO²³, IWF, Weltbank, GATS²⁴, TRIPS²⁵)

Die Spielregeln des weltweiten Handels werden durch internationale Organisationen bestimmt, in denen einige wenige Länder, darunter Staaten der Europäischen Union (EU), einen unverhältnismäßig hohen Einfluss haben. Die Entwicklungs- und Schwellenländer der Erde sind, was ihre Einflussmöglichkeiten betrifft, unterrepräsentiert. Von den finanziellen Ressourcen her sind sie vielfach überfordert, ihre Anliegen und Interessen angemessen geltend zu machen. In diesem Zusammenhang kommt der Europäischen Union bei der Mitgestaltung der globalen Wirtschafts-, Entwicklungs- und Handelspolitik eine wichtige Rolle zu.

Aus kirchlichen Initiativen entstandene oder von den Kirchen stark unterstützte Kampagnen wie die „Erlassjahrkampagne“ oder die „Kampagne für Saubere Kleidung“ setzen sich für Veränderungen im Sinne fairen und gerechten Handels ein. Die Auswirkungen der Globalisierung machen dieses Engagement notwendig.

Viele Gemeinden, Kirchenkreise und die Landeskirche mit ihren Ämtern und Werken sind Mitglieder dieser Kampagnen oder unterstützen sie. Sie sorgen für regelmäßige Informationen und Gesprächsforen und ermutigen zu aktiver Mitarbeit. Als Evangelische Kirche von Westfalen sehen wir uns verpflichtet, über die Strukturen und Arbeitsweisen der internationalen Organisationen (ILO, Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Welthandelsorganisation) zu informieren und so zu einem differenzierten Verständnis des Zusammenhangs von ungerechten Wirtschafts-

22 WTO: Welthandelsorganisation (World Trade Organisation) wurde 1995 als Nachfolgeorganisation des GATT gegründet und hat ihren Sitz in Genf. Sie hat derzeit (2001) über 130 Mitglieder. Ziel der WTO ist in erster Linie die Förderung des freien Welthandels durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen. Die WTO überwacht die internationalen Handelspraktiken, bei Streitigkeiten tritt sie als Schlichter auf (vgl. www.wto.org).

23 International Labour Organisation (ILO): Die Internationale Arbeitsorganisation ist die Unterorganisation der Vereinten Nationen für international anerkannte Menschen- und Arbeitsrechte und soziale Gerechtigkeit. Die ILO formuliert internationale Arbeitsstandards in Form von Konventionen und Empfehlungen und setzt Minimalstandards von grundlegenden Arbeitsrechten (vgl. www.ilo.org).

24 GATS: General Agreement on Trade in Services (allgemeines Abkommen über Handel mit Dienstleistungen) ist ein Abkommen der Mitgliedstaaten der WTO (Welthandelsorganisation) zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors. Dieser wird nahezu uneingeschränkt dem Wettbewerb geöffnet, wobei der Staat die meisten Mittel zur Regulierung des Marktes verliert. Der Vertrag ist für alle Entscheidungs- und Regierungsebenen bindend (vgl. www.gats.de).

25 TRIPS: Trade-Related aspects of Intellectual Property rights – Abkommen über Handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums: Schutz und Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums sollen zur Förderung der technischen Innovation sowie zum Transfer und zur Verbreitung von Technologie beitragen, zum gegenseitigen Vorteil für Erzeuger und Nutzer technischen Wissens und auf eine für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Wohl zuträgliche Art und Weise und zum Ausgleich zwischen Rechten und Pflichten (vgl. www.wto.org).

strukturen und dem Verhältnis von Armut und Reichtum zu kommen. Es geht darum, in der Wirtschaftspolitik Ansatzpunkte zu entdecken und zu benennen, die lebensdienliches Wirtschaften ermöglichen.

Wir fordern die Landesregierung NRW auf, darauf hinzuwirken, dass zur Erreichung dieses Zieles an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in NRW Lehrstühle für Wirtschaftsethik eingerichtet werden. Zur Gestaltung lebensdienlichen Wirtschaftens gehören heute eine differenzierte ethische Analyse und Ausbildung in grundlegenden wirtschaftspolitischen und wirtschaftstheoretischen Fragen:

- Wie ist das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten? Was ist zeitgemäße wirtschaftliche Ordnungspolitik? In welchem normativen Verhältnis stehen heute die betriebswirtschaftliche, unternehmerische Dimension des Wirtschaftens und die gesamtwirtschaftliche Perspektive, die die Rahmenbedingungen und das Gemeinwohl ausgestaltet? Mit welchen wirtschaftspolitischen Instrumentarien kann verhindert werden, dass liberalisierte Märkte nachhaltiges Wirtschaften beeinträchtigen?
- Wie kann die wirtschaftswissenschaftliche Fachdiskussion und Ausbildung sich den Ansprüchen der gesellschaftlichen Aufgaben lebensdienlichen Wirtschaftens öffnen? Wie können ethische Grundlagen vermittelt werden? Welche ethischen Kompetenzen muss im globalen Management eine gute Führungskraft aufweisen?
- Unter welchen Bedingungen können Unternehmen gesellschaftliche Kosten mittragen? Welche Rahmenbedingungen müssen gegeben sein, damit die soziale und ökologische Verantwortung unternehmerischen Handelns gefördert wird?
- Welche Wertedimensionen tragen ökonomische Grundkategorien wie Freiheit, Nutzen, Arbeit, Leistung, Markt, Staat, Sozialstaat, Wachstum, Freihandel etc. in sich? In welche historischen Zusammenhänge müssen sie eingeordnet und wie können sie im Kontext globalisierten Wirtschaftens weiterentwickelt werden?
- Welche theologischen und ethischen Herausforderungen bestehen für die christlich geprägte Gesellschaft und Wirtschaft angesichts zunehmender Säkularisierung einerseits und wachsender wirtschaftlicher Dominanz der Lebensverhältnisse andererseits?
- Welche ethischen Fragestellungen globalen Wirtschaftens stellen sich im Kulturvergleich mit in ihren Tiefenstrukturen islamisch, buddhistisch/hinduistisch, schwarzafrikanisch etc. geprägten Wirtschaftsformen?

Als Evangelische Kirche von Westfalen sehen wir uns verpflichtet, im Gespräch mit politischen Entscheidungsträgern darauf hinzuwirken, dass die Bundesrepublik Deutschland ihren Einfluss geltend macht,

- dass in die GATS-Verhandlungen zur Liberalisierung von Handel und Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge (Wasser, Gesundheit, Bildung) soziale und ökologische Kriterien integriert werden. Ein funktionierendes staatliches

Rechtssystem ist dafür als Kontrollinstanz unerlässlich. Die Verhandlungen müssen für die zivilgesellschaftlichen Debatten geöffnet und transparent geführt werden. Sollten diese Bedingungen nicht erfüllt sein, sind die Verhandlungen auszusetzen;

- dass Patentrechte für Medikamente eingeschränkt werden, wenn dadurch wie im Fall von HIV/Aids für Millionen von Menschen der Zugang zu lebensrettenden Medikamenten ermöglicht werden kann. Dies könnte u. a. durch einen erleichterten Zugang zu den im TRIPS-Abkommen festgehaltenen Zwangslizenzen ermöglicht werden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass für die von Aids betroffenen Länder, die keine eigene Pharmaindustrie haben, der in Cancun festgehaltene Kompromiss weitergeführt wird. Er ermöglicht den Import von günstigen Generika²⁶, wenn keine eigene Herstellung von AIDS-Medikamenten möglich ist;
- dass unter dem TRIPS-Abkommen mögliche Patente auf lebende Organismen ausgeschlossen werden. Patente auf Kulturpflanzen bergen die Gefahr in sich, dass die Landwirtschaft in die Abhängigkeit von wenigen multinationalen Unternehmen gerät. Durch den Patentschutz wird der freie Austausch von Saatgut, der für die Kleinbauern die Existenzgrundlage darstellt, unterbunden. Hier geht es um die Freiheit der bäuerlichen und besonders kleinbäuerlichen Landwirtschaft, ihre traditionellen und standortangepassten Sorten auch weiterhin uneingeschränkt nutzen zu können;
- dass Grundnahrungsmittel aus den Verhandlungen des Welthandelsabkommens ausgenommen sind, damit arme Länder die Ernährungsgrundsicherung ihrer Bevölkerung notfalls durch Subventionen sicherstellen und die kleinbäuerliche Landwirtschaft vor Importen schützen können;
- dass das Vorsichtsprinzip weltweit zu Geltung kommt, d. h. der Gebrauch eines Produktes oder die Anwendung eines neuen Verfahrens wird so lange ausgesetzt oder eingeschränkt, bis die Unbedenklichkeit hinreichend wissenschaftlich abgesichert ist;
- dass die Bemühungen des Ökumenischen Rates der Kirchen im kritischen Dialog mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank unterstützt werden. Dabei geht es darum, die internationalen Finanzinstitutionen zu bewegen, ihre Werkzeuge internationaler Steuerung und Gestaltung des Globalisierungsprozesses entsprechend dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung einzusetzen. Wir sehen insbesondere die Verwirklichung der „Millenniumsziele“²⁷ zur Halbierung der Armut in der Welt als Test für die Glaubwürdigkeit der internationalen Finanzinstitutionen;

²⁶ Generika sind definiert als Arzneimittel, für die der Patentschutz abgelaufen ist und die unter einer chemischen Kurzbezeichnung, einem sog. Freinamen (generic name), anstelle des weiterhin geschützten Markennamens angeboten werden.

²⁷ Vgl. „1.1 Hinführung“.

- dass IWF und Weltbank reformiert werden im Blick auf eine Demokratisierung der Stimmrechte, Transparenz und Rechenschaftspflicht und dass das Verhältnis von Weltbank und IWF zu den Vereinten Nationen neu überdacht wird im Blick auf ein Gesamtkonzept nachhaltiger globaler Steuerung des Globalisierungsprozesses;
- dass die Industrienationen Handelsschranken für Produkte aus den Ländern des Südens abbauen;
- dass eine Steuer auf den Handel an Devisen (Tobin-Steuer²⁸) eingeführt wird;
- dass die ILO-Konvention 1969 zur Stärkung der Rechte indigener Völker durch Deutschland ratifiziert wird und damit ein Durchbruch zur Wahrung der kulturellen, humanitären und wirtschaftlichen Rechte indigener Völker in der Globalisierung erreicht wird.

4.1.3.2 Privatisierung von öffentlichen Aufgaben im Bereich der Grundversorgung

Seit den 90er Jahren werden die Dienstleistungen zur Grundversorgung der Bevölkerung (Wasser, Gesundheit, Bildung, Energien und Transport) zunehmend sowohl in Deutschland als auch weltweit privatisiert.

Die Privatisierung geschieht vielfach ohne die Beachtung der erforderlichen ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen. Damit werden gesellschaftliche Voraussetzungen für die Grundversorgung ausgehöhlt.

Die Bereitstellung öffentlicher Güter muss unter klaren Rahmenbedingungen und mit einer ökologischen Folgenabschätzung gestaltet werden.

Das braucht klare Rahmenbedingungen und soziale wie ökologische Folgenabschätzung. Es muss sichergestellt sein, dass jede und jeder in der Lage ist, diese für das Leben der Menschen grundlegenden Dienstleistungen in hinreichender Qualität in Anspruch zu nehmen. Dies ist ein grundlegender Schritt zur Verwirklichung der Millenniumsziele.

Als Evangelische Kirche von Westfalen

- behandeln wir in unseren Veranstaltungen verstärkt das Verhältnis von Staat und Markt im Bereich der Grundversorgung und bringen uns aktiv in die politischen Diskussionen ein;
- setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen Zugang zu sauberem Wasser bekommen. Wir unterstützen die Aktion von Brot für die Welt „Wasser – ein

²⁸ Bekannt als die nach dem amerikanischen Nobelpreisträger James Tobin genannte Devisen-Umsatz-Steuer, die Währungsspekulationen verteuert und damit weniger attraktiv macht und deren Erlöse zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben genutzt werden können.

Menschenrecht“. Wasser ist eine allen zustehende, lebensnotwendige Gabe des Schöpfers. Bei Privatisierungen der Wasserwirtschaft muss gewährleistet sein, dass durch demokratische Gestaltung sowie durch Ausrichtung an sozialen und ökologischen Kriterien *alle* Menschen Zugang zu sauberem Wasser bekommen;

- treten wir für ein Gesundheitswesen ein, das die Gesundheitsfürsorge allen Menschen zugänglich macht. Ausreichende medizinische Versorgung darf nicht eine Frage des persönlichen Einkommens noch des Geschlechtes, noch des eigenen Status sein. Jeder Mensch hat das Recht auf Gesundheitsversorgung (Menschenrechte Artikel 25). Deshalb fordern wir auch dazu auf, Tropenkrankheiten verstärkt zu erforschen und neue Medikamente zu entwickeln²⁹;
- weisen wir in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Gender Mainstreaming³⁰ ein – auch von der WHO – gefordertes Instrumentarium ist, um ungleiche Versorgungs- und Vorsorge-Standards kenntlich zu machen und zu beheben. Obwohl viele Forschungsberichte bereits darauf hinweisen, dass Krankheitsbilder bei Männern und Frauen unterschiedlich verlaufen und dementsprechend auch differenziert behandelt werden sollen, wird dies kaum im Rahmen von gesundheitspolitischen Konzepten bedacht. Auch ist die soziale Dimension jeder Krankheit unter Gender-Gesichtspunkten zu analysieren.

Weltweit sterben täglich 1.400 schwangere Frauen. Eine gute und zugängliche medizinische Versorgung für alle Frauen in Schwangerschaft und Geburt sollte eine Priorität im Gesundheitssystemen weltweit sein;

- machen wir uns stark für ein ganzheitlich ausgerichtetes Bildungswesen, das dazu beiträgt, Menschen zu einem eigenständigen Leben zu befähigen. Zur Bildung gehört nach ökumenischem Verständnis Orientierungswissen, nicht nur Faktenwissen und berufliches Verwertungsinteresse. Bildung muss allen zugänglich sein und darf nicht vom finanziellen Vermögen der Eltern bzw. der eigenen Person abhängen. Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung (Menschenrechte Artikel 26). Dies ist besonders für Mädchen und Frauen in Ländern des Südens einzufordern. Zwei Drittel der Menschen, die nicht lesen und schreiben können, sind weiblich.³¹

Um den nachgewiesenen Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit und oft erheblichen Kompetenz-Defiziten aufzuheben, ist eine deutliche Verbesserung der Bildungsförderung notwendig, die dem Ziel verpflichtet ist, soziale und regionale Startnachteile zu kompensieren. Aus diesem Grunde benötigen wir insbesondere entsprechende sozialpädagogische Konzepte für Schulen.³²

29 Nur 1 % der neuen Medikamente der letzten 25 Jahre bezog sich auf Tropenkrankheiten.

30 Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen.

31 Human Development Report 2004.

32 Vgl. Humandienstleistungen gerecht gestalten. Ein Beitrag zur Zukunft der Arbeit. Landeskirchenamt der EKvW (Hrsg.), Juli 2004, S. 25.

4.1.3.3 Erwerbsarbeit und Grundsicherung

Die Kirchen haben bereits in ihrem Gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ 1997 „die den Globalisierungstendenzen Rechnung tragende Ausdehnung der wirtschaftspolitischen Verantwortung“ (Abschnitt 147) für die soziale Sicherung verlangt. Dies gilt es heute einzufordern und umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund verpflichten wir uns,

- die biblische Perspektive eines Lebens in Gerechtigkeit in Gemeinden und Kirchenkreisen durch Gottesdienste, Bildung und Aktionen ins Bewusstsein zu bringen,
- auf den unterschiedlichen Ebenen gemeinwohlorientiert am gesamtgesellschaftlichen Dialog mitzuwirken und dabei vor allem die Auswirkungen wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen für die sozial Schwachen in die Auseinandersetzung einzubringen,
- die in Westfalen ansässigen Unternehmen und die Gewerkschaften gezielt in Diskussionen und Aktionen einzubeziehen,
- die Option für die Armen angesichts der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt als dringenden Impuls zu verstehen, grundlegende und nachhaltige Reformen in der Organisation und Verteilung von Erwerbsarbeit und Existenzsicherung öffentlich zu befördern. Das Ziel ist eine gerechte Verteilung der Erwerbchancen, d. h. der Arbeitszeit und der Einkommen zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Menschen unterschiedlicher Fähigkeiten und Begabungen. Chancengleichheit zu lebenslangem Lernen und erweiterte Wahlmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen können dazu helfen, dieses Ziel zu erreichen. Um allen Menschen eine angemessene Teilhabe am Erwerbseinkommen und an der damit verknüpften gesellschaftlichen Wertschätzung zu gewährleisten, müssen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik grundlegender als bisher reformiert werden. Nur diese Doppelstrategie sichert die „soziale Integration“ aller Menschen. Darum ist eine öffentliche Debatte um die Umsetzung dieser Doppelstrategie nötig;
- die Erfahrung, dass Vollbeschäftigung im Sinne einer „lebenslangen Vollzeit-erwerbstätigkeit für alle“ kein realistisches Ziel mehr ist, als Herausforderung für die evangelische Wirtschafts- und Sozialethik zu verstehen und uns an der öffentlichen Debatte um ein verändertes Verständnis von Vollbeschäftigung mit unterschiedlichen Wahlmöglichkeiten zu beteiligen bzw. sie in Gang zu setzen. Diese Forderung nach Neuverteilung der Arbeit folgt aus der Einschätzung, dass die gegenwärtige Verteilung der Erwerbchancen, insbesondere das ungleich verteilte Risiko der Arbeitslosigkeit, sozial ungerecht ist und aus Gründen der Gerechtigkeit in die sozialethische Rede von Arbeit als „Grunddatum menschlicher Existenz“ einbezogen werden muss.

4.2 Organisationen und Unternehmen

4.2.1 Ökumenische Partnerschaften

Als Evangelische Kirche von Westfalen stehen wir in langjährigen ökumenischen Beziehungen zu Partnerkirchen in Asien und Afrika, Nord- und Südamerika, Ost- und Westeuropa. Sie alle sind, wenn auch in unterschiedlicher Weise, von den Folgen des globalisierten Wirtschaftens betroffen.

Da wir mit unseren Partnerinnen und Partnern in der weltweiten Solidarität der einen Kirche Jesu Christi stehen, treten wir dafür ein,

- uns regelmäßig mit ihnen über die Auswirkungen der Globalisierung in unseren Ländern auszutauschen, uns wechselseitig anzufragen und gemeinsames Handeln zu vereinbaren,
- gemeinsam theologisch an den Fragen und Herausforderungen zu arbeiten, die sich damit im Blick auf unser Glauben- und Kirchenverständnis stellen,
- ihren Erfahrungen bei uns Gehör zu verschaffen durch Einladungen, Veröffentlichungen und Lobbyarbeit,
- uns für die Streichung nicht tragfähiger Schulden betroffener Länder gegenüber unserer Regierung einzusetzen,
- Studien zu einzelnen Partnerländern und Themen anzuregen und zu fördern³³,
- Menschenrechts-Aktivitäten zu unterstützen³⁴,
- Programme und Projekte in unseren Kirchen zu fördern, die Menschen befähigen, aktiv für Menschenrechte, Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung einzutreten,
- den technologischen Austausch und den Austausch von Fachkräften zwischen unserer Kirche und den Partnerkirchen zu fördern,
- alle Formen des Menschenhandels öffentlich zu ächten und gemeinsam mit den ökumenischen Partnerkirchen durch Programme und Initiativen Präventionsarbeit zu leisten und den Opfern beizustehen³⁵,
- Kampagnen zur Welthandelsorganisation (WTO) mitzutragen, die gerechtere Wirtschaftsstrukturen weltweit einfordern.

4.2.2 Weltweite Mitverantwortung von Unternehmen: UN Global Compact

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, hat im Jahr 2000 als Teil der Strategie zur Erreichung der Millenniumsziele unter der Überschrift „Global

³³ *Wie bereits durch die Studien des Instituts Südwind zu Argentinien und zum Kongo geschehen: Südwind e. V.: „Argentinien: Tangotanz auf dem Vulkan“, Siegburg, Januar 2004, und „Kongo: Handys, Gold & Diamanten. Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung“, Siegburg, Mai 2004.*

³⁴ *Zum Beispiel. Eilbrief-Aktionen und Rechtsbeihilfen der Vereinten Evangelischen Mission und des Informationszentrums 3. Welt Herne.*

³⁵ *Vgl. Auftrag der Landessynode 2003 an den Ständigen Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung.*

Compact“ eine Initiative ins Leben gerufen, die weltweit tätige Unternehmen dazu motivieren will, in ihren Aktivitäten verstärkt Fragen des Umweltschutzes, der sozialen Verantwortung und des Schutzes der Menschenrechte zu berücksichtigen. Das globale Kräfteverhältnis zwischen Politik, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft hat sich verändert. Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) und Unternehmen spielen eine bedeutende Rolle in diesen neuen globalen Partnerschaften. Einige deutsche Unternehmen sind diesem Pakt bereits beigetreten, darunter auch Unternehmen aus dem Gebiet der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Die Evangelische Kirche von Westfalen

- begrüßt diese Initiative der Vereinten Nationen,
- möchte dazu ermutigen, dass lokale Ansatzpunkte des Dialogs zwischen Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft wahrgenommen und ausgebaut werden,
- weist darauf hin, dass solche freiwilligen Selbstverpflichtungen bei sehr unterschiedlichem Engagement der beteiligten Firmen nicht international verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen ersetzen können.

4.2.3 Kirche und Diakonie als Arbeitgeberin

Diakonie ist Lebens- und Wesensäußerung der Kirche. Die täglichen Zeichen von Barmherzigkeit und die vielen Hilfen im Alltag in kleinen und großen Initiativen werden ergänzt von professionellen Diensten in den Diakonischen Werken und Einrichtungen. Dabei steht der Mensch als Subjekt im Vordergrund. So ist die Würde eines jeden Menschen von Geburt bis zum Tod zu wahren und zu schützen. Darum werden alle professionellen Dienste immer auch durch sozialpolitische Interessenvertretung gegenüber Kommunen, Land und Bund ergänzt.

Wir wissen, dass viele diakonische Einrichtungen³⁶ unter hohem Kosten- und Wettbewerbsdruck stehen. Wenn ihre Arbeit in Zukunft noch weiter eingeschränkt wird oder sogar eingestellt werden muss, belastet dies den sozialen Frieden in unserem Land. Deswegen setzen wir uns für die Stärkung und Erhaltung dieser Arbeit ein.

Dabei bleibt zu bedenken:

Die Einrichtungen der Diakonie haben, anders als gewerblich orientierte Unternehmen, den besonderen Auftrag, der Verkündigung des Evangeliums durch Wort und Tat zu dienen. Gleichzeitig sind sie Dienstgeber und damit dem geltenden Arbeitsrecht unterworfen. Als Kirche können wir nicht nachhaltige Entwicklung öffentlich einklagen, ohne sie auch unserem eigenen wirtschaftlichen Handeln zugrunde zu legen. Es ist eine Frage an unsere eigene Glaubwürdigkeit³⁷.

³⁶ Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, Krankenhäuser in kirchlicher Trägerschaft, Beratungsdienste, Kindertagesstätten, Einrichtungen der stationären Altenpflege, ambulante Pflegedienste, Einrichtungen für Obdachlose usw.

³⁷ vgl. hierzu Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Abschnitt 6.1.

Diakonische Einrichtungen sind gleichzeitig aber eingebunden in die wirtschaftlichen Zwänge und die Finanzierungsmöglichkeiten ihrer Arbeit, die sie nicht selbst bestimmen können. Die Konsequenzen wie etwa die Ausgliederung von Arbeitsfeldern mit langfristig erheblichen Folgen für die betroffene Mitarbeiterschaft wie auch die Reduktion tariflicher Ansprüche gerade in unteren Lohnbereichen stehen im Widerspruch zum Gerechtigkeitsempfinden. Da Kirche sich jedoch weiter ihrer oben beschriebenen diakonischen Verantwortung stellen muss, müssen diese Fragen in Verantwortung vor unserem Auftrag entschieden werden. Gerade in der fortgesetzten Wahrnehmung dieser Verantwortung können Kirche und Diakonie weiter glaubwürdig in unserer Gesellschaft ihren Beitrag leisten.

Wir verpflichten uns, auch weiterhin

- Menschen im Sinne Jesu ohne Ansehen der Person zu helfen, sie in ihrer Würde zu achten und ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen,
- Projekte zu fördern, die sowohl das christliche Profil als auch die Wettbewerbsfähigkeit diakonischer Einrichtungen stärken,
- die Anwaltschaft für die schwächsten Glieder in unserer Gesellschaft zu übernehmen und sie in der politischen und gesellschaftlichen Lobbyarbeit zu vertreten,
- den Einsatz für entwicklungspolitische Arbeit zu verstärken, damit die Ursachen von Armut, Kriegen und Flucht dort bekämpft werden können, wo die betroffenen Menschen leben.

4.2.4 Umgang mit kirchlichen Finanzmitteln

Da wir als Evangelische Kirche von Westfalen den verantwortlichen Umgang mit Geld als Teil unserer Ethik begreifen, bekräftigen wir, dass wir bei unseren Geldanlagen auf ethische Kriterien achten.

Deshalb begrüßen wir das Engagement unserer Landeskirche im „INIK“-Fonds³⁸, einem Investment-Fonds, der nach ökonomischen, ökologischen und sozialetischen Kriterien zusammengestellt ist.

Wir begrüßen, dass zahlreiche Kirchenkreise und Gemeinden sowie auch unsere Landeskirche Anteile bei der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft „Oikocredit“ haben. Sie vergibt Kredite an Gruppen aus armen Bevölkerungsschichten in den Ländern des Südens und Ostens, um dort nachhaltige Entwicklung zu fördern: ein Investment in Gerechtigkeit.

³⁸ INIK: Initiative für nachhaltiges Investment der Kirche.

Wir setzen uns dafür ein,

- dass die ökumenische Verpflichtung des Teilens dessen, was wir sind und was wir haben, weiterhin auf den Tagesordnungen unserer Synoden und Presbyterien bleibt³⁹,
- dass beim Umgang mit kirchlichen Finanzmitteln auf allen Ebenen ethische Kriterien Anwendung finden und der begonnene Prozess der Anlage kirchlicher Mittel in nachhaltiges Investment fortgesetzt wird,
- dass unsere Kirche weiterhin die Arbeit von Oikocredit nach Kräften unterstützt und für dieses Anliegen in unseren Gemeinden und der weiteren Öffentlichkeit wirbt.

4.3 Bürgerschaftliches Engagement

Die wirtschaftliche und kulturelle Globalisierung bedeutet auch eine weltweite Herausforderung für die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen. Als Kirche treten wir für eine systematische Stärkung der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten ein. Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft, heißt es im Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“. Die Bürgerinnen und Bürger erneuern mit ihrem freiwilligen Engagement in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Tag für Tag die Bindekräfte unserer Gesellschaft. Sie schaffen damit eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens.

Das vielfältige ehrenamtliche Engagement in unserer Kirche muss über die wichtige soziale Dimension hinaus verstärkt auch politisch wirksam werden.

Die Synode der EKvW ermutigt die Gemeindeglieder, Kirchengemeinden und Kirchenkreise, sich stärker als bisher in die Entwicklung der Gemeinwesen vor Ort mitgestaltend einzubringen.

Die Durchsetzung der Menschenrechte und die Bewahrung der Schöpfung sind ohne ein persönliches bürgerschaftliches Engagement nicht denkbar.

- Als Kunden haben alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, fair gehandelte Produkte anderen vorzuziehen.
- Durch die Verleihung von Siegeln wie Transfair, Flower Label oder RUGMARK und Arbeit plus werden entsprechende Firmen und Produkte gewürdigt. Wir rufen alle Ebenen kirchlichen Handels dazu auf, sich um soziale und ökologische

³⁹ Vgl.: *Verhandlungen der 1. (ordentlichen) Tagung der 12. Westfälischen Landessynode vom 9. bis 13. November 1992, S. 244.*

Verträglichkeit zu bemühen und die entsprechenden Siegel zu beachten, die über Verträglichkeit Auskunft geben (Blumen, Papier, Reinigungsmittel usw.). Durch öffentliche Kritik an Unternehmen wird öffentlicher Druck aufgebaut und ausgeübt. Die EKvW unterstützt in diesem Sinn alle Formen des bürgerschaftlichen Engagements, die sich für ökologische und soziale Mindeststandards bei der Produktion von Waren einsetzen.

- Bei kirchlichen Veranstaltungen werden fair gehandelte Produkte konsumiert (Kaffee, Tee, Wein, Saft usw.). In der Kirche ist das Festhalten an Produkten des *Fairen Handels* ein Zeichen der Verbundenheit mit unseren Schwestern und Brüdern in anderen Teilen der Welt.
- Wir treten dafür ein, bei allen Geldanlagen auf nachhaltige Kriterien zu achten.
- Wir ermutigen, Oikocredit zu unterstützen und dort Anteile zu erwerben.
- Wir bitten unsere Gemeindeglieder als Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkauf auf fair gehandelte Waren zurückzugreifen und Sozialstandards in der Produktion zu berücksichtigen.
- Wir fordern auf, dem zunehmenden Verbrauch von Rohstoffen und nicht erneuerbarer Energie durch umweltbewusste Entscheidungen bei Privat- und Dienstreisen, Bau- und Renovierungsvorhaben entgegenzuwirken.

5. Schlusswort

In unserer Stellungnahme zum Soesterberg-Brief haben wir versucht, sowohl Anfragen unserer weltweiten ökumenischen Geschwisterkirchen als auch die mit der Globalisierung in unserem eigenen Land verbundenen Probleme ernst zu nehmen. Die Kluft zwischen Nord und Süd, Reich und Arm, Mächtigen und Machtlosen droht sich weltweit zu vertiefen und uns immer stärker voneinander zu entfremden. Die Komplexität der Probleme und der Größe der Herausforderungen, vor denen wir als Kirche stehen, können dazu führen, dass wir uns überfordert fühlen und resignieren. Umso wichtiger ist es, dass wir uns in unseren Gemeinden vor Ort und in der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen wechselseitig ermutigen, dass wir uns tiefer verbunden fühlen und mit Hilfe des Geistes Gottes und als Zeichen der Hoffnung für die Welt Schritte tun, um diese Spaltungen zu überwinden. Das Bekennen unseres christlichen Glaubens beinhaltet, dass wir als Christinnen und Christen und als Kirche geistlichen und praktischen Widerstand gegen wirtschaftliche Ungerechtigkeit und ökologische Zerstörung leisten und dass wir das uns Mögliche dazu beitragen, die Wirtschaft heute weltweit und bei uns in den Dienst des Lebens zu stellen. Dazu brauchen wir eine Vertiefung unserer Spiritualität, die Umwandlung unseres Lebens, die uns durch Jesus Christus verheißt ist.

Dazu ist uns eine besondere Kraftquelle gegeben, ein Gebet, das die Welt umspannt: das Vaterunser. Das Vaterunser ist das Gemeinschaftsgebet, in dem die besondere

Identität der weltweiten Gemeinde Jesu Christi als neue menschliche Gemeinschaft ausgedrückt ist. Weil Jesus, der Sohn Gottes, unser Bruder geworden ist, dürfen wir Gott als unseren Vater anreden.

Die vierte und die fünfte Bitte haben in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung:

„Unser tägliches Brot gib uns heute und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern“ (Mt 6,11–12).

„Unser tägliches Brot gib uns heute“

Die vierte Bitte unterstreicht: Die Mittel, die wir für unseren Lebensunterhalt bekommen, sind eine Gabe Gottes. Er gibt uns, was wir brauchen, und wir sind ihm gegenüber verantwortlich für die Art, wie wir mit diesen Mitteln umgehen. Gott sorgt für das Überleben der ganzen Menschheit. Der Ausdruck „unser Brot“ in der vierten Bitte hat also nicht nur zu tun mit der Verpflichtung der Christen, alle Mittel miteinander zu teilen und für wirtschaftliche Gerechtigkeit untereinander zu sorgen. Der Ausdruck signalisiert auch ihre Verantwortung, Ungerechtigkeit zu bekämpfen, wo immer sie geschieht. „Unser Brot“ ist „Brot für die Welt“, das nicht in den Händen weniger auf Kosten der anderen angesammelt und angehäuft werden darf.

Für Christinnen und Christen im 21. Jahrhundert ist die vierte Bitte eine ständige Erinnerung an ihre Verantwortung, je nach ihrem Vermögen und ihren Gaben, die ihnen als Einzelne und als Gemeinschaft gegeben wurden, zur wirtschaftlichen Gerechtigkeit für alle Menschen beizutragen – in der Gesellschaft, in der sie leben, ebenso wie in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Seit den Anfängen der Kirche haben die Christen die vierte Bitte um das tägliche Brot mit der Feier des Heiligen Abendmahls in Zusammenhang gebracht. Jesus wählt Brot, das gebräuchlichste Lebensmittel, von dem das Überleben der Menschen abhängt, und Wein, Zeichen der Fülle des Lebens und des Festes, zum Zeichen für seine Gegenwart als auferstandener Herr inmitten der Seinen. Er will seine Gemeinde nicht nur in ihrer leiblichen Existenz erhalten, sondern gibt ihrem Leben auch einen besonderen Auftrag. Immer wieder von neuem rüstet er sie mit Gottes Vergebung aus und gibt ihnen Kraft, einen grundlegenden Wandel in den menschlichen Beziehungen zu ermöglichen.

Wenn wir Brot und Wein teilen, bekommen wir Anteil an dem Leben in Fülle, für das Christus sich hingegeben hat. Er nimmt uns damit zugleich hinein in seinen Dienst für das Leben. Das verpflichtet uns als Christinnen und Christen in den reicheren Ländern zugleich unwiderruflich, für ein gerechtes und faires internationales Wirtschaftssystem zu arbeiten, in dem niemand verhungern muss, sondern alle ein Leben in Würde und in vollem Genüge haben.

„Und vergib uns unsere Schuld“

Die fünfte Bitte überzeugt uns davon, dass Christinnen und Christen, die Gottes Vergebung in ihrem tiefsten Sinn erfahren haben, einen Kraftvorrat haben, um am Frieden und für Gerechtigkeit in menschlichen Beziehungen mitzuwirken. Unser Schuldbekenntnis und unser Vertrauen auf Gottes Vergebung, die uns im Abendmahl in erfahrbarer Weise zugesprochen wird, sind die Voraussetzung für einen sinnvollen Beitrag der Kirchen für eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz.

Beim Teilen von Brot und Wein in der Gegenwart des Auferstandenen gibt Gott uns Anteil an seiner verwandelnden Kraft und nimmt uns so mit in seinen Dienst des Lebens. Gott will, dass alle das Leben in vollem Genüge haben. Das gibt unserer Hoffnung langen Atem. Im Vertrauen auf diese Zusage schließt das Vaterunser:

*„Denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit.
Amen.“*

3. Beschlüsse zur Stellungnahme der Landessynode zum Soesterberg-Brief

Beschluss 1:

Die Landessynode beschließt die Stellungnahme zum Soesterberg-Brief in der jetzt vorliegenden Fassung.

Beschluss 2:

Die Landessynode bittet den Präses, den Kirchengemeinden, Kirchenkreisen und kirchlichen Verbänden sowie Ämtern und Werken die Stellungnahme zum Soesterberg-Brief bekannt zu machen und sie zu motivieren, die darin enthaltenen Anregungen ihren Möglichkeiten entsprechend umzusetzen.

Sie bittet auch, den Dialog mit den in der Wirtschaft Verantwortlichen aufzunehmen.

Die Kirchenleitung wird gebeten, die Stellungnahme in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Die Kirchenleitung wird gebeten, eine Zusammenstellung von Literatur, Materialien und Arbeitshilfen zum Thema Globalisierung für die verschiedenen kirchlichen Arbeitsbereiche und Zielgruppen zu veranlassen sowie eine entsprechende Referentinnen- und Referentenliste zu erstellen.

Beschluss 3:

Die Kirchenleitung wird gebeten, den Kirchengemeinden, Kirchenkreisen, Ämtern und Werken sowie den kirchlichen Verbänden im Jahr 2005 Hilfestellung für den Umgang mit kirchlichen Finanzen nach ethischen Kriterien anzubieten, damit der in der Landeskirche begonnene Prozess, Geld im nachhaltigen Investment anzulegen, auf allen Ebenen fortgesetzt wird.

Beschluss 4:

Die Landessynode beauftragt die Kirchenleitung,

1. im Zusammenhang mit der UNO-Sondervollversammlung 2005 Maßnahmen zu ergreifen, in unserer Kirche und in der gesellschaftlichen Debatte die Umsetzung der Millenniumsziele wirksam zu unterstützen;
2. dafür zu sorgen, dass im Jahr 2005 den Gemeinden Arbeitshilfen zum Thema „Wachstum der Lebensqualität von Armen“ zur Verfügung gestellt werden.

Beschluss 5:

Die Kirchenleitung wird beauftragt, der Landessynode 2005 Vorschläge für weitere Beschlüsse zur Umsetzung der in der Stellungnahme formulierten Ziele vorzulegen.

4. Globalisierung

Eine andere Globalisierung – Widerstände und Möglichkeiten

Privatdozent Dr. Hans Diefenbacher

0. Einleitung

Als Herr Dr. Möller mich vor einigen Monaten gebeten hat, heute zu Ihnen über das Thema „Globalisierung“ zu sprechen, kannte ich den Entwurf einer Stellungnahme zum sogenannten „Soesterberg-Brief“ noch nicht, den die Kirchenleitung der Landessynode zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt hat. Ich möchte nun nicht so weit gehen und sagen, dass eine Lektüre dieses Textes das Hören meines Vortrages überflüssig machen würde. Aber der Text dieser Arbeitsgruppe bietet für meinen Beitrag neue Möglichkeiten, denn ich kann mich nun auf den differenzierten und sachkundigen Diskussionsprozess beziehen, den es in Ihrer Landeskirche gibt. Ich möchte dies in fünf Schritten tun:

- Ich möchte kurz etwas zu Erscheinungsformen und zum Begriff der Globalisierung sagen. Damit verbinde ich eine These: Es ist auch deswegen so schwer, über Globalisierung zu diskutieren, weil die weltwirtschaftliche Entwicklung häufig mit sehr verschiedenen, in sich logischen und geschlossenen Erklärungsmustern interpretiert wird, die aber auf unterschiedlichen Grundannahmen beruhen und deshalb kaum miteinander ins Gespräch zu bringen sind.
- Im zweiten Schritt möchte ich die These begründen, dass es einer bewussten Gestaltung der Globalisierung bedarf, und zwar im Rahmen einer doppelten Strategie: einmal als politische Einflussnahme mit dem Ziel einer Veränderung der Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft und zum anderen als konkrete Gestaltung unseres eigenen Wirtschaftens vor Ort, in der Gemeinde und in der Region, in der wir leben.
- Im dritten und vierten Schritt möchte ich dann im Detail auf mögliche Schritte der Veränderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der eigenen Praxis eingehen.
- In einer kurzen Zusammenfassung möchte ich die Frage nach der Realitätsnähe der vorgestellten Vorschläge ansprechen.

1. Zwei Weltsichten: Globalisierung, Neoliberalismus und nachhaltige Entwicklung

Jeder, der sich mit dem Thema Globalisierung für längere Zeit beschäftigt, hat einige Lieblingsbeispiele für positive und negative, für einleuchtende und für absurde Erscheinungsformen der Globalisierung.

- Im Jahr 2002 wurden auf dem Rhein-Main-Flughafen Frankfurt rund 30.000 Sendungen mit insgesamt 84 Millionen lebenden Tieren abgefertigt – darunter 9 Millionen Eintagsküken, die häufig um die halbe Welt geflogen werden. Die Route von Santiago de Chile über Frankfurt nach New York ist eine der Rennstrecken für diese Küken, die bis zur 60. Lebensstunde ohne Futter und Wasser transportiert werden dürfen.¹
- Der durchschnittliche Kaffeekonsum liegt in Deutschland in den letzten Jahren ziemlich konstant zwischen 6,7 kg und 6,9 kg pro Person und Jahr. Umgerechnet auf die durchschnittlichen Hektarerträge in den Anbaugebieten bedeutet das: Jeder Bürger, jede Bürgerin Deutschlands „benutzt“ ein etwa 110 Quadratmeter großes Feld, auf dem „sein“ beziehungsweise „ihr“ Kaffee wächst. Auf maximal 2 dieser 110 Quadratmeter wächst Fair-Trade-Kaffee.²
- Kolumbien exportiert für über eine halbe Milliarde Euro im Jahr Schnittblumen. Von einem Blumenstrauß im Wert von 10 Euro, den Sie hier in einem Supermarkt oder an einer Tankstelle kaufen können, kommen 78 Cent in Kolumbien an. 7 Cent dieser 10 Euro ist der Lohnanteil der Landarbeiter. Diese Berechnung bezieht sich auf das Jahr 2000.³
- Um am Beispiel der Blumen zu bleiben: Nicht-Regierungsorganisationen haben im ständigen internationalen Kontakt ein sogenanntes „Flower Label Programm“ entwickelt, das den Produzenten in Ländern des Südens gerechtere Arbeitsbedingungen garantieren und die Umwelt schützen soll. Das Flower Label Programm beinhaltet einen internationalen Verhaltenskodex für die sozial- und umweltverträgliche Schnittblumenproduktion, in dem unter anderem existenzsichernde Löhne, die Gleichbehandlung von Frauen, der Verzicht auf hochgiftige Chemikalien und Pestizide, die Einhaltung von Gesundheitsvorschriften und das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit festgehalten wird.⁴ In Deutschland führten im September 2004 knapp 1.000 Blumenläden Blumen mit dem FLP-Siegel.

1 Schubert, Wolfgang (2003): „Küken fliegen um die halbe Welt – die tierärztliche Grenzkontrollstelle am Flughafen“, in: Frankfurter Rundschau vom 17. 2. 2003.

2 Diefenbacher, Hans/Wilhelmy, Stefan (2003): *Eine Welt Bilanz, Aschaffenburg 2003. Heidelberg/Aschaffenburg: FEST/Stadt Aschaffenburg/Nord-Süd-Forum, Aschaffenburg, 12.* Vgl. auch Jakobowicz, Dan (2002): *Genuss und Nachhaltigkeit – Handbuch zur Veränderung des persönlichen Lebensstils.* Wien: Promedia.

3 Pertwee, Jeremy (2000): *Production and marketing of flowers.* Doetinchem: Elsevier.

4 Vgl. u. a. VAMOS e. V. Münster (2001): *Blumen Welten – der dornige Weg vom Feld zur Vase.* Münster: Selbstverlag.

Alternativen sind also möglich – für Produzenten vor allem dann, wenn informierte Konsumenten soziale und ökologische Kriterien bei ihren Konsumentenscheidungen berücksichtigen.

- Dieses Programms konnte nur durch die Möglichkeit eines ständigen internationalen Austauschs „von unten“ entwickelt werden. Möglichkeiten dieser Art sind durch Internet und E-Mail potenziert worden. Die immer billigere Übermittlung von Informationen durch moderne Technologien macht neue Organisations- und Handelsformen möglich, die teilweise erheblich geringere Stoff- und Materialströme erfordern.

Ich wechsele die Perspektive. Gibt es einen gemeinsamen Nenner für den Begriff der Globalisierung? Zunächst einmal: Der Begriff „Globalisierung“ taucht erst nach 1990 auf. Vor 1990 findet es sich in keinem Lexikon der Welt. Der Brockhaus von 1997 definiert Globalisierung wie folgt:⁵

„Globalisierung, schlagwortartig benutzte Bezeichnung für die weltweite Durchdringung von Märkten, vor allem bewirkt durch die wachsende Bedeutung der internationalen Finanzmärkte, den Welthandel und die intensive internationale Ausrichtung von multinationalen Unternehmen und begünstigt durch neue Telekommunikationstechniken sowie durch Finanzinnovationen.“

Diese Definition hebt auf die ökonomische Dimension der Globalisierung ab. In der Tat hat die wirtschaftliche Verflechtung das Gefüge der Nationen und Kontinente tiefgreifend verändert. Es lassen sich jedoch auch viele kulturelle, zum Teil in sich widersprüchliche Prozesse der Globalisierung beobachten, etwa die Zunahme kultureller Vielfalt in der Lebensumgebung des Einzelnen bei einer gleichzeitigen Abnahme der weltweiten Vielfalt. Ähnliches gilt für die Zunahme der lokalen Vielfalt von Waren – bei gleichzeitiger Abnahme der globalen Vielfalt, da sehr viele Sorten, die nur lokale Bedeutung hatten, vermutlich endgültig vom Markt verschwinden.⁶ Sie können überall zwischen Äpfeln vom Bodensee, von Tirol, Chile und Südafrika wählen, aber von den 600 vermarkteten Apfelsorten in Hessen vor 50 Jahren sind nur noch 40 übrig geblieben.

Der Begriff „Globalisierung“ wird jedoch oft auch in rein strategischer Absicht, quasi als „Kampfbegriff“ gebraucht: Ernst Ulrich von Weizsäcker, der auch Vorsitzender der diesbezüglichen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags war, sieht folgende „Nebenzwecke“ des Begriffs:⁷

⁵ Im Internet auch über den Bildungsserver Hessen:

http://lernen.bildung.hessen.de/global_einf/gbein_01/index_html (5. 11. 2004).

⁶ Vgl. Brunnhuber, Stefan/Klimenta, Harald (2003): *Wie wir wirtschaften werden*. Frankfurt/Wien: Carl Ueberreuter, 17.

⁷ Weizsäcker, Ernst Ulrich von (2004): *Was ist Globalisierung und wie erklärt sie sich?*, im Internet unter www.globalisierung-online.de (2. 11. 2004).

- „Globalisierung wird als Entschuldigung für nationale Untätigkeit oder Misserfolge verwendet;
- mit dem Begriff wird Druck auf nationale Regierungen oder Verbände ausgeübt;
- und er dient als Ausrede für Resignation oder Rückzug in die Schmollecke.
- Ferner wird das Wort Globalisierung zuweilen auch für Phänomene in Anspruch genommen, die überhaupt nicht global sind, insbesondere regionale Blockbildung mit Ausgrenzungstendenzen.“

Diese Probleme, so v. Weizsäcker, sollte man im Kopf haben, wenn man das politische Phänomen der Globalisierung analysiert und über einen rationalen Umgang mit ihm diskutiert.

Wechseln wir noch einmal die Perspektive. Vor über 11 Jahren, in einer Ansprache in Brüssel am 4. März 1993, hat der damalige Direktor des Internationalen Währungsfonds, Michel Camdessus, folgende sechs Punkte als die wichtigsten Probleme der Weltwirtschaft benannt:⁸

- Die OECD-Länder leiden überwiegend unter einer Wachstumsschwäche;
- Turbulenzen auf den Devisenmärkten haben zu einer Destabilisierung des Weltwährungssystems geführt;
- die Spannungen in den Welthandelsbeziehungen haben zugenommen;
- der wirtschaftliche Erfolg beim Übergang der Länder Osteuropas zur Marktwirtschaft stellt sich nur sehr zögerlich ein;
- die ökonomische Misere in etwa der Hälfte der Entwicklungsländer zeigt keine Anzeichen der Besserung;
- es gibt eine Krise des Vertrauens in die Leistungsfähigkeit der internationalen Organisationen.

Diese Problembeschreibung ist auch heute, 11 Jahre später, mehr oder minder zutreffend. Sie ist Ausgangspunkt vieler Analysen der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Die Synopse von Camdessus ist in gewisser Weise logisch in sich schlüssig, da sie auf einem bestimmten ökonomischen Weltbild gründet, das häufig mit dem Begriff „Neoliberalismus“ bezeichnet wird. Die damit verbundene Wirtschaftspolitik erkennt sehr wohl die herausragende Bedeutung ordnungspolitischer Instrumente an. Das Leitbild des Neoliberalismus sieht jedoch prinzipiell vor, den freien Markt so weit wie nur möglich auszudehnen, da es auf der Annahme beruht, dass nur der Markt für Produzenten wie für Konsumenten eine wirklich effiziente Wirtschaftsweise hervorbringen kann. Eine effiziente Wirtschaftsweise wiederum wird als Grundbedingung angesehen, um mit knappen Ressourcen optimal wirtschaften zu können. Nur eine möglichst freie und am Markt orientierte Wirtschaftsordnung führt im Rahmen dieser neoliberalen Weltanschauung daher zu einer optimalen Wach-

⁸ Vgl. „Finance and Development“, in: IMF-Survey, 22. Jg. No. 10, 22. Mai 1993.

tumsrate der Wirtschaft. Und Wachstum ist im neoliberalen Denken ein höchst erstrebenswertes Ziel für die Wirtschaft, auch in hoch entwickelten Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland, gleichgültig, welches Wohlstandsniveau wir bereits erreicht haben.

Ein letzter Perspektivenwechsel: Die Sicht von Camdessus ist nicht die einzig mögliche Sicht der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Man könnte eine andere Liste der sechs wichtigsten Probleme der Weltwirtschaft aufstellen, die dann etwa wie folgt lauten würde:⁹

- Die Wirtschaftspolitik ist weltweit nach wie vor nicht am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientiert, demzufolge wir unsere Bedürfnisse so befriedigen sollten, dass die nach uns kommenden Generationen auch noch die Chance haben, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.¹⁰
- Insbesondere sind Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen von Treibhausgasen immer noch nicht richtig angelaufen, da Eigeninteressen nationaler Ökonomie – allen voran der USA – dem entgegenstehen.
- Die derzeitigen Weltwirtschafts- und -handelsstrukturen führen zu einer fortgesetzten Umverteilung der Einkommen, sodass in der Tendenz der Unterschied zwischen Arm und Reich zunimmt. Die Einkommensschere hat sich innerhalb dreier Jahrzehnte zwischen dem ärmsten Fünftel und dem reichsten Fünftel der Menschheit von 30:1 auf 74:1 vergrößert. 1,3 Milliarden Menschen haben weniger als einen US-Dollar pro Tag, weitere 1,5 Milliarden Menschen weniger als zwei US-Dollar pro Tag zur Verfügung.¹¹
- Die internationalen Finanzströme haben sich zunehmend vom Produktionssektor abgelöst und führen ein Eigenleben, das von den internationalen Institutionen mit ihren derzeitigen Rechten kaum noch kontrolliert werden kann. Die Akteure auf den Finanzmärkten haben sich der Regelungs- und Steuerhoheit der Nationalstaaten zunehmend entzogen.
- Schließlich haben nationale und kontinentale Eigeninteressen, etwa der Europäischen Union, zur gegenseitigen Abschottung und zum Aufbau von Strukturen geführt, mit deren Hilfe die reichen Länder ihre Produzenten vor unerwünschter Konkurrenz schützen. Diese „unfairen Strukturen“¹² stehen in eklatantem Widerspruch zu den Lippenbekenntnissen für eine freie Weltwirtschaft. Sie gefähr-

9 Vgl. zum Folgenden auch Diefenbacher, Hans (2001): *Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit – zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie*. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft, Kap. 11.

10 Vgl. *World Commission on Environment and Development (Hrsg.) (1987): Our Common Future*. Oxford/New York: Oxford University Press, 43 f.

11 *World Bank (Hrsg.) (2003): World Development Report*. Washington: World Bank.

12 Vgl. Stiglitz, Joseph (2004): *Die Schatten der Globalisierung*. München: Goldmann, 224 ff., der als Beispiel die Abschottung des amerikanischen Aluminium-Markts vor der Konkurrenz russischer Produzenten beschreibt.

den die positiven Errungenschaften einer Globalisierung der Wirtschaft und verkehren sie teilweise in ihr Gegenteil.

- In der internationalen Diskussion um Veränderungen der Weltwirtschaftsstrukturen werden entscheidende Fragen nach wie vor völlig ausgeklammert. Dazu gehören vor allem die irrwitzigen hohen Kosten für Rüstungsgüter und die notwendige Konversion der Rüstungsindustrie.

Auch diese Sichtweise von Problemen ist in sich schlüssig. Sie führt jedoch zur Empfehlung politischer Maßnahmen, die auf einer völlig anderen Grundüberzeugung beruhen: dass nämlich das Prinzip des Marktes erst positiv wirken kann, wenn ein ordnungspolitischer Rahmen gewährleistet ist, der sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientiert, das heißt an einer Ökonomie, die ökologische und soziale Verträglichkeit als gleichberechtigte Dimensionen mit einschließt. Auf der Ebene der Weltwirtschaftspolitik kann ein solcher Rahmen nicht durch Deregulierung, sondern nur durch eine gezielte Planung sorgfältig aufeinander abgestimmter Instrumente geschaffen werden. Eine solch andere Strategie der Globalisierung, eine Strategie der politischen Gestaltung sozialer und ökologischer Bedingungen der Weltwirtschaft kann als „aufgeklärter Interventionismus“ bezeichnet werden.¹³

Die beiden genannten ökonomischen „Weltsichten“ kommen bei fast allen Auseinandersetzungen über konkrete Einzelprobleme der Weltwirtschaft zu unterschiedlichen Empfehlungen, was ordnungspolitische Reformen des Welthandels- und -finanzsystems betrifft. Ihre Vertreter sind nur selten in einem konstruktiven Gespräch, denn ein solches Gespräch lässt sich im Grunde kaum an Einzelproblemen führen, sondern berührt immer auch die zentralen Fragen der Funktion, der Aufgaben und der ethischen Orientierung der Ökonomie in der globalen Gesellschaft.

In der neoliberalen Weltsicht lässt sich ein verstärktes globales Wachstum nur durch konsequente Deregulierung, durch verstärkte Bemühungen um Effizienz und durch einen weiteren Ausbau der Märkte erzielen. Dabei werden Ressourcen freigesetzt – vor allem auch Arbeitskräfte! –, durch die sich dann, so die Theorie, Wachstumspotenziale erschließen lassen. Das vermehrte Wachstum werde dann ein Wohlfahrtszuwachs für alle, nicht nur für die Reichen, zur Folge haben.

Diese Weltsicht findet man ganz überwiegend bei den Gewinnern der Globalisierung. Jene, die von ihnen am Anfang in den Beispielen angedeuteten negativen Auswirkungen betroffen sind, die sich in der Gestaltung ihres eigenen Lebens als abhängig von ökonomischen Mächten erfahren, die sie nicht beeinflussen können, haben das Vertrauen in diese Verheißung positiver Auswirkungen für alle verloren. Wie bereits gesagt, die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich seit 30 Jahren

¹³ *Ibd.*, 223.

immer weiter. Und mindestens ebenso lange wissen wir, „dass der Wohlstandsmotor der Industriestaaten in seiner heutigen Form weder ewig weiterlaufen kann noch für die gesamte Menschheit taugt“¹⁴, denn die Ressourcen dieses Planeten sind endlich.

Es ist daher nur zu berechtigt, wenn Menschen, die überwiegend unter den Folgen der derzeitigen Globalisierung leiden, angesichts wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten und ökologischer Zerstörungen fragen, was der Beitrag der Industrieländer in den nächsten Jahren sein kann, um eine andere Form der Globalisierung herbeizuführen. Globalisierung könnte sich auch andere vorrangige Ziele setzen: die Schaffung einer weltweiten medizinischen Grundversorgung oder Zugang zu Bildungseinrichtungen, die Versorgung aller Menschen mit sauberem Trinkwasser, die Sicherung der Ernährung, die Schaffung von Wohnraum, schließlich die Bewahrung der Natur. Die Kaufkraft an den Weltmärkten führt offenkundig nicht zur angemessenen Erfüllung dieser Ziele.

2. Zwischenergebnis: Zur Notwendigkeit einer bewussten Gestaltung der Globalisierung

Um diesen Zielen näher zu kommen, wird es notwendig sein, Globalisierung nach dem Leitbild der Nachhaltigkeit, der ökologischen und sozialen Verträglichkeit bewusst zu gestalten.

[Ich fasse vier bereits genannte, besonders wichtige Gründe noch einmal zusammen.¹⁵

1. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Abstand zwischen „Arm“ und „Reich“ vergrößert. Das Wohlstandsgefälle zwischen den entwickelten Industrieländern und den armen Ländern des Südens ist deutlich größer geworden. Aber dieses Phänomen ist nicht nur international zu konstatieren, sondern auch zwischen den armen und den reichen Regionen innerhalb sehr vieler Länder. Ein derartiger Mittelabfluss von „Arm“ zu „Reich“ ist sogar oftmals innerhalb von Regionen festzustellen.¹⁶

¹⁴ Brunnhuber, Stefan/Klimenta, Harald (2003): *op. cit.*, 14.

¹⁵ Vgl. dazu unter anderem Zinn, Karl Georg (1998): *Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel*, Köln: PapyRossa; Ormerod, Paul (1994): *The Death of Economics*, London/Boston: Faber and Faber; Forrester Vivianne (1996): *L'Horreur économique*, Paris: Fayard; deutsch unter dem Titel: *Der Terror der Ökonomie*, Wien: Zsolnay 1997; Kurtzman, Joel (1993): *The Death of Money*, New York: Simon und Schuster.

¹⁶ Informationen finden sich dazu u. a. bei Trägerkreis des Pilotprojektes *Gerechtigkeit, Armut, Reichtum* (Hrsg.) (1994): *Armut in unserer reichen Gesellschaft*, Mannheim: Industrie- und Sozialpfarramt Nordbaden. Vgl. auch Douthwaite, Richard (1996): *Short Circuit*. Dublin: Lilliput Press.

2. Im freien globalen Wettbewerb überleben häufig nur die stärksten Marktteilnehmer. Gewerkschaften, Unternehmen und ganze Regionen sehen sich gezwungen, aggressiv gegeneinander zu konkurrieren. Die schützenden Schranken, die sie im Laufe der Jahre um ihre Aktivitäten errichtet haben, werden teilweise abgebaut. Arbeitsplätze gehen verloren, die Löhne und Gehälter der Übriggebliebenen sinken, der Absatz in der heimischen Region geht zurück, und dadurch sinkt wiederum auch die Beschäftigung im Handel und in den Zulieferfirmen. Die Gewinne können dabei durchaus steigen, wenn der Absatz im Ausland floriert. Viele Unternehmen haben ihre Bindung an die Region, in der sie ihren Stammsitz haben, zunehmend verloren.
3. Die Globalisierung der letzten beiden Jahrzehnte war insbesondere auch eine Globalisierung der Finanzmärkte. Nur etwa ein Zwanzigstel der weltweiten Finanzbewegungen dienen dazu, Rechnungen für international gehandelte Güter und Dienstleistungen zu bezahlen. Neunzehn Zwanzigstel sind Finanzbewegungen spekulativer Art. Durch die politisch gewollte Globalisierung der Finanzmärkte können Krisenphänomene von einer Großregion der Erde auf eine andere sehr schnell übertragen werden – und solche Krisen können dann wiederum sehr schnell und unmittelbar auf die Arbeitsplätze und damit auf die Arbeitseinkommen durchschlagen.
4. Im letzten Jahrhundert ist es gelungen, durch die Verbesserung der internationalen Transportmöglichkeiten die Versorgungssicherheit zunehmend zu steigern. Bei Ernteaussfällen oder Katastrophen anderer Art konnten die Defizite einzelner Regionen immer zuverlässiger durch Käufe und Transporte aus nicht betroffenen Regionen ausgeglichen werden – sofern eine entsprechende Kaufkraft vorhanden ist. Durch die fortschreitende Globalisierung ist nun jedoch ein Zustand erreicht, bei dem die leichte Verfügbarkeit von Gütern aus anderen Regionen in vielen Fällen die heimische Produktion zerstört hat. Damit ist aus einer Funktion zur Steigerung der Sicherheit – gegebenenfalls Güter von außerhalb dazukaufen zu können – ein alles beherrschendes Prinzip geworden. Schlimmer noch: Dieses System verringert immer mehr die Redundanzen, die es einmal hatte, denn die transnationalen Konzerne, auf die ein ebenfalls ständig steigender Anteil des Welthandels entfällt, beseitigen überschüssige Kapazitäten, wo immer es ihnen möglich ist – vor allem dann, wenn sie andere Firmen aufkaufen.]

Eine bewusste Gestaltung einer anderen Globalisierung kann daher nur in einer doppelten Strategie bestehen.¹⁷ Zum einen muss versucht werden, die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft so zu gestalten, dass sich ökologisch und sozial verträgliches Verhalten für die Akteure am Markt lohnt. Die zweite Aufgabe besteht

¹⁷ Vgl. hierzu Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hans (1998): *Jenseits der Globalisierung – Handbuch für eine lokale Ökonomie*. Mainz: Grünewald-Verlag, Kap. 2.

darin, das Wirtschaften am jeweiligen Ort, in der jeweiligen Region so zu gestalten, dass deren Bewohnerinnen und Bewohner weder auf Kosten anderer Regionen noch in der Gefahr leben müssen, Opfer von Krisen zu werden, die über wirtschaftliche Austauschprozesse aus anderen Regionen in ihre Region hineingetragen werden. Zu diesen beiden Punkten möchte ich im dritten und vierten Schritt einige Ausführungen machen.

3. Rahmenbedingungen einer sozial und ökologisch verträglichen Weltwirtschaft

Ökologisch und sozial verträgliche Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft sind die wichtigsten Gestaltungselemente einer anderen Globalisierung. Es gibt hier jedoch keine einfache, große und schöne Lösung. Die schwierige Aufgabe besteht vielmehr darin, dass viele grundlegende Fragen gleichzeitig angegangen und bearbeitet werden müssen. Ich nenne im Folgenden neun Punkte. Dabei konzentrieren sich die ersten drei Punkte auf Fragen der globalen „Gerechtigkeit“, die folgenden drei Punkte auf die Erfordernisse der „ökologischen Verträglichkeit“, während die letzten drei Punkte dazu beitragen wollen, Bedingungen für die Möglichkeit einer „Entwicklung“ zu etablieren, die die beiden ersten Prinzipien integriert.

Bei allen diesen Punkten wird deutlich, dass die vordem genannte „neoliberale Weltsicht“ der Befürworter des Freihandels nicht einfach mit Hilfe ergänzender Instrumente geringfügig korrigiert werden kann. Der Konflikt zwischen einer neoliberalen Weltsicht und einer Weltsicht, die die langfristige ökologische und soziale Verträglichkeit zum wichtigsten Kriterium macht, ist grundsätzlicherer Art.¹⁸

3.1 Verwirklichung von Menschenrechten im Wirtschaftsleben

Eine große Zahl sogenannter „komparativer Kostenvorteile“, die zu Handelsströmen auf der Erde führen, sind nach wie vor das Resultat der Verletzung von Menschenrechten. Bestimmte Güter werden nur deshalb so billig oder überhaupt angeboten, weil sie unter Bedingungen produziert werden, die internationalen Verträgen und Deklarationen zu den Menschenrechten zuwiderlaufen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. 12. 1948 nennt nicht nur das Verbot der Sklaverei (Art. 4), sondern auch das Recht auf Arbeit, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen und das Recht auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit (Art. 23.1), ferner das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit (Art. 23.2) sowie das Recht auf einen für die Gesundheit und das Wohlergehen des Einzelnen

¹⁸ Die nachfolgende Zusammenstellung der neun Punkte ist eine gekürzte und aktualisierte Fassung der Übersicht in Diefenbacher, Hans (2001), *op. cit.*, 224 ff.

wie seiner Familie angemessenen Lebensstandard einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung, Wohnung, ärztlicher Versorgung und notwendiger sozialer Leistungen (Art. 25).¹⁹

Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, vor allem aber der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. 12. 1966 führen diese Grundrechte weiter aus.²⁰ Auch das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7. 3. 1966 sowie das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. 12. 1979 haben unmittelbare Bedeutung für den Bereich der Wirtschaft.²¹

So einfach diese Prinzipien zu formulieren sind, so leicht fällt auch der Nachweis, dass sie in vielen Ländern dieser Erde nicht oder nicht genügend beachtet werden.²² Es wäre durchaus denkbar, den Import von Gütern, die zu Lohnsätzen unterhalb des für Art. 25 der Allgemeinen Erklärung notwendigen Mindesteinkommens produziert wurden, mit Strafzöllen zu belegen. Sollten Exportländer keine Einsicht in die Notwendigkeit von Veränderungen zeigen, könnten andere Länder den Import derartiger Produkte beschränken oder verbieten. Verbraucherinitiativen können weiter dazu beitragen, ein politisches Klima für derartige Überlegungen zu schaffen, indem sie Informationen über die Produktionsbedingungen bestimmter Importgüter öffentlich machen.²³

3.2 Verringerung von Ungleichheit

Während in den sechziger und siebziger Jahre das Verhältnis eines Facharbeiterlohns zum Einkommen eines Spitzenmanagers noch zwischen 1:20 bis 1:40 betrug, liegt es heute bei 1:100 bis zu 1:400. Leicht gerät dabei in Vergessenheit, dass Frauen einen überproportionalen Anteil der ökonomischen und sozialen Anpassungslasten zu tragen haben, die die Politik den unteren Einkommenschichten aufgebürdet hat, da sie schon zuvor im Durchschnitt wirtschaftlich erheblich

19 Vgl. Vereinte Nationen (Hrsg.) (1951): *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948*. Zürich: Europa-Verlag.

20 Vgl. Alefsen, Heike (Hrsg.) (1998): *Menschenrechte im Umbruch*. Neuwied: Luchterhand.

21 Baum, Gerhard (Hrsg.) (1998): *Menschenrechtsschutz in der Praxis der Vereinten Nationen*. Baden-Baden: Nomos.

22 Hier mag der Hinweis auf das nach wie vor völlig ungelöste Problem der Kinderarbeit genügen: Vgl. Raman, Vasantki (1998): *Globalization and child labour*. New Delhi: Centre for Women's Development Studies.

23 Vgl. u. a. die „Clean Clothes Campaign“, die mittlerweile wie andere Fair-Trade-Kampagnen international vernetzt als selbsternanntes NGO-Kontrollorgan fungiert; im Internet unter www.evb.ch/ccc.htm oder www.cleanclothes.org.

schlechter gestellt waren.²⁴ In den Vereinigten Staaten sind über zwei Drittel der Arbeiter in Niedriglohngruppen Frauen.²⁵ In allen Industrieländern ist der Frauenanteil bei der Altersarmut besonders hoch. Auch die Armut bei Alleinerziehenden trifft in der Regel Frauen.

Eine deutliche Verringerung intra- wie internationaler Einkommens- und Vermögensungleichheiten erscheint aufgrund des erreichten Ausmaßes der Ungleichheit – etwa unter Bezugnahme auf eine pragmatische Umsetzung der Rawls'schen Gerechtigkeitskonzeption²⁶ – zunächst als ethisch geboten. Wie bereits erwähnt, haben sich die Hoffnungen auf Armutsbekämpfung durch Wachstum bislang nicht in dem Maß realisiert, das von Vertretern der Wachstumstheorie in Aussicht gestellt wurde. Wie eine Politik zur Verringerung von Einkommensungleichheiten aussehen kann, ist bekannt und muss hier nicht im Detail vorgestellt werden; sie reicht von strukturellen Veränderungen bei der Steuer- und Abgabepolitik über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer bis zu regionalen Struktur- und Entwicklungsfonds zur Förderung von weniger entwickelten Sektoren und Ländern.²⁷ Gerade in Bereich des internationalen Handels gibt es, auch dies soll noch einmal wiederholt werden, für jeden Konsumenten die Möglichkeit, zu Fair-trade-Produkten zu wechseln.

3.3 Verstärkung von Demokratisierung und Partizipation im Wirtschaftsprozess

Ökonomische Entwicklung sollte das Ergebnis eines Prozesses sein, in dem die Menschen, die von wirtschaftlichen Entscheidungen betroffen sind, so weit wie möglich das Recht haben, am Zustandekommen dieser Entscheidungen zu partizipieren – auf der Ebene von Kommunen oder von Regionen ebenso wie in Unternehmen und Betrieben. Gerade in Anbetracht einer zunehmenden internationalen Verflechtung besteht jedoch die Gefahr, dass die am Markt erfolgreichen westlichen Konzepte der Effizienz sich auch in Gesellschaften durchsetzen, deren kulturelle Prägungen dieser Art der Ökonomie keinen solch hohen Stellenwert einräumen. Ohne eine weitreichende Partizipation droht hier nicht nur eine kulturelle Uniformität, sondern vor allem eine immer weiter reichende Ökonomisierung von immer mehr Lebensbereichen.

24 Afshar, Haleh (Hrsg.) (1996): *Women and adjustment policies in the Third World*. Basingstoke: Macmillan.

25 Abowd, John/Kramarz, Francis/Margolis, David (1999): *Minimum wages and employment in France and the United States*. Cambridge, Mass.: NBER [Working Paper No. 6996].

26 Vgl. dazu Kapitel 5.2.5.

27 Vgl. Hensche, Detlev/Schumann, Harald u. a. (1998): „Globalisierung gestalten, Weltwirtschaft regulieren“, in: Kreissl-Dörfler, Wolfgang (Hrsg.): *Schicksal Globalisierung? Brüssel: Die Grünen im Europäischen Parlament*.

3.4 Alternative Energie- und Ressourcenpolitik

Nach wie vor gilt, was schon vor 30 Jahren bekannt war: „Wir verbrauchen von der Erde zu viel und zu schnell, und wir produzieren zu viele Abfälle.“²⁸ Vor allem die Nationen mit einem hohen Konsumniveau machen es der wachsenden Weltbevölkerung immer schwerer, auf dieser Erde ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

In konventionellen liberalen Diskussionen über Globalisierung wird die Notwendigkeit einer Begrenzung des Wachstums von Material- und Stoffströmen nicht thematisiert. Auch liefert die traditionelle Wirtschaftstheorie den wirtschaftlich Handelnden keine „Warnlampen, die rechtzeitig eine Beschränkung und Kontrolle ökonomischer Wachstumsprozesse nach humanen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten anleiten könnten“²⁹. Im Gegenteil: In vielen offiziellen Verlautbarungen wird der Gedanke der Nachhaltigkeit dahingehend pervertiert, dass durch die weitere Globalisierung ein „nachhaltiges Wachstum“ erhofft wird.

Der Umweltraum etwa bei fossilen Brennstoffen wird durch zwei Faktoren begrenzt: einmal durch die Endlichkeit der Vorräte und zum zweiten durch die negativen externen Effekte, die bei der Nutzung dieser Brennstoffe entstehen, also vor allem durch Umweltbelastungen und hier wieder insbesondere durch den Treibhauseffekt. Um die Risiken der Klimaveränderung einzuschränken, ist die Verwendung fossiler Energieträger drastisch zu reduzieren. Die Verminderung des Energieverbrauchs muss darüber hinaus mit dem Bemühen einhergehen, eine gleichmäßigere Verteilung der Energienutzung auf die Weltbevölkerung zu erzielen. Für die Industrieländer müsste dieses Verteilungsprinzip eine besonders hohe Absenkung des Energieverbrauchs zur Folge haben.

Was aber würde die Verwirklichung eines derartigen Einsparzieles für den Weltmarkt mit fossilen Energieträgern oder mit anderen Rohstoffen, für die vergleichbare Überlegungen angestellt werden können, bedeuten? Die Reduktion der Verbrauchszahlen muss sich in einer Verringerung der Handelsmengen niederschlagen. Dies wird sich nur im Rahmen internationaler Wirtschafts- und Umweltabkommen realisieren lassen. Mit dem Kyoto-Protokoll und dem Handel mit CO₂-Emissions-Zertifikation ist prinzipiell ein richtiger Weg eingeschlagen worden. Noch aber gehen die Industrieländer und auch die sich rapide entwickelnden Länder in Asien auf diesem Weg bei weitem nicht schnell genug voran.

²⁸ *Milieu defensie Amsterdam (Hrsg.) (1994): Nachhaltige Entwicklung in den Niederlanden; Übersetzung des Instituts für sozialökologische Forschung, Frankfurt: ISOE, 19.*

²⁹ *Leipert, Christian (1986): „Ist ‚humaner Wohlstand‘ möglich?“, in: Universitas, 41. Jg., Heft 11, 1109–1120, hier 1111.*

3.5 Ernährung und nachhaltige Landwirtschaft

Auch die gegenwärtige Erzeugung agrarischer Produkte ist nicht auf Nachhaltigkeit angelegt. Insbesondere in den Ländern des Südens ist der Druck auf die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen. Zur Überbeanspruchung der Böden haben vor allem vier Ursachen beigetragen: die Einführung industrieller Agrartechnologien, die Produktion für Exportmärkte, die Überbevölkerung in einigen Regionen sowie der ungleiche Zugang zu natürlichen Ressourcen.³⁰

Um den verhängnisvollen Kreislauf von Verschlechterung der landwirtschaftlich nutzbaren Böden, Nahrungsmangel und zu starker Beanspruchung dieser Böden zu durchbrechen, muss ebenfalls ein ganzes Bündel von Maßnahmen gleichzeitig verfolgt werden; dazu gehören Veränderungen der landwirtschaftlichen Produktionsweise sowie Veränderungen der Ernährungsgewohnheiten. Studien zeigen, dass der Mindestbedarf an gesunder Ernährung mit einer ökologisch orientierten, standortgerechten Landwirtschaft produziert werden kann.³¹ Problematisch sind nach wie vor das hohe Volumen der Viehfutterexporte von Süd nach Nord. Im Rahmen einer standortgerechten Landwirtschaft wäre es nicht möglich, so viel Fleisch zu produzieren, dass die gesamte Weltbevölkerung so viel konsumieren könnte, wie dies die Menschen in den westlichen Industrieländer derzeit tun.³²

Ein Schritt in Richtung einer derartigen Veränderung der Welthandelsordnung in Bezug auf Agrarprodukte könnte ein Exportverbot für Produkte zu Preisen unterhalb der Gestehungskosten sein. Ferner müsste die internationale Staatengemeinschaft Überlegungen anstellen, wie der Export von Landwirtschaftsprodukten aus Regionen zu verhindern ist, in denen die Produktion von Grundnahrungsmitteln für die Ernährung der Bevölkerung nicht ausreicht.

3.6 Ökologische und soziale Mindeststandards

In neuen oder neu verhandelten Wirtschaftsabkommen müssen jeweils regionale und internationale Mindeststandards im ökologischen und sozialen Bereich definiert und festgelegt werden, um zur Schaffung von Rahmenbedingungen beizutragen, die der Industrie schließlich eine ökologisch und sozial orientierte Produkt-

³⁰ Vgl. dazu *Milieu defensie* (1994), 68 ff.; für den folgenden Abschnitt außerdem Diefenbacher, Hans (2000): „Welternährung, die Entwicklung der Agrartechnik und internationale Agrarpolitik – ein gordischer Knoten?“, in: Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno (Hrsg.): *Friedensgutachten 2000*. Münster: Lit-Verlag, 220–229.

³¹ Vgl. *Milieudéfensie* (Hrsg.) (1994), 73 ff.; vgl. auch *Studien der International Federation of Organic Agricultural Movements*.

³² *Ibid.*, 75; vgl. auch Pretty, Jules (1995): *Regenerating Agriculture*. London: Earthscan.

politik erst ermöglichen werden. Derartige Standards sollten als Basis dienen, von der aus eine schrittweise Angleichung der Umweltstandards „nach oben“ erfolgen kann.³³ Regelungen dieser Art müssen durch eine verbesserte Produktkennzeichnungspflicht ergänzt werden.

In den letzten Jahren ist hier aus einer anderen Perspektive Bewegung in eine festgefahrene Diskussion gekommen – und zwar durch den sogenannten „Global Compact“ und die darauf aufbauende Global-Reporting-Initiative, mit der sich Unternehmen freiwillig zu einem System von sozialen und ökologischen Mindeststandards und auf ein darauf abzielendes Berichtswesen verpflichten können. Es ist anzustreben, dass sich möglichst viele Unternehmen dieser oder anderen Initiativen dieser Art anschließen.

3.7 Reduzierung der internationalen Schuldenlast

Auch im Jahr 2004 ist die internationale Schuldenkrise bei weitem nicht „ausgestanden“.³⁴ Die Schuldendienstverpflichtungen sind für eine große Anzahl von Ländern im Süden, vor allem nach wie vor für solche mit niedrigem Brutto-sozialprodukt, eine extreme Belastung. Die Handlungsspielräume für die wirtschaftliche Entwicklung werden entscheidend beschränkt, die ärmsten Bevölkerungsschichten werden aufgrund einseitiger Strukturanpassungsprogramme überproportional belastet und die Produktionsstrukturen vieler Länder werden weiterhin auf das Erzielen von Deviseneinkommen und nicht auf die Bedürfnisse der Menschen in den betroffenen Ländern ausgerichtet.³⁵ Die Gemeinschaft der Gläubigerstaaten muss hier in den nächsten Jahren sich zu weiteren Maßnahmen der Schuldenreduzierung verpflichten.

3.8 Internationale Kontrolle transnationaler Unternehmen

Noch immer ist die Entwicklung zur Konzentration der Marktanteile auf eine geringer werdende Zahl von großen transnational agierenden Unternehmen nicht

33 Vgl. dazu *Evangelische Kirche in Deutschland, Kammer für Umwelt und Entwicklung (Hrsg.) (2000): Nachhaltige Entwicklung und Ernährungssicherung. Hannover: EKD-Texte, dort Kap. 10 zu den Problemen der Konfliktregelungsmechanismen der WTO; mit ähnlichen Forderungen vgl. allerdings auch schon Windfuhr, Michael (1993): „Handel, Umwelt, Entwicklung“, in: Engels, Benno (Hrsg.): Perspektiven einer neuen internationalen Handelspolitik, Hamburg: Junius, 88.*

34 Vgl. dazu die jährlichen Schuldenreports von *Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED)* e. V.; die Ausgabe von 1996 enthält ein „Plädoyer für deutsche Entschuldungsinitiativen“; Eberlei, Walter/Unmüßig, Barbara/Wahl, Peter (1996): *Schuldenreport*, 96. Bonn: WEED.

35 Vgl. u. a. Mistry, Percy (1994): *Multilateral Debt. Bruxelles: FONDAD; Uctum, Merih/Wickens, Michael (1996): Debt and deficit ceilings, and sustainability of fiscal policies: an intertemporal analysis. London: Centre for Economic Policy Research.*

beendet.³⁶ Nach wie vor existiert auf internationaler Ebene keine Institution, die mit den Rechten und dem Durchsetzungsvermögen eines gut funktionierenden Kartellamtes ausgestattet wäre. Eine solche Institution wäre jedoch dringend erforderlich.

Durch den bereits erwähnten „Global Compact“ sind in den letzten Jahren gewisse Fortschritte erreicht worden, transnationale Unternehmen in einen Dialog über die gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen ihrer Aktivitäten einzubinden. Es ist jedoch notwendig, diesen Prozess intensiv fortzusetzen und auch im internationalen Kontext wirtschaftspolitische Instrumente zu diskutieren, die das Wachstum der Produktivität in ein angemessenes Verhältnis zur Steigerung der Lohneinkommen bringen könnten.

3.9 Reform der internationalen Institutionen

Fünf Jahrzehnte globaler Politik von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, der OECD und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich haben überall auf der Welt tiefe Spuren hinterlassen. Gerade die Erfahrung des letzten Jahrzehnts hat gezeigt, dass jenseits einer bestimmten Schwelle der Einkommens- und Vermögensungleichheit jede Politik, die auf die Erzielung quantitativen Wachstums zielt, zu einer Stabilisierung von Reichtum und Armut führt.³⁷

Eine andere Globalisierung müsste eine verbesserte Mitsprachemöglichkeit der armen Länder in den internationalen Finanzinstitutionen zur Grundlage der Entscheidungsprozeduren in diesen Institutionen machen. Das würde bedeuten, dass die reichen, industrialisierten Länder Macht und Einfluss abgeben müssten. Vielleicht ist dies derjenige meiner neun Punkte zur Veränderung der Rahmenbedingungen für eine andere Globalisierung, der am schwersten zu verwirklichen sein wird. Dennoch bin ich der Überzeugung, dass man nicht müde werden darf, dafür einzutreten und gerade in dieser Frage das Gespräch mit jenen deutschen Politikern zu suchen, die Deutschland in diesen Institutionen vertreten.

4. Regionale Wirtschaft

Ich komme zu meinem vierten Punkt und damit zum zweiten Teil der „Doppelstrategie“ für eine andere Globalisierung – nämlich der Frage, wie wir unsere jeweils eigene lokale und regionale Ökonomie verändern können, um den enormen Druck abzubauen, den die ungeheuren Bedürfnisse der Industrieländer nach Energie und

³⁶ Vgl. *World Bank (Hrsg.) (2000)*.

³⁷ Dazu auch *Williams, Marc (1994): International Economic Organizations and the Third World. New York/London u. a.: Harvester Wheatsheaf, hier Kap. 8.; Non-Aligned Movement Panel of Economists (Hrsg.) (1998): "Elements for an Agenda of the South", in: South Letter, No. 32, April 1998, 24–27.*

Ressourcen für die Weltmärkte, für die Umwelt und für die zukünftigen Generationen hervorrufen. Es gibt meines Erachtens keine Alternative, als bestimmten Teilen des alle Lebensbereiche berührenden globalen Wirtschaftssystems eine lokal tragfähige Alternative gegenüberzustellen – auf jeden Fall ist es sinnvoll, jene Sektoren des Weltwirtschaftssystems, die sich als besonders risikoreich erwiesen haben, mit lokalen Alternativen zu sichern. Eine derartige Förderung regionaler und lokaler Wirtschaftsstrukturen „jenseits der Globalisierung“ bedeutet, andere Fragen ins Zentrum zu stellen, nämlich:³⁸

- Was sollte in einer bestimmten Region getan werden, um die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen besser zu befriedigen?
- Wer von den Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Region könnte dazu beitragen?
- Und erst als Drittes: Wie können die Ressourcen aufgebracht werden, die für diese Tätigkeit erforderlich sind?

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Es geht weder um den Versuch einer Abschottung von Regionen noch handelt es sich um einen Rückzug aus der nationalen oder der internationalen Politik. Die Grenzen von Regionen sollten auch dann, wenn sie über entwickelte, auf die Region bezogene Wirtschaftsstrukturen verfügen, offen sein – nur orientiert sich der Wettbewerb hier nicht in erster Linie am Erfolg des Stärksten, sondern an der Struktur eines solidarischen Netzwerkes. Der internationale Handel käme keineswegs zum Erliegen.

Die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen beeinflussen bis zu einem gewissen Ausmaß den Handlungsspielraum, der auf lokaler und regionaler Ebene besteht. Dies gilt, so paradox dies auf den ersten Blick auch scheinen mag, jedoch auch in umgekehrter Richtung: Würden sich die Strukturen auf lokaler Ebene in quantitativ bedeutsamer Weise ändern, vor allem: würden die Konsumenten sich in ihren täglichen Kaufentscheidungen anders orientieren, dann würden sich auch die Aufgaben der nationalen und internationalen Ordnungspolitik wandeln.

In diesem Kontext können fünf Prinzipien genannt werden, die als Leitlinien für die Gestaltung der Wirtschaft „im Nahbereich“ gelten können, an dem Ort, an dem wir leben:

1. Auch in unseren Regionen sollte jede ökonomische Aktivität so gestaltet werden müssen, dass sie durchgeführt werden kann, ohne ökologische Zerstörungen hervorzurufen, unter denen zukünftige Generationen leiden müssen. Die Verringerung der Artenvielfalt durch eine bestimmte Form der Landwirtschaft ist ein Beispiel für eine Wirtschaftsweise bei uns, die diesem Prinzip deutlich zuwiderläuft.

³⁸ Für die folgenden Abschnitte vgl. Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hans (1998), *of. cit.*, Kap. 2.

2. Die Erzielung von Wirtschaftswachstum darf keine Voraussetzung für Wohlstand oder Vollbeschäftigung sein, jedenfalls nicht auf dem hohen materiellen Niveau, das unsere Wirtschaft erreicht hat.
3. In einer Region sollte man sich darüber klar sein, wie groß der „ökologische Rucksack“ ist, den der heimische Konsum- und Lebensstil anderen Regionen dieser Erde aufbürdet. Wir haben keinen zweiten Globus zur Verfügung – daher sollte in einer Region alles getan werden, um diesen Rucksack zu verkleinern.
4. Vor allem sollte die Energie, die in einer Region verbraucht wird, so weit wie nur irgend möglich aus erneuerbaren Energieträgern dieser Region kommen.
5. Auch hier möchte ich mit einem besonders schwer umzusetzenden Prinzip enden: Es wird notwendig sein, dass eine Region eine Vielfalt alternativer Verrechnungssysteme hat, die den Menschen zur Verfügung stehen, um ihre unterschiedlichen Bedürfnisse abzuwickeln. Es wird notwendig sein, das „Weltgeld“ Euro zu ergänzen: durch Tauschringe, durch Zeitsparbanken, durch Kreditgenossenschaften, die ihre Aktivitäten auf eine bestimmte Region begrenzen, eventuell durch Regionalwährungen und anderes mehr.

Eine Wirtschaft, die sich an den Kriterien der lokalen nachhaltigen Entwicklung orientiert, wird weit weniger von Großunternehmen beherrscht sein, sich weit weniger an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientieren müssen, allerdings auch kein schnelles Wachstum erzielen. Sie wird aus einem Netzwerk von Regionen und Gemeinden bestehen, die viele Bedürfnisse aus eigenen Ressourcen befriedigen können. Das materielle Konsumniveau mag dann im Durchschnitt vielleicht etwas niedriger liegen als heute.

Eine grundlegende Änderung in Richtung auf einen derartigen Wirtschaftsstil lässt sich nicht von heute auf morgen verwirklichen. Jedoch ist es durchaus möglich, in ganz unterschiedlichen Bereichen mit dem (Wieder-)Aufbau lokaler Strukturen zu beginnen. Es gibt sehr viele Projekte, manche auch im Bereich der Kirche, andere wiederum im Rahmen von Prozessen der Lokalen Agenda 21, die auf diesem Weg dauerhaft Fortschritte erzielt haben. Diese Projekte können, wenn auch nicht als „Blaupause“, so doch als Muster zur Übertragung in andere Gemeinwesen verwendet werden.

Der quantitative Netto-Effekt, was die Schaffung neuer Arbeitsplätze angeht, mag in einzelnen Projekten derzeit noch gering sein. Der Effekt insgesamt ist jedoch, vor allem, wenn man soziale Beschäftigungsinitiativen mit berücksichtigt, ganz beträchtlich. Es ist daher wichtig, diese Alternativen nicht als ungeliebte Notlösungen für die Zeit zu begreifen, die die „freie Marktwirtschaft“ angeblich braucht, um wieder auf den Wachstumspfad einzuschwenken und auf diese Weise alle Beschäftigungsprobleme zu lösen. Ein Erfolg dieser herkömmlichen neoliberalen Strategie ist nicht in Sicht. Eine Orientierung am Leitbild der regionalen Nachhaltigkeit

könnte dagegen neue Handlungsspielräume eröffnen, um der Wirtschaft zu einem menschengerechten und naturverträglichen Maß zu verhelfen.

5. Regionalisierung und Globalisierung: Die Umkehr der Beweislast

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Ich habe versucht zu zeigen, dass es sehr vieler unterschiedlicher Maßnahmen bedarf, um in einer globalisierten Wirtschaft Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung zu fördern. Der Versuch, auf die Gestaltung der internationalen Politik Einfluss zu nehmen, um die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft zu verändern, muss kombiniert werden mit dem Versuch, in kleinen praktischen Schritten die lokale und regionale Ökonomie vor Ort in einem „Prozess von unten“ zu verändern. Diese Veränderungen werden – gemessen an den heute vorfindlichen Strukturen – sehr weit reichend sein. Es ist aber durchaus möglich, sehr schnell Schritte auf diesem Weg der Veränderungen zu gehen. Ich hoffe, dass durch meine Thesen deutlich geworden ist, dass ich es für wenig sinnvoll erachte, Globalisierung als eine pauschale Kategorie zu verstehen und insgesamt zum Gegner zu erklären. Jedoch glaube ich, dass wir uns für die nächsten Jahre einer bereits zehn Jahre alten Forderung von Herman Daly, früher Mitarbeiter der Weltbank, anschließen können, der anstelle einer weiteren Deregulierung des internationalen Verkehrs von Waren und Dienstleistungen einen Wechsel der Perspektive, sozusagen eine Umkehr der Beweislast forderte:³⁹

„Als Regel müsste die Förderung heimischer Produkte gelten. Falls zweckmäßig, könnte ein ausgeglichener Außenhandel genutzt werden; er dürfte aber die inneren Angelegenheiten nicht so beherrschen, dass dem Land ökologische und soziale Katastrophen drohen. ... Man sollte konsequenterweise jede Maßnahme zur weiteren Integration von Volkswirtschaften zunächst als schlechten Vorschlag betrachten und für jede einzelne Ausnahme von dieser Regel überzeugende Argumente verlangen.“

Die internationalen Organisationen haben meines Erachtens einen im Prinzip richtigen Weg eingeschlagen. Die auf Weltkonferenzen wie der UNCED gesetzten Leitbilder – nachhaltige Entwicklung – müssen durch einzelne Vertragswerke in zeitlich terminierte Handlungsziele übersetzt und in Überprüfungskonferenzen kontrolliert werden. Nicht-Regierungsorganisationen – gerade auch die Kirchen – dürfen nicht müde werden, sich in diesen Prozess einzumischen und sich als Anwalt der Menschen und der Natur zu äußern, die sich hier nicht selbst einbringen können. Vor allem aber können Kirchen die Menschen vor Ort, in ihrer Gemeinde und durch ihr eigenes Beispiel ermutigen, sich in ihren alltäglichen Entscheidungen als Pro-

³⁹ Vgl. Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung vom 14. 4. 1994, 6 f.

duzenten, als Konsumenten und als Geldanleger so zu verhalten, dass unser Wirtschaften zukunftsfähig wird.

Manche der von mir vorgestellten Punkte mögen zunächst utopisch klingen. Ich halte dem jedoch entgegen, dass Utopien auf mögliche Entwicklungen der Gesellschaft hinweisen⁴⁰ – Entwicklungen also, die realisiert werden können. Eine andere Globalisierung ist in dieser Perspektive keine bloße Fiktion des Bewusstseins, kein künstliches Konstrukt, sondern die Beschreibung einer möglichen Zukunft, einer möglichen Realität. Eine „aufgeklärte“ Utopie ist kein statisches Modell, sondern muss fortwährend modifiziert werden. Indem wir uns mit den Elementen einer anderen Globalisierung auseinandersetzen, den Möglichkeiten, die sie bietet, und den Widerständen, die ihr entgegenstehen, werden wir gezwungen, nicht nur unser Wissen zu überprüfen, sondern auch unsere Hoffnungen und Wünsche, unsere Ideologien und Zielvorstellungen. In diesem Sinne wünsche ich der Arbeit, die Sie in Ihrer Landeskirche zu Fragen der Globalisierung begonnen haben, eine konstruktive Fortsetzung.

⁴⁰ Vgl. Picht, Georg (1967): *Prognose – Utopie – Planung*. Stuttgart: Klett-Cotta.

5. Anhang

5.1 Brief der Weltbünde

Liebe Freunde, Schwestern und Brüder in Christus,

wir möchten Euch wichtige Ergebnisse der Konsultation zur „Ökonomie im Dienst des Lebens“, die im Juni 2002 in Soesterberg (Niederlande) stattfand, mitteilen. Diese Konsultation wurde gemeinsam vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), dem Reformierten Weltbund (RWB), dem Lutherischen Weltbund (LWB), der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und dem europäischen Gebietsausschuss des RWB veranstaltet. Gastgeber war der Nationale Kirchenrat der Niederlande.

Die Soesterberg-Konsultation gehört zu einer Reihe von Konsultationen, in denen die Kirchen gemeinsam nach einer Antwort auf die ökonomische Globalisierung suchen. Zuvor fanden solche Zusammenkünfte bereits 1999 in Bangkok und 2001 in Budapest und Fiji statt.

Ergebnisse der Konsultation sind in den drei folgenden Dokumenten formuliert worden:

- In einem Brief an die Kirchen in Westeuropa
- In der Antwort der Soesterberg-Konsultation auf den Brief an die Kirchen im Norden des Bangkok Symposiums, der Botschaft der Fiji Konsultation und eines Aufrufs der argentinischen Kirchen
- In der Antwort der Soesterberg-Konsultation auf die Botschaft der Budapest-Konsultation der Kirchen in Zentral- und Osteuropa.

Wir bitten Euch darum, diese Dokumente Gemeinden, ökumenischen Gruppen, Synoden und anderen Entscheidungsgremien zugänglich zu machen.

Die beiden Hauptziele der westeuropäischen Konsultation waren:

- zu analysieren, wie die ökonomische Globalisierung und die Rolle des Geldes in diesem Prozess die Gesellschaften Westeuropas betreffen;
- eine Antwort der westeuropäischen Kirchen auf jene Fragen zu entwickeln, die von Kirchen in Zentral- und Osteuropa und im Süden aufgeworfen wurden.

Die ökonomische Globalisierung ist am stärksten im Bereich des internationalen Finanz- und Geldsystems vorangeschritten. Die Beziehung zwischen der Macht der Finanzmärkte und der Macht der Nationalstaaten hat sich auf dramatische Weise verschoben. Eine alles erfassende Hinwendung zu den auf Profit ausgerichteten

Interessen der Aktienbesitzer (“shareholder value”) hat Geldströme und finanzielle Transaktionen in zunehmendem Maße von der realen Ökonomie abgekoppelt. Das Kapital konnte dadurch zum Selbstzweck werden, anstatt ein Mittel zu sein, das den Bedürfnissen der Menschen dient. Neben anderen Entwicklungen hat dies bereits zu einer ganzen Reihe verheerender finanzieller Krisen geführt und in der Folge zu einer fortwährenden Umverteilung des Reichtums von den Armen zu den Wohlhabenden, sowohl innerhalb wie zwischen einzelnen Ländern. Das Ergebnis ist ein noch nie dagewesenes Ausmaß globaler Ungleichheit und Instabilität.

Eine Arbeitsgruppe der Soesterberg-Konsultation zu Fragen des globalen Finanzsystems rief die Kirchen dazu auf, ihre Regierungen zu drängen, einer grundlegenden Reform der internationalen finanziellen und monetären Rahmenordnung Priorität zu geben mit dem Ziel, den finanziellen und monetären Bereich den realen Bedürfnissen der Menschheit näher zu bringen und das Geld wieder in der realen Ökonomie zu verankern. Der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank (WB), die Welthandelsorganisation (WTO) und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sind Schlüsselinstitutionen im Prozess der ökonomischen Globalisierung. Die Arbeitsgruppe unterstrich, dass sich Kirchen mit diesen Institutionen ebenso wie auch mit nationalen Regierungen und Institutionen der Europäischen Union engagiert auseinandersetzen müssen. Kirchen sollten mit zivilgesellschaftlichen Kräften, die in diesem Themenfeld aktiv sind, Bündnisse bilden und im Geist der Globalisierung von Solidarität zusammenarbeiten.

Wir hoffen, dass die drei Soesterberg-Dokumente dazu beitragen werden, den Dialog und die Debatte zur ökonomischen Globalisierung unter den Kirchen verschiedener Regionen zu stärken. Im Blick auf die anstehenden Vollversammlungen der KEK (Trondheim 2003), des LWB (Winnipeg 2003), des RWB (Accra 2004) und des ÖRK (Porto Alegre 2006) möchten wir die Mitgliedskirchen unserer Organisationen bitten, sich auf die Debatte in den Vollversammlungen vorzubereiten, indem sie auf die Herausforderungen der ökonomischen Globalisierung in verbindlicher Weise antworten – sowohl durch breite Diskussionsprozesse wie auch durch Entscheidungen in den zuständigen Gremien.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Konrad Raiser	Dr. Ishmael Noko	Dr. Setri Nyomi	Dr. Keith Clements
Ökumenischer Rat der Kirchen	Lutherischer Weltbund	Reformierter Weltbund	Konferenz Europäischer Kirchen

5.2 Brief an die Kirchen in Westeuropa – Soesterberg-Brief

Liebe Schwestern und Brüder in Christus,

wir schreiben diesen Brief von der ökumenischen Konsultation zur Wirtschaft im Dienst des Lebens, die vom 15. bis zum 19. Juni in Soesterberg (Niederlande) stattfand. Großzügiger Gastgeber dieser Konsultation war der Niederländische Kirchenrat. Mehr als 80 Vertreterinnen und Vertreter westeuropäischer Kirchen sowie Gäste von Kirchen Zentral- und Osteuropas, Nordamerikas, Afrikas und Asiens, vom Vatikan und von ökumenischen Organisationen versammelten sich unter der Trägerschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), des Reformierten Weltbundes (RWB), des Lutherischen Weltbundes (LWB), der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und des Europäischen Gebietsausschusses des RWB.

Der Prozess

Die Konsultation in Soesterberg war Teil eines fortlaufenden Prozesses, in dem Kirchen die durch die ökonomische Globalisierung gestellten Herausforderungen in ihren Auswirkungen auf das Leben von Menschen und Mitwelt begutachten und auf sie antworten.

Die RWB-Generalversammlung 1997 in Debrecen (Ungarn) rief die Kirchen „zu einem engagierten Prozess der Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekennens (*processus confessionis*) im Hinblick auf wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung“ auf. Die Vollversammlung des ÖRK bestätigte wenig später in Harare diese Stellungnahme und betonte, „dass alle Kirchen weltweit beginnen müssen, die Bedeutung und den Sinn des christlichen Bekenntnisses in dieser Zeit zunehmender Ungerechtigkeit und ununterbrochener Umweltzerstörung zu bedenken“. Der LWB hat einen auf diese Aufrufe bezogenen Prozess mit einem Arbeitspapier zum „Engagement einer Gemeinschaft von Kirchen angesichts der Globalisierung der Wirtschaft“ eingeleitet. Drei gemeinsame Konsultationen haben bereits stattgefunden: 1999 in Bangkok und 2001 in Budapest und Fiji.

In Antwort auf diesen fortlaufenden Prozess trafen wir uns in Soesterberg, um zu analysieren, wie ökonomische Globalisierung und die Rolle, die das Geld dabei spielt, die Gesellschaften Westeuropas betreffen und eine Antwort westeuropäischer Kirchen auf Fragen, die zuvor von Kirchen in Zentral- und Osteuropa und im Süden gestellt wurden, zu entwickeln. Als Anlage zu diesem Brief erhalten Sie einen Bericht der Tagung mit weiteren Informationen zu den Beratungen über das internationale Finanzsystem wie auch Kopien von Briefen zu Kirchen im Süden und in Zentral- und Osteuropa. Diese drei Briefe, die aus der Konsultation hervorgegangen sind, gehören zusammen.

Problembereiche, die angesprochen wurden

Die Konsultation bot eine Gelegenheit, das globale Finanzsystem und die Auswirkungen des unregulierten Flusses riesiger Kapitalmengen auf nationale Wirtschaften zu analysieren. Die Zahl und der Umfang internationaler Finanztransaktionen sind so unglaublich stark angestiegen, dass zur Zeit nur etwa 2 % der Geldbewegungen durch Handelsaktivitäten begründet sind. Die finanziellen Krisen in Asien, Russland und kürzlich in Argentinien hatten und haben weiterhin verheerende Auswirkungen auf Menschen und ihre Lebensgrundlagen – in vielen Länder über die schon untragbare Schuldenlast hinaus. Andere Aspekte des beschleunigten Prozesses der ökonomischen Globalisierung und des sich verändernden Kontextes wurden ebenfalls diskutiert. Finanzmärkte und Handel in Waren und Dienstleistungen sind mehr und mehr integriert, die Freizügigkeit für Menschen jedoch wird weiter eingeschränkt. Wachsende Ungleichheit führt zugleich zu einer steigenden Zahl von Migranten, denen dieselben Rechte wie anderen Bürgern verweigert werden. Sie finden sich selbst und ihre Familien in sehr schwierigen Verhältnissen vor und sind konfrontiert mit neuen Formen des Rassismus.

Wir wurden auch daran erinnert, dass die Kriege im früheren Jugoslawien und insbesondere die NATO-Bombenangriffe im Kosovokrieg negative Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den Kirchen in West-, Zentral- und Osteuropa hatten. Wir teilten miteinander tiefe Sorge über die Militarisierung globaler Politik, steigende Militärausgaben und den starken Unilateralismus der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) auf Kosten des multilateralen Systems der Vereinten Nationen. Die neue Konzentration auf Sicherheit untergräbt den Sinn für geteilte Verwundbarkeit menschlicher Gemeinschaften und der Solidarität mit denen, die im Prozess der ökonomischen Globalisierung zu den Verlierern gehören.

Leben in Fülle für alle Menschen und die ganze Schöpfung – neoliberale Globalisierung überwinden

Wir fragten uns selbst, wie hilft uns das Versprechen des Evangeliums bei der ethischen Urteilsbildung im gegenwärtigen Kontext:

- Das Evangelium verspricht Leben in Fülle für alle Menschen und die ganze Schöpfung (Joh 10,10). Dieses Versprechen nahm Gestalt an und wurde Teil der Schöpfung in Jesus Christus. Niemand ist ausgeschlossen von Gottes Haushalt des Lebens. Die christliche Gemeinschaft spiegelt diese Vision wider um der ganzen Welt willen. Geleitet von dieser Vision, erstreben wir eine Wirtschaft im Dienst des Lebens. Märkte und Geld sollten den Austausch von Gütern ermöglichen, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen und zum Aufbau der menschlichen Gemeinschaft beizutragen.

- Heute jedoch sehen wir, wie zunehmend wirkliches Leben von privaten finanziellen und Geschäftsinteressen beherrscht wird. Die ökonomische Globalisierung ist von einer Logik geleitet, die der Anhäufung von Kapital, uneingeschränktem Wettbewerb und der Sicherstellung von Gewinn in enger werdenden Märkten Priorität gibt. Politische und militärische Macht werden als Instrumente benutzt, um ungefährdeten Zugang zu Ressourcen und zum Schutz von Investitionen und Handel sicherzustellen. Diese leitende Logik wird als Neoliberalismus bezeichnet. Die neoliberale Wirtschaftslehre entbindet die Kräfte der ökonomischen Globalisierung auf eine Weise, die Grenzen nicht anerkennt. Diese Form der Liberalisierung hat schnell zu tiefgreifenden politischen, sozialen, kulturellen und sogar religiösen Rückwirkungen geführt, die das Leben von Menschen in aller Welt durch wachsende Ungleichheit, Verarmung, Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung betreffen.
- Kirchen, die an dem ökumenischen Prozess (z. B. bei der ÖRK-Vollversammlung in Harare) teilgenommen haben, bekräftigten, dass die Ideologie des Neoliberalismus unvereinbar ist mit der Vision der *oikoumene*, der Einheit der Kirche und der ganzen bewohnten Erde. Weitreichende und wachsende Ungerechtigkeit, Ausschluss und Zerstörung sind der Gegensatz zum Teilen und zur Solidarität, die unabdingbar dazugehören, wenn wir Leib Christi sein wollen. Was hier auf dem Spiel steht, ist die Qualität kirchlicher Gemeinschaft, die Zukunft des Gemeinwohls der Gesellschaft sowie die Glaubwürdigkeit des Bekenntnisses der Kirchen und ihrer Verkündigung Gottes, der mit den Armen und für die Armen da ist.
- Um der Integrität ihrer Gemeinschaft und ihres Zeugnisses willen sind Kirchen aufgerufen, gegen die neoliberale Wirtschaftslehre und -praxis aufzutreten und Gott zu folgen. Die Konsultationen, die bisher stattfanden, zeigen wachsende Übereinstimmung darin, dass es Götzendienst gleichkommt, den globalen Markt nach Maßgabe einer unhinterfragten neoliberalen Wirtschaftslehre auszugestalten, weil dies zu Ausschluss, Gewalt und Tod führt. Diese Wirklichkeit, aber auch die Möglichkeit zur Veränderung und von Alternativen wurden sichtbar, als wir von Geschichten derer, die unter den Auswirkungen der Umsetzung des Neoliberalismus leiden, berichteten und auf den Brief und die Botschaften von Schwestern und Brüdern aus dem Süden und aus Zentral- und Osteuropa hörten.

Fragen zur Weiterarbeit

Wir bitten Gemeinden und Synoden unserer Kirchen, die folgenden Fragen im Blick auf Positionen und Praktiken der Kirchen selbst im fortlaufenden Prozess zu bedenken:

- Was bedeutet die Einheit der Kirchen als der eine Leib Christi, was bedeuten Taufe, Abendmahl und Amt im Kontext der ökonomischen Globalisierung? Wie sprechen in diesem Zusammenhang im Lauf des Kirchenjahres Bibellesungen und Liturgien zu uns?¹
- Warum machen unsere Kirchen die Armut zum Thema, zögern jedoch, sich mit Reichtum und Wohlstand auseinanderzusetzen?
- Wie gehen unsere Kirchen mit ihrem eigenen Geld um, mit ihren Pensionskassen, Investitionen und Immobilienbesitz? Sind Banken, mit denen unsere Kirchen verbunden sind, verwickelt in Steuerflucht, in ethisch nicht verantwortbare Investitionen, spekulative Praktiken sowie andere Aktivitäten, die die Fähigkeit von Staaten untergraben, für das Gemeinwohl zu sorgen?
- Ist unsere Beobachtung korrekt, dass in vielen europäischen Ländern der Staat sich mehr und mehr dem Konzept des freien Marktes unterworfen hat, indem er seine historische Rolle als Wächter des Gemeinwohls und Verteidiger der Schwachen reduziert hat?
- Insoweit wir als Kirchen mit unseren Sozial- und Gesundheitsdiensten in vom Wettbewerb bestimmten Märkten eingebunden sind, realisieren wir unsere Fähigkeit, die Marktbedingungen im Interesse des öffentlichen Wohls wie im Interesse unserer Kirchen zu gestalten? Wie antworten wir auf die fortschreitende Privatisierung öffentlicher und sozialer Güter und Dienstleistungen, die für das Leben wesentlich sind, wie Wasser, Gesundheitsdienste, Bildung etc.?
- Welche Form des Konsums und welchen Lebensstil praktizieren und fördern wir? Wie können wir als Kirchen und individuelle Kirchenglieder das Bewusstsein für den Klimawandel verstärken und für Umweltschutz arbeiten, indem wir z.B. sorgfältiger mit dem Energieverbrauch umgehen in unseren Kirchen, in Wohnhäusern, im Transport etc.?
- Wie engagieren wir uns in der öffentlichen Debatte zur Wirtschaftspolitik und mit Institutionen, die neoliberale ökonomische Praktiken fördern und umsetzen? Wie bilden wir Bündnisse mit sozialen Bewegungen, die Regierungen aufrufen, für das Gemeinwohl und für die Wiederherstellung gerechter und nachhaltiger politischer und sozialer Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten zu sorgen?

Konkrete Initiativen und gemeinsame Aktivitäten

Wir sind uns völlig bewusst und begrüßen, dass Kirchen in unserer Region und auch die Konferenz Europäischer Kirchen bereits Maßnahmen ergreifen. Wir bekräftigen insbesondere die Aussagen des Dokumentes der Nord-Süd-Arbeitsgruppe der Konferenz Europäischer Kirchen „Europäische soziale Marktwirtschaft – ein alternati-

1 Der RWB veranstaltete eine Konsultation zu Bibellesungen und Liturgien im Juli 2001 in Basel. Kairos Europa erstellte eine Publikation mit hilfreichen Material.

ves Modell zur Globalisierung?“ und möchten die Ausrichtung auf die wichtigen fundamentalen menschlichen Werte hervorheben, die in Kapitel 5 dieses Dokumentes genannt werden.²

Wir sind dankbar für viele konkrete Initiativen, die bereits auf nationaler, regionaler und globaler Ebene existieren. Wir ermutigen unsere Kirchen zu beraten, wie die folgenden Beispiele diese Arbeit weiter voranbringen können:

mit Bezug zur **Schuldenfrage**

- Unterstützung der Kirchen für die Anerkennung der historischen und sich gegenwärtig aufhäufenden sozialen und ökologischen Schulden, die tatsächlich Menschen und Ländern des Südens geschuldet werden – wie durch die Evangelische Kirche von Schweden (Svenska Missionsförbundet), Jubilee South, Freunde der Erde und Accion Ecologica (Ecuador);
- Fortsetzung der Anstrengungen zum Erlass von bi- und multilateralen Schulden der ärmsten Entwicklungsländer und die Einrichtung eines Mechanismus zur Schuldenschlichtung, um die Schuldenlast anderer Entwicklungsländer substantiell zu verringern; die Nichtanerkennung illegitimer und moralisch verwerflicher Schulden – so im Anschluss an die Strategie von Jubilee 2000 und Jubilee South;

mit Bezug zum **Finanzsystem**

- Reform der internationalen Finanzarchitektur, die eine angemessene Repräsentation aller Entwicklungsländer wie der Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozessen sicherstellen sollte – wie durch die Begegnungen mit leitenden Repräsentanten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank als Initiative des ÖRK;
- einen Mechanismus zur Abschreckung maßloser und destabilisierender Währungsspekulation (wie eine effektive Steuer auf Finanztransaktionen, die Tobin-Steuer) – wie durch die Arbeit von ATTAC³ und ökumenischen Gruppen und Kirchen, die sie unterstützen;

² Werte der Würde, Gerechtigkeit, Freiheit, des Friedens, der Nachhaltigkeit, Verantwortung, Solidarität und Subsidiarität.

³ Attac – die französische Abkürzung für „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen“ (Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens) – wurde 1998 in Frankreich gegründet und hat nun über 80.000 Mitglieder weltweit. Es ist ein internationales Netzwerk von nationalen und lokalen Gruppen in 33 Ländern. Es tritt ein für die Idee einer internationalen Steuer auf Währungsspekulationen (Tobin-Steuer) und Kampagnen, Steueroasen illegal zu erklären, Pensionsfonds mit Staatspensionen zu ersetzen, die Schulden der 3. Welt zu erlassen, die Welthandelsorganisation zu reformieren oder aufzulösen und, genereller, den demokratischen Raum, der an die Finanzwelt verlorengegangen ist, wiederzuerobern.

- eine Untersuchung der Möglichkeit, Geld wie andere Waren zu behandeln und mit Steuern zu belegen, da ja Währungen nicht länger Instrumente im Dienst der Wirtschaft sind, sondern ihrerseits in Finanzmärkten gehandelt werden;
- mehr Kontrolle über die Geldpolitik und hinsichtlich der Märkte durch nationale und regionale Zentralbanken; Entwicklung eines multilateralen Ansatzes zur Definition gemeinsamer Standards für die Einschränkung der Möglichkeiten transnationaler Konzerne und Investmentfonds zur Steuerhinterziehung; z.B. Unterstützung der Ziele auf der Ebene mehrerer Einzelstaaten wie auch auf globaler Ebene ablaufenden politischen Prozesse zur Schließung von Off-Shore-Zentren, Eindämmung von Hedge Fonds und Kontrolle der Mikrosteuerung von Privatbanken.
- multilaterale Vereinbarungen, die es Staaten erlauben, transnationale Konzerne auf einer global-einheitlichen Basis zu besteuern, zusammen mit angemessenen Mechanismen, die Steuereinnahmen international zuzuweisen;
- eine internationale Konvention, die Auffindung und Rückführung von Vermögen ermöglicht, die illegal angeeignet wurden, aus nationalen Finanzministerien von Entwicklungsländern;
- Aufstockung offizieller Entwicklungshilfe und alternativer Fonds für Investitionen in öffentliche Güter (Gesundheit, Bildung, sanitäre Einrichtungen, Wasser) und grundlegende soziale Dienste – wie durch die Weiterarbeit am Folgeprozess des Gipfels der Vereinten Nationen zur Entwicklungsfinanzierung durch das ökumenische Team des ÖRK und kirchennahe Nichtregierungsorganisationen aus Süd und Nord (z. B. Social-Watch-Bericht, Montevideo);

mit Bezug zur Geschäftswelt

- rechtliche Rahmenbestimmungen, die soziale und umweltbezogene Rechenschaftspflicht für Unternehmen garantieren – wie durch eine Initiative der Evangelisch Lutherischen Kirche in Kanada;
- stärkere Unterstützung von Kirchen für andere Formen, Geschäfte zu betreiben, mit höheren sozialen Erträgen, die Idee einer ökologischen und sozialen Komponente im Geschäftsleben – wie verwirklicht im Fairen Handel, Oikokredit, der Gemeinschaftswirtschaft der Focolare-Bewegung etc.
- Beitritt zur Bewegung für sozial verantwortliche Investitionen, ethisches Investieren und ethisch-ökologische Fonds – wie den niederländischen Grünen Fonds;
- Förderung der Einführung von Steuergutschriften als Instrument, Investitionen in grüne Fonds und ethisch-soziale Fonds zu steigern, z. B. in der jüngeren Gesetzgebung in den Niederlanden;
- wachsende Verantwortung der einzelnen Konsumenten hinsichtlich Gütern, Finanztransaktionen, Dienstleistungen – wie dokumentiert in „Einkaufen für eine bessere Welt“;

mit Bezug zur Europäischen Union

- Förderung ökumenischer Einrichtungen, die europäische Politik und europäische politische Institutionen beobachten – so durch Unterstützung für die Initiativen der Kommission für Kirche und Gesellschaft der KEK, die Kommission der Kirchen für Migranten in Europa, der dem ÖRK verbundenen Entwicklungsdienste (APRODEV) und Eurodiakonia;
- Stärkung der Politik für soziale Kohäsion und Inklusion in Europa, sowohl in der Europäischen Union wie in anderen europäischen Ländern, und engagierte Auseinandersetzung mit der Debatte zur Globalisierung, z. B. mit dem Dokument der Europäischen Kommission „Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung“;
- aufgeschlossenerer und stärker unterstützende politische Maßnahmen für Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende und gegen Frauenhandel;
- Begleitung der EU-Entwicklungspolitik; die EU und ihre einzelnen Mitgliedsstaaten sollten ihre Verantwortung für die Beseitigung der Armut weltweit durch entschlossenes Handeln zum Ausdruck bringen;
- Unterstützung der vielen Initiativen von Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, die die Position der EU in Verhandlungen zum internationalen Handel und in den internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank und Internationaler Währungsfonds) beobachten und kritisieren;
- faire, gerechte und schnelle Verhandlungen zur Aufnahme in die EU;
- mehr öffentliche Rechenschaftspflicht der Europäischen Investment Bank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), besonders hinsichtlich ihrer Rolle in Zentral- und Osteuropa;

mit Bezug zu internationalen Organisationen und dem System der Vereinten Nationen

- öffentliche Rechenschaftspflicht internationaler Institutionen im Allgemeinen sowie eine stärkere Aufsichtsfunktion von Regierungen für das Gemeinwohl;
- größere Gleichheit des Zuganges und mehr demokratische Beteiligung in der Welthandelsorganisation (WTO), Förderung des fairen Handels, Priorität der Beseitigung der Armut im Süden und Schutz der Rechte Einzelner und von Gemeinschaften – wie durch das Third World Network (Malaysia) und das Globale Ökumenische Aktionsbündnis (Ecumenical Advocacy Alliance, EAA);
- Stopp der Verhandlungen zur Vereinbarung zu Handel und Dienstleistungen der WTO, die Druck auf Stadtverwaltungen und Regierungen ausüben, sogar noch stärker grundlegende öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren (z. B. Wasser, Energie, Gesundheit);
- Übereinstimmung der Entscheidungen und Aktionen von Regierungen und internationalen Institutionen, insbesondere des IWF, der Weltbank und der WTO, mit den Menschenrechtsinstrumenten der Vereinten Nationen, einschließlich der

ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte – wie gefordert von LWB, ÖRK, Brot für die Welt, FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (FIAN) und dem Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED);

- Absage, sich einzulassen auf die Rechtfertigung von Kriegen, Militarisierung globaler Politik und steigender Militärausgaben im Namen des „Krieges gegen den Terrorismus“ anstatt die vorhandenen Mittel zu benutzen, die Grundursachen des Terrorismus durch soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit und durch bessere internationale Zusammenarbeit im System der Vereinten Nationen zu beseitigen;
- Beschränkung des Waffenhandels – wie durch die Kleinwaffenkampagne;

mit Bezug auf die Zivilgesellschaft

- Unterstützung der Kirchen für zivilgesellschaftliche Gruppen und Bewegungen, die von Regierungen gehört und ernst genommen werden müssen, sodass wirklicher Dialog möglich wird – so durch Beitritt zu Bewegungen wie ATTAC, wie gerade geschehen durch den Reformierten Bund in Deutschland;
- einen auf mehreren Ebenen zugleich aktiven Ansatz der Kirchen mit Basisbewegungen in Lobbyarbeit und Netzwerkbildung auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene – so durch die Stärkung der Zusammenarbeit mit und zwischen kirchennahen Entwicklungsdiensten, Missionsgesellschaften, ÖRK, weltweiten Kirchengemeinschaften und ihren Mitgliedskirchen und Partnern;
- die Einrichtung eines Wahrheitsforums – wie vorgeschlagen vom Argentinischen Bund der Evangelischen Kirchen⁴.

Diese Initiativen sind konkrete Schritte für eine Gezeitenwende und die Überwindung neoliberaler Globalisierung. Sie sind Beispiele für die Auseinandersetzung und die Kommunikation zwischen ökonomischen, ethischen und theologischen Perspektiven mit sich häufig antagonistisch gegenüberstehenden zugrundeliegenden Werten, Sprachen und institutionellen Logiken. Oft erfordern sie hohe Sensitivität, um eine konstruktive Begegnung zu ermöglichen. Kirchen können möglicherweise eine herausragende Rolle dabei spielen, die Kommunikation zwischen oft einander entfremdeten Weltanschauungen zu entwickeln.

⁴ Vgl. *In Memory of an encounter. Final document on the Ecumenical Round Table on the situation in Argentina. In diesem Schlussdokument des ökumenischen runden Tisches zur Situation in Argentinien schlagen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor: „1.1.1.3 Fördert die Schaffung eines permanenten Wahrheitsforums unter signifikanter sozialer, ökumenischer und interreligiöser Beteiligung zusammen mit für Menschenrechte und Gerechtigkeit arbeitenden Organisationen von und mit den Kirchen des Nordens. Ziel ist es, das Verständnis zur Frage der Auslandsschulden und der Bedingungen, die unseren Gesellschaften auferlegt werden, in Gesellschaft und Regierung zu beeinflussen.“*

Wir ermutigen uns selbst und einander

Zum Schluss unseres Briefes an die Leitungen und Mitglieder unserer eigenen Kirchen möchten wir wiederholen, was wir ebenfalls unseren Schwestern und Brüdern im Süden und in Zentral- und Osteuropa schreiben.

Während wir an dem ökumenischen Prozess teilnehmen, möchten wir uns selbst und einander ermutigen:

- in ökumenischen Prozessen zusammenzukommen, um uns selbst auf Grund unserer Glaubensüberzeugungen ernsthafter zu verpflichten, uns tatkräftiger für Gerechtigkeit in der Wirtschaft und auf der Erde einzusetzen;
- die zerstörende Gewalt des gegenwärtigen ökonomischen Systems zu analysieren und uns frei heraus gegen die Ungerechtigkeiten der ökonomischen Globalisierung auszusprechen;
- nach Alternativen zu suchen, indem wir dafür finanzielle und spirituelle Unterstützung gewähren, und bereits existierende und neu entstehende ökonomische und soziale Alternativen zu fördern wie Oikocredit, die Gemeinschaftswirtschaft der Focolare-Bewegung und freien Handel;
- mit Bürgerbewegungen und sozialen Bewegungen Hand in Hand zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Ziele weiter voranzutreiben;
- die Bildung von Netzwerken zu ermöglichen, um Solidarität zwischen den Kirchen des Südens und den Kirchen Zentral- und Osteuropas zu fördern;
- faire, gerechte und schnelle Verhandlungen zur EU-Integration und die Anerkennung der berechtigten Forderungen derer, die noch nicht in diesen Prozess aufgenommen sind, zu fordern;
- für soziale Inklusion aller zu arbeiten, die von den negativen Auswirkungen von Wirtschafts- und Sozialpolitik betroffen sind;
- Selbstbegrenzung und Einfachheit als Merkmale des Lebensstiles anzunehmen im Widerstand gegen die herrschenden kulturellen Verhaltensmuster der Konsumideologie;
- die Einrichtung eines Wahrheitsforums zu fordern wie vom Argentinischen Bund der Evangelischen Kirchen vorgeschlagen⁵;
- Wiedergutmachung zu verlangen für Ungerechtigkeiten wie die illegitimen Schulden und unfaire Handelsbedingungen.

Um gemeinsam vorwärts zu gehen in Richtung auf eine Wirtschaft im Dienst des Lebens müssen wir voneinander lernen und uns wechselseitig an die Hoffnung erinnern, die uns eint: Christus und sein Leben schenkendes Evangelium.

⁵Vgl. Anmerkung 4

5.3 Mitglieder Arbeitskreis Soesterberg

<i>Büscher, Dr. Martin</i> Referent im Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen	Sozialausschuss
<i>Höcker, Rüdiger</i> Pfarrer in Minden	Ständiger Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
<i>Jähnichen, Dr. Traugott</i> Professor an der Ruhr-Universität Bochum	Sozialausschuss
<i>Koblenzer, Friedrich-Wilhelm</i> Prokurist i.R.	Ständiger Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
<i>Koch, Heike</i> Pfarrerin in Bielefeld	Ständiger Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
<i>Kronshage, Christa</i> Mitglied der Kirchenleitung Vorsitzende	Ständiger Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
<i>Möller, Dr. Ulrich</i> Mitglied der Kirchenleitung Ökumenedezernent	Ständiger Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
<i>Ohligschläger, Peter</i> Leiter des Amtes für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung	Ständiger Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
<i>Pöppel, Dr. Irmgard</i> Ärztin	Ständiger Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
<i>Reihs, Sigrid</i> Pfarrerin im Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen	Sozialausschuss
<i>Welz, Reiner</i> Referat für Kirche u. Gesellschaft im Kirchenkreis Herford	Sozialausschuss
<i>Wichert, Udo</i> Geschäftsführer Mitglied der Kirchenleitung	Sozialausschuss

5.4 Pressemitteilungen

Wirtschaft im Dienst des Lebens

Westfälische Kirche positioniert sich zur Globalisierung

Bielefeld. Eine Wirtschaftsauffassung, die ausschließlich auf die „freien Kräfte des Marktes“ setzt, steht im Widerspruch zum christlichen Menschenbild: Von selbst sorgt der Markt weder für Gerechtigkeit noch für den Schutz der Umwelt. Ausgehend von dieser Überzeugung hat die Westfälische Landessynode am Freitag (19.11.2004) unter dem Titel „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ eine differenzierte Stellungnahme zur Analyse und Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung beschlossen.

Damit positioniert sich die Evangelische Kirche von Westfalen (EKvW) in der gegenwärtigen Diskussion der Kirchen in Europa und weltweit im Vorfeld der Vollversammlung des Weltkirchenrates 2006.

Das weltweite Netzwerk, Folge der Liberalisierung des globalen Handels und der globalen Finanzmärkte, beruhe auf Ungleichgewichten. Es sei von wirtschaftlichen Mächten geprägt, die sich demokratischer Kontrolle entziehen. Dies gehe zu Lasten der Armen und Ärmsten in den Ländern des Südens, aber auch der abhängig Beschäftigten in westlichen Ländern. So werde die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung immer tiefer.

Die EKvW ist sich mit ihren Partnerkirchen in der weltweiten Ökumene einig, dass dies eine gemeinsame Herausforderung für Christen auf der ganzen Welt ist.

Einer ungezügelten globalen Wirtschaft setzt die EKvW das Prinzip der Nachhaltigkeit gegenüber. Das bedeutet: menschenwürdiges Leben für alle, ohne die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Die liberalisierte globale Wirtschaft nehme prinzipiell keine Rücksicht auf die Ökologie. Schon jetzt zeigten sich irreparable Schäden, etwa in den Anzeichen für einen globalen Klimawandel. Künftige Generationen würden darunter zu leiden haben.

Die EKvW widerspricht der Behauptung, die Globalisierung der Märkte lasse keine Alternative. Ökonomische Strategien seien nichts Absolutes. Das Marktprinzip dürfe über wirtschaftliche Aktivitäten hinaus nicht auch die sozialen, politischen und gesellschaftlichen Lebensbereiche beherrschen.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürften nicht nur als Kostenfaktor betrachtet werden. Zum wirtschaftlichen Erfolg gehöre auch der soziale Ausgleich. Marktwirtschaft könne nur dann dem Leben dienen, wenn sie sozial sei. In Deutschland ist dies eine Errungenschaft, die nicht verspielt werden darf.

Deshalb setzt sich die westfälische Landeskirche für folgende Ziele ein:

- Die Unteilbarkeit der Menschenrechte muss für die Gestaltung der Globalisierung verbindlich werden. Dazu gehören: Gleichstellung von Männern und Frauen, Recht auf menschenwürdige Arbeit sowie auf Gesundheitsvorsorge und Bildung, elementare politische Beteiligungsrechte und die Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen.
- Soziale und ökologische Maßstäbe gehören in alle internationalen Wirtschaftsabkommen. Entsprechend müssen sie zum Beispiel in die GATS-Verhandlungen zur Liberalisierung von Handel und Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge integriert werden.
- Millionen Aidskranke brauchen Zugang zu bezahlbaren Medikamenten. Um ihn zu ermöglichen, sind die entsprechenden Patentrechte für betroffene Länder einzuschränken.
- Patente auf lebende Organismen sind abzulehnen, denn sie würden die Abhängigkeit der Landwirtschaft von wenigen multinationalen Unternehmen fördern.
- Grundnahrungsmittel sind aus den Verhandlungen des Welthandelsabkommens auszunehmen, damit sich die kleinbäuerliche Landwirtschaft in armen Ländern vor Importen schützen kann.
- Eine Steuer auf den Handel an Devisen (Tobin-Steuer) ist einzuführen.

Die Synode ermutigt Kirchenkreise und Gemeinden, bei ihren Geldanlagen gleichermaßen auf Wirtschaftlichkeit, soziale und ökologische Maßstäbe zu achten (nachhaltiges Investment).

Im Jahr 2000 hatte sich die UNO verpflichtet, die weltweite Armut bis 2015 zu halbieren. Ohne ein radikales Umsteuern bleibt dies nach Überzeugung der Synode unerreichbar. Die EKvW will in Kirche und Gesellschaft darauf hinwirken, dass diese Ziele erreicht werden.

Auch Kirche und Diakonie, so heißt es in dem Grundlagenpapier, sind von wirtschaftlichen Zwängen betroffen, auf die sie keinen Einfluss haben. „Wo Arbeitsfelder eingeschränkt und tarifliche Ansprüche reduziert werden, wo betriebsbedingte Kündigungen unvermeidlich sind, widerspricht dies unserem Gerechtigkeitsempfinden.“ Deshalb verpflichtet sich die Landeskirche, auch weiterhin Projekte zu fördern, die sowohl das christliche Profil als auch die Wettbewerbsfähigkeit diakonischer Einrichtungen stärken. Auch weiterhin will sie sich für die Schwächsten in unserer Gesellschaft stark machen und sie in der politischen und gesellschaftlichen Lobbyarbeit vertreten.

Für eine „andere“ Globalisierung

Volkswirt: Weniger Konsum, mehr Gerechtigkeit

Wirtschaft weltweit und lokal verändern: Dr. Hans Diefenbacher Bielefeld. Wenn ihre politischen Rahmenbedingungen nicht verändert werden, hat die wirtschaftliche Globalisierung für immer mehr Menschen und für die Umwelt überall auf der Erde immer katastrophalere Folgen. Davor hat der Volkswirt Dr. Hans Diefenbacher (Heidelberg) vor der Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW) gewarnt und gleichzeitig Möglichkeiten einer Veränderung aufgezeigt.

Die 15. Westfälische Landessynode, die noch bis Freitag in Bielefeld-Bethel tagt, befasst sich am Mittwoch (17.11.), dem Buß- und Bettag, mit der Globalisierung. Diefenbacher sprach sich für eine Doppelstrategie aus: Der Versuch, auf die internationale Politik Einfluss zu nehmen, müsse kombiniert werden mit dem Versuch, „in kleinen praktischen Schritten die lokale und regionale Ökonomie vor Ort in einem Prozess von unten zu verändern.“ Der Gastreferent zeichnete das Bild einer nachhaltigen Wirtschaft, die nicht von Großunternehmen beherrscht ist. Sie werde allerdings kein schnelles Wachstum erzielen. Die Regionen und Gemeinden könnten in ihr viele Bedürfnisse aus eigenen Ressourcen befriedigen, wobei das Konsumniveau „vielleicht etwas niedriger sei“ als heute.

Der Wirtschaftswissenschaftler von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft beschrieb Gestaltungselemente einer „anderen“, nämlich einer sozial und ökologisch verträglichen Globalisierung. Derzeit würden im Zuge weltweiter Wirtschaftsverflechtungen laufend die Menschenrechte verletzt. Diefenbacher: „Es wäre durchaus denkbar, den Import von Gütern, die zu menschenunwürdigen Lohnsätzen produziert werden, mit Strafzöllen zu belegen.“ Die extreme Ungleichheit in den Löhnen müsse beispielsweise durch strukturelle Veränderungen der Steuer- und Abgabepolitik und durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ausgeglichen werden. Während noch in den siebziger Jahren ein Spitzenmanager etwa 20 Mal so viel verdient habe wie ein Facharbeiter, seien es heute 400 Mal so viel. Ein weiterer Punkt: Internationale Wirtschafts- und Umweltabkommen, um die ökologische Zerstörung aufzuhalten. Denn „nach wie vor gilt: Wir verbrauchen von der Erde zu viel und zu schnell, und wir produzieren zu viele Abfälle.“ Der Volkswirt warnte außerdem vor dem „verhängnisvollen Kreislauf“ von Verschlechterung der landwirtschaftlich nutzbaren Böden, Nahrungsmangel und zu starker Beanspruchung dieser Böden. Es sei sehr wohl möglich, den Mindestbedarf an gesunder Ernährung mit einer ökologisch orientierten, standortgerechten Landwirtschaft zu decken. Hier schlug Diefenbacher ein Exportverbot für Produkte zu Preisen unterhalb der Herstellungskosten vor.

Am Freitag wird die Synode, das „Parlament“ der EKvW, Beschlüsse zum Thema Globalisierung fassen.

Globalisation

Economy in the Service of Life –
Response of the
Evangelical Church of Westphalia
to the Soesterberg Letter

CONTENTS

1. Preface Präses Buß	85
2. Response of the Evangelical Church of Westphalia to the Soesterberg Letter	87
3. Decisions on the Response of the Evangelical Church of Westphalia to the Soesterberg Letter	121
4. Globalisation	123
A different kind of globalisation – resistance and opportunities Privatdozent Dr. Hans Diefenbacher	123
5. Appendix	141
5.1 Letter from the world associations	141
5.2 Letter to the Churches in Western Europe – Soesterberg Letter	143
5.3 Members of working group Soesterberg Letter	151
5.4 Press release	154

1. Preface

In the framework of the worldwide ecumenical consultation process, the 2002 *Soesterberg Letter* on “Economy in the Service of Life” challenged the western European churches to respond (cf. Appendix 1). The Evangelical Church of Westphalia decided to concentrate on globalisation as the annual focus for 2003 and 2004 in the framework of the *Ecumenical Decade to Overcome Violence*. The 2003 Regional Synod decided to discuss globalisation as one of the key issues at the 2004 Regional Synod.

The Church Board established a working group comprised of members of our regional church’s Standing Committee for World Mission, Ecumenism and Global Responsibility (cf. Appendix 2) to prepare a draft response to the *Soesterberg Letter*. Following intensive deliberations, this year’s Regional Synod unanimously adopted the response with one abstention in the present form (2.), together with decisions on the implementation and further activities (3.) (cf. also Appendix 5.4 press release).

At the same time, the President called upon the church districts and congregations to participate in the discussion process within the Westphalian regional church. Numerous church congregations and districts complied with this request – supported, inter alia, by study documents published by our regional church on “Globalisation – there are alternatives” (*“Globalisierung – es geht auch anders”*). As a result of this process, District Synods submitted numerous motions to the Regional Synod, which were taken into account in the consultation process on the draft response to the *Soesterberg Letter*.

In order to contribute our partner churches’ perspective to the discussion, we invited *ecumenical guests* from North and South America, Africa, Asia, Eastern Europe and representatives of the Conference of European Churches to the Regional Synod, all of whom focus on globalisation in their areas of work or in their home churches and some of whose countries are particularly strongly affected by economic globalisation.

These guests were:

- *Dr. Fidon Mwombeki*, General Secretary of the NW Diocese, ELC Tanzania
- *Bishop Ebenezer C. Camino*, United Church of Christ in the Philippines
- *Dr. Wallace Ryan Kuroiwa*, United Church of Christ USA
- *President Federico Schäfer* and *Former President Juan Pedro Schaad*, Evangelical Church of the River Plate (Argentina, Paraguay, Uruguay)

- *Pastor Piotr Gás*, International Dietrich-Bonhoeffer-Centre for Study and Encounters in Szczecin, Poland, and
- *Pastor Rüdiger Noll* and *Dr. Dr. Peter Pavlovic*, Conference of European Churches.

Our *ecumenical guests* participated intensely in the discussion, significantly impacting several passages in the response.

The Evangelical Church of Westphalia regards its response to the Soesterberg Letter as a contribution to a European stance, both within the EKD and in the framework of the Conference of European Churches, in the run-up to the forthcoming General Assembly of the World Council of Churches (WCC) in Porto Alegre in 2006.

In order to ensure that the response of the regional church of Westphalia is accessible to our partner churches and available for more broadly-based ecumenical discussions, beyond the German language area, the response, the relevant decisions adopted by Regional Synod and the keynote paper by Dr. Diefenbacher (4.) have been translated into English. For financial reasons we have decided to publish a bilingual version of this study document.

I hope that this response will trigger a welter of suggestions and stimuli, those within and outside of the Evangelical Church of Westphalia, which will help a beneficial effect on a globalisation process designed in spirit of responsibility for present and future generations.

Präses Alfred Buß

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alfred Buß', written in a cursive style.

2. Response of the Evangelical Church of Westphalia to the Soesterberg Letter

“Economy in the service of life”

Contents

1. Introduction

- 1.1 The Soesterberg documents: Economy in the Service of Life
- 1.2 The ecumenical perspective in the tension between winners and losers of economic globalisation

2. Globalisation

- 2.1 What are we aware of?
- 2.2 The return of economic liberalism as a challenge to the churches
- 2.3 Seeking a different kind of globalisation

3. Church challenges

- 3.1 The theological and ethical challenge
- 3.2 Christian understanding of reality and economic liberalism – differences in perspective and obstacles to understanding
- 3.3 Biblical justice, option for the poor, search for the well-being of creation in its entirety
- 3.4 Church action – ecclesiological challenges

4. Starting points for change and levels of involvement

- 4.1 Societal, economic and social policies
 - 4.1.1 Sustainable development
 - 4.1.2 Social, ecological and cultural human rights
 - 4.1.3 World trade – fundamental questions of economic policy
 - 4.1.3.1 World trade, international organizations and conventions (WTO, ILO, IMF, World Bank, GATS, TRIPS)
 - 4.1.3.2 Privatization of public responsibility for basic services
 - 4.1.3.3 Paid work and basic level of protection
- 4.2 Organizations and companies
 - 4.2.1 Ecumenical partnerships
 - 4.2.2 Global co-responsibility of companies: UN Global Compact
 - 4.2.3 Church and social service agencies as employers
 - 4.2.4 Handling church funds
- 4.3 Civil and voluntary commitment

5. Conclusion

1. Introduction

1.1 The Soesterberg documents: Economy in the Service of Life

In view of economic injustice and ecological destruction, questions are being asked by many churches in the countries of the South and increasingly in Eastern Europe, including our partner churches in Africa, Asia and Latin America, and also by many individuals and groups in our Church and society. They are wondering why the gap is widening between socially or economically marginalized people and the beneficiaries of economic growth, some of whom have accumulated enormous riches. They point out clearly to us: We are challenged as a worldwide community of Christian churches when our brothers and sisters in Christ are excluded from living their lives in dignity.

“If one organ suffers, they all suffer together”, says the Apostle Paul with regard to the unity of the church as the Body of Christ (1 Cor. 12:26). Based on 1 Cor. 12:26, the Soesterberg letter, written by an ecumenical conference held in Soesterberg in the Netherlands in 2002, asks us churches in western Europe to critically analyse world economic developments for reasons of faith and to apply political influence so as to facilitate humane and sustainable development. This conference was held in connection with a joint process launched by the member churches of the World Council of Churches (WCC), the Lutheran World Federation (LWF), the World Alliance of Reformed Churches (WARC) and the Conference of European Churches (CEC), aiming at achieving an increasing level of commitment concerning questions related to worldwide justice.¹ A Declaration on the Global Crisis of Life adopted by a forum of the churches of the South in Buenos Aires in 2003 pointedly refers to privatisation and the deregulation² of markets, legitimised by neo-liberalism, as the key reasons why poverty is growing and people are being excluded from any kind of development in many countries of the South.

God’s promises of salvation relate to all people, and economic impoverishment is incompatible with God’s will; accordingly, it is part of the basic mission of the church to ask the question as to how an economic system can serve life. As the Evangelical Church of Westphalia, we are therefore called upon to speak out on the questions concerning the deregulation of markets and the privatization policy, raised in the documents mentioned above. It is necessary for us to raise specific

¹ *Participants in the worldwide process include the regional ecumenical associations, in Europe the Conference of European Churches (CEC) that prepared its own position paper for the Soesterberg Conference: “European Social Market Economy – an Alternative Model for Globalisation? A discussion paper, prepared by the North–South Working Group of the Church and Society Commission” (www.cec-kek.org). The Soesterberg letter attached to this response is also publicly accessible at www.ekvw.de.*

² *Market deregulation denotes the dismantling or complete withdrawal of the state from regulatory intervention in market processes.*

questions concerning the many different reasons for flawed economic developments and the drastic poverty experienced in many parts of the world, particularly by women.³

Hence, totally different developments may be observed in the countries of the South and in eastern European countries. East Asia, South East Asia and South America, in particular, have recorded impressive economic growth rates over the past ten years so that some of these countries have started to successfully compete with production sites in the North. The number of starving people was reduced by 70 million in these parts of the world. Other regions have experienced an aggravation of their economic situation, in particular the situation of the poorest of the poor: hence, the number of hungry people has risen sharply in the Middle East, Sub-Saharan Africa and recently in a number of CIS successor states. In these countries, innumerable people are *excluded* from a life in dignity. In Africa, in particular, whole peoples are excluded from playing an active role in shaping the globalisation process. Apart from domestic causes, e.g. mismanagement by corrupt power élites, ethnic conflicts or the lack of legal security, this is also due to world trade conditions which constitute an unjust framework for many countries. They are therefore in a difficult situation, in particular due to the strongly protectionist attitude of the USA and the EU in the field of agriculture. The EU and the USA spend more than 200 billion dollars annually on subsidizing their agricultural sectors. The governments of the OECD countries⁴ subsidize their agricultural sectors at a cost that, taken together, exceeds the gross national product of all of Africa.⁵

Developments thus vary considerably and must be analysed thoroughly concerning their root causes. The pressing challenge for all those with responsibility in the political and economic spheres is, and remains, the Millennium Development Goals⁶ to halve poverty in the world by 2015, reaffirmed by the UN, the World Bank, the International Monetary Fund (IMF) and leading industrialized nations. Currently there is good reason to fear that these goals cannot be achieved. Within the transnational ecumenical community of churches we consider it to be a scandal that countless people are excluded from a life in dignity. The worldwide worsening of

3 According to the World Bank, the threshold for absolute poverty in (sub-Saharan) Africa is a per-capita income of US\$1 and in Latin America US\$2 per day. Worldwide, 3 billion people currently have to live on less than US\$2 per day. One fifth of humanity (1.2 billion people) eke out a living at less than US\$1 per day. 70 % of them are women. The number of women living in absolute poverty has risen in the last two decades by 50 %. Poverty is increasingly feminine, even in industrialized countries.

4 Organisation for Economic Cooperation and Development: association of leading industrialized nations and economically relatively highly developed countries such as Australia, Iceland, New Zealand, Switzerland, Czech Republic, Hungary.

5 epd documentation 49/2001, p. 34.

6 The main political aim of the Millennium Development Goals is to combat poverty.

the ecological crises is just as grave. Over the past ten years alone, almost 100 million hectares of forest have been lost, mainly due to the fact that poor peasants in Africa and Latin America have been forced to clear forests to obtain arable land or fuel. Only 15 % of the population in the richer countries cause 50 % of worldwide carbon dioxide emissions, but the poorer countries pay, and will continue to pay, the lion's share of the "costs" in the form of the associated acceleration of climate change. Due to environmental destruction, they lose up to 8 % of their gross domestic product every year and suffer from the devastating impact on people's health and well-being. Although the governments of almost all countries committed themselves to engage in ecologically sustainable economic and development policies as early as 1992 at the UN World Summit in Rio de Janeiro, the minimum goals adopted at that conference are far from being achieved. For the benefit of short-term economic interests, the Earth will continue to be damaged in the long run, far beyond the limits of its ecological carrying capacity. Global climate change is becoming increasingly apparent, caused essentially by the excessive use of fossil fuels in the industrialized countries. Future generations, in particular, will have to pay the price. Here, too, the countries of the South will be particularly severely affected.

1.2 The ecumenical perspective in the tension between winners and losers of economic globalisation

Our sister churches in the South and East ask us the following questions:

- What is your own practical real-life experience of the globalisation processes?
- What does the unity of churches as the one Body of Christ mean to you in the context of economic globalisation?
- How do you manage your own funds in your congregations, church districts and regional churches?
- What do you do to ensure fairer economic action and trading in our One World?

The process of radical change associated with economic globalisation has now also reached us.

People increasingly feel marginalized in our society. The scandal of mass unemployment which has persisted since the mid-1970s has become the experience of an entire generation. People are suffering painful restrictions in health care, old-age pensions and social security. These critical developments do *not only* result from the process of economic globalisation but also e.g. from the decades of neglect of the demographic factor and the strong rise in productivity.

In Germany, too, we have a large number of people living in poverty. At the same time, labour-intensive production sectors are outsourced to other parts of the globe so that less highly skilled people have fewer and fewer opportunities in the labour

market. Our fellow citizens therefore feel increasingly insecure when it comes to their livelihood. Almost every day we observe media reports about the decisions taken by companies operating on an international level to slash jobs in Germany and shift them to so-called low-wage countries.

Overall, the unjust distribution of wealth has worsened considerably in the past thirty years: in 1973, 6.5 per cent of German households lived in “relative poverty”, i.e. had an income of less than 50 per cent of the average income of German households. By 1998, this proportion had risen to 10.9 per cent. The number of people on supplementary benefit in Germany has increased fivefold over the past 40 years. In 2002, 2.76 million people received income support. This corresponds to 3.3 per cent of the population. At the same time, the proportion of households considered to be “relatively rich” has increased more than fivefold. In 1998, the upper third of private households accounted for 59 per cent of the entire disposable income of households in the Federal Republic of Germany, while the bottom two-thirds together accounted for only 41 per cent. The development was particularly dramatic for the lowest-income households: the bottom tenth lost 13 per cent within 25 years, while the second-to-last tenth lost 6.8 per cent of its share of the income. Twenty per cent of West German households, i.e. more than 13 million people, are thus falling further and further below the average income level.⁷

People are concerned and ask themselves: Will I be able to maintain my social status in the future? Am I – in particular older workers – in danger of dropping to the status of a social benefit recipient within a few years’ time, irrespective of my current income level, because of the high level of unemployment? How long will I be able to face up to the high competitive pressure? When will I give up struggle and what will happen to my family and myself?

As part of our society, the church is also affected by this trend. Our church members are among the jobless and down-drifters. Apart from several other factors, this also affects the church’s income situation. Will our church be forced to withdraw from certain areas of work and make some of its employees redundant?

We still live in a wealthy society with a well-structured social security system. Compared with many marginalized⁸ churches in the South, German churches still have a relatively strong status within society, are expressly recognized by the government, and are heard on key social issues. Via the church tax system, and hence their members, the churches are able to participate to a large extent in the economic de-

⁷ Federal Ministry of Labour and Social Affairs (ed.) (2001) *Lebenslagen in Deutschland, Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Berlin, p. 26.

⁸ Marginalized churches are churches whose voices are not heard by society.

velopment of Germany, the biggest export nation. This must be included in our considerations if we aim to come up with a serious response to the questions put to us in the Soesterberg letter.

Our response follows the three-stage ecumenical process of “seeing” (chapter 2) – “judging” (chapter 3) – “acting” (chapter 4).

- *In chapter 2 we ask more specifically: what are we aware of concerning the multi-faceted phenomenon of globalisation?*
- *In chapter 3 we try to identify how economic globalisation challenges us as church. What are the theological/ethical questions at stake, and what are we called to do in view of our Christian conception of people and society? Is there a trend towards an absolute economy, with a quasi-religious dimension, in current economic processes? What is the role of the biblical traditions of God’s justice, God’s option for the poor and the well-being of the whole of society in this context? How does our ecclesiology help us to identify the fundamental features of an economy in the service of life?*
- *Chapter 4 deals with areas of action within our church, and our responsibility to speak and act on the basis of dialogue in our own society and the worldwide ecumenical community.*

2. Globalisation

2.1 What are we aware of?

From an economic perspective, the ambivalent term “globalisation” primarily denotes the emergence of international markets for financial capital, products, services and jobs. In that respect, globalisation is a process dating back to the early days of industrialization. Over the last few decades, this process of the increasing integration of worldwide markets has gained new momentum: since the mid-1970s, economic policies have increasingly reflected a liberalization of world trade and world financial markets. This dynamism has generated an incredibly strong increase in international flows of finance, in particular. However, world trade and direct investment in other countries have also shown exorbitant growth.

Due to changes in the political framework and technological innovation, these processes have had particularly strong effects over the past twenty years. The collapse of the states of the Warsaw Pact and the opening up of the borders in virtually all countries in the world has opened up new opportunities for the economy. In addition, there has been an absolutely revolutionary development of information and communication technologies, facilitating the “real-time” handling of information all over the world. Due to the development of traffic and means of transport, the movement of goods and human mobility has taken on new dimensions. Against this background, we are witnessing a globalized networking of trade flows in goods, services and finance and worldwide mobility in business transactions, tourism and migration. Cultural and religious ways of life are intermingling. This gives rise to intensive intercultural and interreligious encounters but frequently also nourishes fears of cultural take-over and alienation. The resulting insecurity and attempts to reject such influences support and strengthen fundamentalist positions. Issues that seemed to have been overcome for a long time are flaring up again: conflicts hide behind cultural and religious motives. Wars are becoming “holy” again.

The exchange of information via the mass media raises people’s awareness of the fact that everything is interdependent worldwide. Apart from the economic aspects mentioned above, this also concerns questions of a global human rights and environmental policy. Environmental threats and policy measures can rarely be considered on a purely national scale.

Hence, a network of global communication and interaction has emerged. We perceive the growth of economic trade relationships but also a sharing of information, ideas, political convictions and religious and cultural patterns. Physical distances are increasingly losing importance. More and more events are simultaneously per-

ceived all over the world and impact different places in the world with ever shorter delays.

The diversity of levels of activity linking up persons over ever-greater distances in less than no time reinforce the impression of complexity and lack of transparency. Economic and political action is increasingly dependent on factors which can hardly be influenced at all, or only very indirectly. One of the key reasons is the fact that local social action is increasingly being influenced by distant factors – such as price trends in remote markets or environmental damage caused in other parts of the world. In the process of globalisation, the relationship between the state, the market and civil society has changed.

Nevertheless, globalisation must not be understood as an imperative. Instead, we must try to identify the political decisions, in particular those concerning economic or business policy, that shape or promote globalisation and serve specific, identifiable interests. The network of information and decision-making emerging throughout the world increases mutual dependence but is by no means a network of equal partners; rather, it is characterized by significant imbalances, by power centres that determine developments to a greater or lesser extent, by direct and indirect dependence – even to the extent of excluding people from any influence worth mentioning.

In greater detail, we see

- more and more countries – including economically weaker countries – having to lift trade restrictions,
- new possibilities for inter-cultural encounters opening up,
- the world market stepping up the pressure to engage in cultural adjustment,
- responsibility for many areas of our lives being increasingly understood as a global task,
- an increase in cut-throat competition with an increase in fundamental insecurity in our countries,
- a decline in political influence on economic processes,
- an increase in migratory movements⁹, at the same time sharper controls on asylum,
- an increase in environmental pollution and overexploitation of resources,
- an increase in public poverty,
- cutting off entire regions/continents (Africa) from world trade,
- social, economic and political developments in Europe, particularly the process of EU enlargement and its consequences for the lives of individuals and societies.

⁹ Migration has become a general term for worldwide migratory movements of individuals and groups searching for new perspectives for survival.

2.2 The return of economic liberalism as a challenge for the churches

Most ecumenical statements call the process of economic and cultural globalisation “neo-liberalism”. Since this term has ideological connotations and thus renders discussions more difficult in the German economic debate, we will replace it by “economic liberalism”.¹⁰

In the context of economic globalisation, we have experienced a renaissance of economic liberalism all over the world. This is a policy that underlines individual entrepreneurial action, the freedom of individual economic units¹¹ and the positive force of competition within a market economy. The theory is based on the principle of increasing efficiency by means of competition, which promotes performance. The prime task of the state is to guarantee private property rights, establish freedom of contract, create the conditions for a stable currency and keep markets open. The purpose of this stable framework is to offer maximum freedom to the individual and safeguard it over time, promoting individual initiative and individual responsibility. The economic goal is to stimulate the economy, growth and employment. To what extent should this theory, termed “neo-liberalism” in many ecumenical statements, be criticized from a church point of view?

Three aspects must be mentioned:

- The ideological bases of neo-liberalism:
Neo-liberalism is based on the central idea of organizing more and more areas of society according to the market principle, under which people engage in rational calculation and act out of self-interest. This logic follows a strictly individualistic way of thinking. It is inextricably linked with a normative individualism and an understanding of freedom as the freedom from arbitrariness, and as freedom of choice. The yardstick for social development is the action and decisions taken by the individual players, whose freedom is to be protected – in particular the freedom to engage in economic activity. On the other hand, questions concerning a good life for everybody, common social objectives and ongoing solidarity, play a minor role at best. With this one-sided orientation, the neo-liberal conception of people and society is far removed from the way Christians understand them.
- Policy options in economic liberalism:
Decisions taken by the World Bank and the International Monetary Fund (IMF) are essentially determined by an informal agreement of the representatives of the

¹⁰ Not to be confused with what is known in German as *ordoliberalismus*, and whose founders (Eucken, Röpke, Müller-Armack) advocated the linking of economic freedom and a state-guaranteed social balance. See para. 3.2.

¹¹ An economic term characterizing individual economic action.

G8 nations. The developing countries basically do not have a say. Though making up the majority of the world's population, they still cannot enjoy genuine rights of participation in decision-making. Attempts to introduce this have failed because of the current situation regarding voting rights in the IMF and the World Bank. The United States uses its veto to assert liberal economic policies and prevent fundamental reforms. The European Union, too, grants political priority to its particular economic interests, although in certain regards it is now taking more account of sustainability. Global economic control mechanisms thus form an undemocratic structure in parallel to the United Nations system, preventing the developing countries from representing their interests in international financial institutions. The failure of the 2003 World Trade Conference held in Cancún, Mexico, is a sign of the protest of many developing countries and emerging economies.

- The real effects of neo-liberalism:

In some parts of the world, economic liberalism has successfully promoted economic growth and prosperity, while it has not resulted in an improvement of living conditions for the majority of the population in other parts of the world (e.g. India). Vast parts of Africa have been virtually excluded from worldwide development. The situation of the most deprived groups has remained basically unchanged all over the world. This is mainly due to the excessive debts of the South, which have persisted for more than 30 years now. As the example of Argentina has illustrated¹², it has led to a situation in which the funds raised for debt servicing and interest payments time and again exceed capital inflows from direct foreign investment and international development aid. Moreover, social imbalances are being reinforced in almost all countries, as the income of the economic élites grow particularly strongly in countries characterized by the onset of overall prosperity. From a Christian/social ethical perspective, these trends indi-

¹² *In the past, Argentina was considered the richest country in Latin America. Argentina's foreign debt started to get out of control under the military dictatorship from 1976-1983. While Argentina fulfilled the IMF conditions in an exemplary manner in the 1990s, its foreign debt rose to US\$ 146 billion by 1999. This benefited the corrupt political and economic élite in the country and international creditors whose financial interests were secured by new loans granted by the IMF. Massive impoverishment of vast sections of the population led to hunger riots and a massive protest movement as well as total political collapse in 2001: within two weeks, there were five successive presidents. The second element of economic mismanagement was overestimation based on an economic policy primarily focused on money supply control and monetary elements. In this context, the Director of the IMF Department of Research Mussa critically stated in 2002: "And, in view of the Fund's deep and continuing involvement with Argentina's economic policies, and the confidence in and praise for those policies that the Fund so often expressed, it follows that the Fund must bear responsibility for the mistakes that it made in this important case; and it must be prepared to recognize and learn from these mistakes." (Mussa, M.: Argentina and the Fund: From Triumph to Tragedy, Buenos Aires, 2002).*

cate a fundamental problem: can the reinforcement of imbalances be considered legitimate if the poorest social groups also benefit from the overall trend? To what extent has their situation improved in this way over the past two decades? What are the perspectives opened for the poor by current developments? We intend to confront those in positions of political and social responsibility with these questions in order to promote human development.

Overall conditions excluding poor countries from shaping world economic processes contradict the Christian understanding of participation and justice. This includes the dismantling of structural causes of injustice.

2.3 Seeking a different kind of globalisation

In the light of the problematic effects of economic liberalism, many people in the South and North are asking for a “different” type of globalisation. The platform for this search is the World Social Forum (WSF), held for the fourth time in India in January 2004. The WSF is a counter-event held almost at the same time as the Economic Summit in Davos, attended by the heads of governments and economic leaders. The WSF motto is: “Another world is possible”. The forum criticizes the one-sided economic orientation of globalisation and offers hope for an alternative which, however, has only been vaguely sketched so far.

3. Church challenges

3.1 The theological/ethical challenge

The visible effects of globalisation primarily result from increasingly liberalized economic action. The system of a globalized economy currently lacks a clear incorporation in politics. This would require a new moral basis going beyond vague ideas about social justice as generating justice and compensating for injustice. It would mean a paradigm shift, the critical discussion of social ethical categories of freedom, justice and political solidarity. These fundamental ethical decisions determine the relationship of the economy, human beings and society.

It is part of the church's calling to attempt to clarify this dimension of the way we understand human beings and society. Thus the churches have to refer in particular to the fundamental principles of economic liberalism, as – in the words of the 1934 Barmen Theological Declaration – there are no areas of our life in which we do not belong to Jesus Christ but to other lords, or areas in which we do not need justification and sanctification through him (Barmen II).

The church is faced with the task of getting involved in a supposedly “purely technical discussion”.

Wherever those with political responsibility insist that the globalisation of markets does not allow for any alternative, the churches have to critically object on the basis of their confession of faith in God, the creator of justice and righteousness who turns to the poor and weak in a special way. Constantly referring to constraints in the field of economic action entails the obvious risk of clinging to an absolute, unquestioning belief in certain economic strategies. In contrast to this, churches must contribute their insights on social, economic and environmentally sustainable action, couched in new terms in keeping with the times.

3.2 Christian understanding of reality and economic liberalism – differences in perspective and obstacles to understanding

Economic liberalism is problematic when the market principle aims not only at ordering economic activity but also at determining all spheres of social, political life in society. This entails the risk of markets turning into an end rather than a means.

Currently there are many obstacles to understanding between the critics and those who see economic liberalism as the way to shape world economic processes. There is a fundamental discussion about the interrelationship of politics and the economy, and above all about the way to shape the overall framework for social security sys-

tems in the public's best interest. In this respect, there are two contrasting regulatory theories, i.e.:

- control via centralised national bureaucracies, or
- control via market systems determined by decentralized decision-making.

In many debates, this alternative is understood as a fundamental contrast of political models. It hampers thinking and discussion, and frequently also leads to political roadblocks. These obstacles must be overcome, so that policy-making can go ahead. A more specific question is when to presume a failure of government and when to presume a failure of the market. This question must be analyzed both in Germany and worldwide.

In the Federal Republic of Germany, such a model was successfully introduced with the concept of the "social market economy". It combined a functional political framework and the requirements of a market economy. In a historical perspective, this regulatory model was an attempt to reconcile liberal economic approaches with the justice-related ideas of Christian churches and the workers' movement in the post-1945 period. The understanding of the social market economy, – as pointed out by the 1997 Joint Statement of the Council of the Evangelical Church in Germany (EKD) and the German Bishops' Conference on the Economic and Social Situation in Germany ("For a Future Founded on Solidarity and Justice"), depended and continues to depend on the understanding that "economic success and social balance are goals of equal rank and that each has to be seen as a precondition for the other" (para. 143).

The concept of "social market economy" had been expressed beforehand by the Protestant-led ideas of the dissident Freiburg Memorandum and the Kreisau group, later known as the 'ordoliberalism' of the Freiburg School. Its chief aim was to safeguard the pre-eminence of human beings in economic action. The economic order must in particular respect the personal dignity of individuals by guaranteeing their rights and responsibilities. The Kreisau and Freiburg groups saw this order as existing in a competitive system characterized by total competition with a strong government fixing the overall framework. A system of central administration would run the risk of eliminating individual personalities and promoting corruption; pure capitalism leads to the formation of monopolies and oligopolies¹³, – power systems which cannot be kept under control. By contrast, the competitive system stimulates responsible action, grants the freedom of consumption and thus guarantees a general supply of goods in an extremely efficient manner. By means of broadly based ownership, rights of co-determination (participation in decision-making) and possibly profit sharing schemes for employees, where appropriate, individual re-

¹³ *Oligopolies: markets with only few suppliers (currently a widespread market form).*

sponsibility should be facilitated at all levels of economic action. In accordance with these concepts, the competitive system had to be fundamentally supplemented by national economic policy and a social system. The government had to play a crucial role, above all safeguarding and maintaining the principle of competition.

This model which, in view of the new challenges, currently requires “structural and moral renewal” which “must fundamentally aim for a market economy that is socially, ecologically and globally committed” (ibid., para. 11), continues to be exemplary concerning the correlation between the legitimate concerns of economic liberalism and the Christian ideas of justice and solidarity. Right now it is important to build on this attempt to reconcile these approaches and come up with ways of enabling life in dignity, life in fullness for all.

In structural terms, these regulatory and ethical orientations have hitherto been based on nation states. Under globalisation conditions, this framework must be expanded. The question is how essential principles of these models are to be anchored at the level of international institutions so as to ensure a responsible management of globalisation.

3.3 Biblical justice, option for the poor, search for the well-being of creation in its entirety

Inspired by the Biblical promise whereby all shall have “life in fullness” (John 10:10), the question facing the church and each individual Christian is how to shape human and social action in accordance with the promise even though the world has not yet been redeemed.

The church as part of the people of God lives with the mission to preserve the story of God’s mercy and righteousness and to tell this story again and again. It is called upon continually to develop views and socially imaginative ideas on how justice can be done to the poor, vulnerable and marginalized.

The Joint Statement (quoted above) shows God’s merciful action in liberating the People of Israel from captivity in Egypt as being the prerequisite for the Ten Commandments as a system for people’s lives. They are instructions for life in dignity, freedom, justice and truth. They can thus be transferred to a discussion process outside the church.

Recalling the biblical understanding of justice and solidarity, the Joint Statement replaces the process of disintegration and loss of a caring society with a different kind of thinking and action. By recalling and retelling the story of God’s mercy we are motivated “to attend to the poor, weak and disadvantaged in mercy and solidarity” (para. 96).

On the basis of this tradition, the Joint Statement considers the Gospel of Jesus to be the renewal and fulfilment of the promise of the Old Testament of life for the “poor, small, meek and non-violent” (Mt 5:3–12; Lk 6:20–26). Paragraph 99 reads: “He himself trod the path of solidarity, mercy and non-violence. Due to his suffering and violent death, he showed solidarity with people in everything (Phil. 2.6–11).” In bonding itself to God and God’s solidarity, the church commits itself to solidarity and justice as one of its constituent features. Hence, the basic statements of the Judeo-Christian tradition contradict all situations calling for the “law of the strongest”. Instead, the political fashioning of justice and righteousness must be oriented towards an understanding of solidarity determined by interrelationship and interdependence. “People who feel bonds of solidarity recognise and pursue common interests, and refrain from seeking their own advantage when this would be at the expense of others or the community” (para. 116). Quoting the 1991 memorandum “The Common Good and Self-interest”, the Joint Statement also directly relates solidarity with social justice. “Searching for justice means approaching the poor and powerless living socially and economically marginalized lives and unable to improve their participation and involvement in society by themselves. Social justice thus rightfully implies advocacy for all those who depend on support and assistance ... It does not consist only of personal care for the disadvantaged but aims at dismantling the structural causes for the lack of participation and involvement in social and economic processes.”¹⁴

“Searching for justice means moving towards those who as the poor and powerless are marginalised in social and economic life and who cannot improve their share and participation in society in their own strength. Social justice has thus, and it is right that it should be so, the character of taking sides for all who are dependent on help and support ... It is not exhausted in personal care for the disadvantaged, but aims at the removal of the structural causes for the lack of sharing and participation in social and economic processes.”

The Joint Statement goes beyond this advocacy for the disadvantaged and the dismantling of structural exclusion mechanisms to include the “rights” of “future generations”. It thus also calls for “equal life opportunities” for those who do not participate or who do not have a corresponding say in the social debate.

“The earth is the Lord’s, and the fulness thereof; the world and they that dwell therein” (Ps 24:1). “In biblical thinking, responsibility for creation is grounded in the idea of people being part of creation along with other fellow creatures (Gen 1-3, Ps 8;

¹⁴ *The Common Good and Self-Interest. A memorandum of the Evangelical Church in Germany, 1991, English version 1992, para. 155.*

104). They share the same destiny as all created life and have special responsibility for the rest of creation. They are supposed to till and care for the earth (Gen 2:15), i.e. make and keep it inhabitable. The special position of human beings does not mean that they have the right to treat non-human creation in an arbitrary or exploitative way. Rather, it commits them to a reverent stewardship of God's creation, based on care, economy and conservation" (para. 123).

3.4 Church action – ecclesiological challenges

In Christian discipleship, the church does not exist for itself. Its freedom is based on the mission to witness to all people in word and deed the good news of God's freely given mercy and liberating presence in our lives and our history (cf. Barmen VI). "That is why faith and life, proclamation and practice in the church should not be divided in the church's behaviour and in its message. Christians cannot share the bread at the Lord's Table without sharing their daily bread. An unworldly holiness would only create an unholy world. Working for human dignity and human rights, for justice and solidarity, is constitutive for the church; it derives this commitment from its faith in God's solidarity with people and from its mission to be a sign and tool of unity and peace in the world. In the endeavour to come closer and unite, divided churches strive to fulfil this mission and send signals of reconciliation" (para. 101). Baptism and the Eucharist are healing and unifying signs of a church that lives and works for renewed people.¹⁵

As the church of Jesus Christ we try to witness to the world by our very existence the truth of the promise given through baptism, whereby we participate in the one Body of Christ. This metaphor of the Body of Christ allows us to understand the meaning of comprehensive participation. In celebrating Holy Communion together, we are invited to share the life of the covenant which is experienced in God becoming human in Christ and which invites us to participate in God's purpose for the world. As a church which is structurally part of the western world, we are being called upon to change our ways, a move that at the present time primarily requires a self-critical approach vis-à-vis our own structures and ways of life. We are being called upon to critically analyze the ways in which we contribute to the threats to

¹⁵ *Baptism as baptism into the death of Christ has ethical consequences that do not just call for personal healing but motivate Christians to strive for the fulfilment of God's will in all areas of life (Romans 9:9 ff., Gal. 3:26-28; 1 Peter 2:21-4:6). (Baptism 10).*

"The Eucharist covers all aspects of life. It is a representative act of giving thanks and providing for the whole of the world ... All kinds of injustice, racism, separation and lack of freedom are radically challenged if we jointly participate in the Body and Blood of Christ. For through Eucharist, the all-renewing mercy of God penetrates and restores human person and dignity." (Eucharist 20) (The church as a Eucharist community – steps on the way to unity. Committee II of the 6th Assembly of the WCC, report from Vancouver 1983, Official Report of the Sixth Assembly of the WCC, Frankfurt 1983, 75 f.).

people's lives in other parts of the world. As the community of the faithful we face up to the challenge of sharing what we are and what we have. We can show a visible sign of our communion as the Body of Christ if we use our resources to enable the most disadvantaged groups in both poor and rich countries to participate in the process of developing social justice. We are therefore committed to introducing instruments and mechanisms that allow us to really share our resources with our brothers and sisters in *one world*.

As the church of Jesus Christ, we are also called upon to raise the Christian perspective in the social debate about justice. The understanding of love in the New Testament goes far beyond a concept of justice of "to each his own". The concept of love breaks through all ideas that try to identify justice with equality, ignoring the diversity intended by God. Love is the response to the fact that God has created us as different persons. It is a particularly strong manifestation of our interdependence. The metaphor of the Body of Christ states that all partake in this body, all are mutually dependent on one another and nobody must be lost.

In this respect, we need a wider concept of justice. We have to ask ourselves whether our investing in institutions enabling people to live, (e.g. especially socialization, education and research) over and above traditional distributive justice, is not an expression of an expanded concept of justice. Another vital question is whether our commitment to the promotion of economic and social development for all people so as to improve their options in life is not an expression of participatory justice.

Calling for comprehensive human rights for *all* people is a consequence of our belief in the communion of the Body of Christ in which all live in mutual responsibility for one another. In this respect, we advocate individual economic and social rights such as the right to life and the right to work.

In a worldwide ecumenical process, the churches today advocate the creation of economic and social justice for *all* people on the basis of free and participatory¹⁶ structures. They also support people in linking their own fight for social and economic justice and freedom with the worldwide struggle for social and economic human rights.

Life on the earth is part of a delicate network of complex interrelations. When the ecological repercussions of economic globalisation adversely affect this network of life created (Rom. 8), God as the creator of life suffers with his creation. It is in conformity with the actions of God as the creator, preserver, liberator and redeemer of

¹⁶ *Participatory: oriented towards the participation of all those affected.*

life in all its diversity if the Church and Christians cooperate with one another and with particularly threatened ethnic communities (indigenous peoples) and with social and ecological movements and other faith communities, both globally and locally, to fight the life-threatening negative environmental effects of globalisation and to develop sustainable alternatives.

As early as in 1980, the United Nations adopted its “Earth Charter”¹⁷ in which it was agreed that nature has an inherent value which all human activities must respect. In the context of economic liberalization, the churches must point out clearly that the Earth is not owned by humanity. Creation does not belong to people; rather, people are part of creation and the Earth is the Lord’s.

Justice also includes the relationship between humanity and nature, the call for environmental justice. Environmental justice is not merely an ethical or political demand but also an expression of the Christian belief that the world is God’s creation. The churches therefore have to seriously consider God’s will and actions with regard to the integrity of creation. They have to ask: what does this mean for our action in church and society when we work for sustainable development based on social and ecological justice and solidarity?

¹⁷ *A document setting out fundamental ethical principles of sustainable development.*
(www.umweltdatenbank.de/lexikon/erd-charta.htm).

4. Starting points for change and levels of involvement

The Christian understanding of freedom as the freedom of self-restraint conforms to the guiding principle of *sustainability*. *Sustainable development* aims to ensure that people all over the world live, work and do business in a way that allows all people – in the North and South, both current and future generations – to live in dignity without destroying the Earth's natural resources.

The Global protection of nature and the environment, the fight against poverty, the promotion of education and training, the strengthening of non-governmental organizations and thus of democratic participation rights, are the basis for sustainable development.

Thus, purely economic globalisation is contrasted with a different principle. It is committed to the socio-ethical principle of solidarity and justice between the strong and the weak, between present and future generations. It calls upon us to adopt a new approach in handling the perception of differences¹⁸ and show a responsible outlook on freedom, in solidarity with our fellow human beings and the rest of creation.

Sustainable development focuses on empowerment and participatory justice: the self-reliant and free participation of all in social and political processes, free access to education, participation, the solution of problems involving all those affected.

The Joint Statement of the EKD Council and the German Bishops' Conference at the UN Conference on Sustainable Development in Johannesburg in 2002 ("Rio+10") reads: "The Christian churches support a worldwide agreement on the ethical bases of a sustainable society, including the recognition of the inherent value of all creatures, commitment to the inalienable dignity of human beings, initiatives for a responsible shaping of globalisation and advocacy of justice for the poorest of the poor and for future generations. In the framework of the ecumenical process for justice, peace and the integrity of creation, the churches have dealt with essential elements of sustainable development. The guiding principle of sustainable development forms the core of Christian social ethics."

In this context, different levels of action and different agents must be considered:

1. The framework of (world) economic development is determined by national and international policies (global governance). National policies shape the relationship between the economy and society (regulatory policies). The United Nations

¹⁸ Perception of differences: the deliberate perception of differences between genders, cultures, generations.

is responsible for the universal wording of human rights standards and must ensure that they are adhered to. The political level, human rights standards also have to be applied to the operations of international institutions (UN, World Bank, International Monetary Fund, World Trade Organization).

2. At the intermediate level, institutions and organizations must be named that in one way or another are faced with the task of implementing and specifically shaping standards which have been worded in general terms. They primarily include companies operating both nationally and internationally, but also trade unions, non-governmental organizations, churches and other religious groups. The latter have to exert – in particular public – influence to ensure that human rights standards are complied with.
3. Last but not least, each individual is responsible as a citizen, voter and consumer. By means of our decisions about what to buy, we have an impact on compliance with human rights standards.

4.1 Societal, economic and social policies

4.1.1 Sustainable development

As the Evangelical Church of Westphalia, we advocate sustainable development

- that shows that the dignity of human beings is inalienable and that the inherent value of God's creation goes beyond its economic usability,
- that combines and integrates the ecological, economic and social dimensions of life,
- whose credibility depends on the global realization of the socio-ethical principle of granting priority to the poor, distributive justice and justice between present and future generations.

We are committed, in particular, to ensuring

- that the principle of sustainable development is implemented in politically and socially effective strategies,
- that in contrast to thinking along the lines of short-term returns (shareholder value), consideration is given to the development of companies in their entirety, including the development of personnel and environmental matters,
- that workers are not only regarded as a cost factor and a pure resource, i.e. labour,
- that a reform of energy policies in our country and also worldwide facilitates effective climate protection and allows us to overcome the energy deficiency of 2 billion people in the world. We consider our country – as all other industrialized countries – to be obliged to adopt a pioneering role by means of moderate lifestyles, rational and efficient energy utilization and the consistent use of renewable energies,
- that our church congregations and church facilities introduce environmental management systems, contribute to the further development of resources and cli-

mate protection¹⁹, and that both issues are tackled in the framework of our church partnerships,

- that a sustainable form of agriculture is carried out, i.e. an ecologically and socially just agriculture free from genetic engineering, that genetically modified foodstuffs are not consumed in church facilities and that genetic engineering does not take place on church land,
- that support is given to initiatives promoting sustainable development in the form of processes related to the Agenda 21.²⁰

4.1.2 Social, ecological and cultural human rights

Human rights aim to protect the life, freedom and dignity of every human being by means of international agreements. The first generation of human rights²¹ tried above all to establish the civil and political rights and fundamental freedoms of the individual. The second and third generations of human rights expanded human rights to include social, ecological and cultural human rights. However, human rights actually relate not only to individuals but also societies, peoples and their economic relationships.

Human rights form the basis on which civil society may develop and prosper both socially, economically and ecologically.

Defining economic and social human rights will initially require the formulation of minimum standards. A distinction will have to be drawn between universal, indispensable thresholds not to be undercut and specific local situations. Those two levels may certainly be characterized by tension; however, universal minimum standards and specific local human rights must not be contradictory but have to be compatible.

The aim is to call for the indivisibility of human rights as a binding feature in shaping globalisation, rather than playing the different forms of human rights off against one another. The churches interrelated in ecumenism are faced with the task of calling for and contributing to the shaping of global human rights awareness. This task includes assistance for the victims of human rights violations and public support for their concerns.

19 E.g. by means of participation in the "Green Cock" campaign (www.kirchliches-umweltmanagement.de).

20 Such as e.g. the regional agenda projects "Fair Play – Fair Life" concerning the 2006 World Football Championship and "The economy has AIDS, too".

21 Universal Declaration of Human Rights – United Nations General Assembly, 10 December 1948.

When it comes to shaping globalisation, the following social, economic, ecological and cultural human rights will play a particular role, besides the classical civil liberties:

- equal opportunities for men and women,
- protection from enslaving work,
- the right to work in dignity,
- fundamental rights of participation,
- the right to health care and education,
- and responsibility for the life support systems of future generations.

4.1.3 World trade – fundamental questions of economic policy

4.1.3.1 World trade, international organizations and conventions (WTO²², ILO²³, IMF, World Bank, GATS²⁴, TRIPS²⁵)

The rules of world trade are determined by international organizations, in which a small number of countries, including countries of the European Union, have a disproportionately strong influence. The world's developing countries and emerging economies are both underrepresented in terms of their influence and in many cases are faced with an excessive financial strain preventing them from appropriately asserting their concerns and interests. The European Union has an important role here in helping to shape global economic, development and trade policy.

Campaigns such as the Jubilee 2000 or the “Clean Clothes Campaign”, initiated or strongly supported by the churches, advocate for changes to achieve fair and just trade. This commitment has become necessary due to the impact of globalisation.

22 WTO: World Trade Organization, formed as the successor organization to GATT in January 1995, headquartered in Geneva. It currently (2001) has more than 130 members. The aim of the WTO is first and foremost to promote free world trade by means of the abolition of customs duties and other trade obstacles. The WTO monitors international trade practices and acts as an arbitrator in the event of disputes (www.umweltdatenbank.de/lexikon/welthandelsorganisation.htm).

23 International Labour Organization (ILO): The International Labour Organization is the UN specialised agency for internationally accepted human and labour rights and social justice. The ILO formulates international labour standards in the form of conventions and recommendations and fixes minimum standards in fundamental labour rights (cf. www.ilo.org).

24 GATS: General Agreement on Trade in Services, an agreement of the WTO (World Trade Organization) member states for the liberalization of the services sector. It is opened up to competition with virtually no limits, with governments losing most means to regulate the market. The agreement is binding for all decision-making and governmental levels (www.gats.de).

25 TRIPS: Trade-Related aspects of Intellectual Property rights: the protection and implementation of intellectual property rights are to promote technological innovation and the transfer and distribution of technology, to the mutual benefit of the producers and users of technological knowledge and know-how, and the compensation of rights and duties in a way conducive to both social and economic well-being (<http://www.jusline.at/tripsa.html>).

Many congregations, church districts and the regional church with their offices and agencies are members or supporters of these campaigns. They provide regular information and discussion forums, and encourage people to get actively involved.

As the Evangelical Church of Westphalia, we consider ourselves to be obliged to inform people about the structures and working methods of international organizations (ILO, International Monetary Fund, World Bank, World Trade Organization) and thus to help them gain an understanding of the differentiated relationship between unjust economic structures and the relationship between wealth and poverty. The aim is to identify macro-economic approaches that facilitate an economy in the service of life.

In order to achieve this goal we call upon the regional government of North Rhine Westphalia to commit itself to the establishment of chairs of economic ethics at the faculties of economics in North Rhine Westphalia. The design of an economy in the service of life today requires a differentiated ethical analysis and training in fundamental questions related to economic policy and theory:

- What kind of relationship between the economy and society needs to be developed? What does an up-to-date economic regulatory policy look like? What is today's normative relationship between the business-related, entrepreneurial dimension of the economy and the macro-economic perspective that shapes the overall framework and the common good? What instruments of economic policy can be used to prevent the impairment of a sustainable economy by liberalized markets?
- How can economic debate and training open up to the demands resulting from the social tasks of an economy in the service of life? How can fundamental ethical issues be taught? What ethical skills do business executives need for global management?
- On what conditions can companies contribute to social costs? What overall conditions have to prevail to promote the social and ecological responsibility of entrepreneurial action?
- What are the inherent value dimensions of fundamental economic categories such as freedom, benefit, labour, performance, market, state, welfare state, growth, free trade, etc.? What are the historical contexts they have to be associated with, and how can they be further developed in the context of globalisation?
- What are the theological and ethical challenges to a society and an economy characterized by Christian values in view of an increase in secularization on the one hand and an increasing dominance of economics on living conditions on the other?
- What are the ethical questions of globalisation resulting from a cultural comparison with economic systems fundamentally characterized by Islamic, Buddhist/Hinduist, Black African etc. orientations?

As the Evangelical Church of Westphalia, we consider ourselves to be obliged to hold discussions with political decision-makers to encourage the Federal Republic of Germany to bring its influence to bear to ensure that

- social and ecological criteria are integrated in the GATS negotiations on the liberalization of trade and services in areas of general interest (water, health care, education). Liberalization is a tool of economic policy, the application of which ultimately needs to be the subject of a political decision that takes account of social and ecological criteria. In this regard, a well-functioning legal system is an indispensable controlling body. The negotiations must be opened up to include the issues debated by civil society at large, and have to be conducted in a transparent manner. If These conditions are not met, the negotiations must be suspended.
- patent laws on medical drugs are restricted if this move facilitates access to life-saving drugs for millions of people such as in the case of HIV/AIDS. This would be possible, inter alia, by means of facilitating access to compulsory licenses contained in the TRIPS agreement. We expressly welcome the fact that the compromise adopted in Cancún is being continued for the countries affected by the AIDS pandemic which do not have a domestic pharmaceutical industry. It allows for imports of low-cost generic drugs²⁶ if the countries are not able to manufacture their own AIDS drugs.
- under the TRIPS agreement potential patents on living organisms are ruled out. Patents on crops entail the risk of letting agriculture become dependent on a handful of multinational corporations. Patent protection undermines the free exchange of seeds, which forms the very basis for the livelihood of the peasants. The issue at stake is agricultural freedom for farmers, in particular peasants, to continue the unrestricted use of their traditional crops which have adjusted to the respective sites.
- staple foodstuffs are excluded from the negotiations of the world trade agreement so as to ensure that poor countries can secure the subsistence of their population by means of subsidies, if necessary, and protect their peasant agriculture from imports.
- that the precautionary principle applies worldwide, i.e. the use of a product or a new process is suspended or restricted until it is scientifically proved to be quite safe.
- the efforts of the World Council of Churches be supported to engage in a critical dialogue with the International Monetary Fund (IMF) and the World Bank to achieve progress with regard to fundamental reforms of the international financial institutions as tools for the international monitoring and shaping of the glob-

²⁶ Generics have been defined as medical drugs whose patent protection has expired and which are offered under a chemical abbreviation, a so-called generic name, instead of the trademark which continues to be protected. (www.wissen.de).

alisation process in accordance with the guiding principle of sustainable development. We consider the Millennium Development Goals²⁷ to halve world poverty, in particular, to be the test for the credibility of the international financial institutions.

- the IMF and the World Bank be reformed with regard to a democratization of voting rights, transparency and accountability, and that the relationship between World Bank and IMF on the one hand and the United Nations on the other be reviewed with a view to introducing an overall concept of global sustainable control of the globalisation process.
- a tax on foreign currency trading (Tobin tax²⁸) be introduced.
- the 1969 ILO Convention for the promotion of the rights of indigenous peoples be ratified by Germany, hence achieving a breakthrough for the preservation of the cultural, humanitarian and economic rights of indigenous peoples in globalisation.

4.1.3.2 Privatization of public responsibility for basic services

Since the 1990s, basic public services for the population (water, health care, education, energy and transport) have increasingly been privatized, both in Germany and worldwide.

In many cases, privatization is effected without consideration of the required ecological and social framework. Hence, social pre-conditions for basic public services are being undermined.

The provision of public goods requires a clear framework and an assessment of the ecological impact.

This requires a clear framework and an assessment of the social and ecological impact. Every individual should be able to use these fundamental services in a sufficient quality.

As the Evangelical Church of Westphalia, we will

- increasingly discuss the relationship between the state and the market in the field of basic public services at events organized by us and get actively involved in the political debate.
- advocate for access to clean water for all people. We support the “Water – a human right” campaign run by *Bread for the World*. Water is a vital gift of God

²⁷ Cf. 1.1 Introduction.

²⁸ A tax on foreign currency transactions, proposed by the American Nobel laureate James Tobin; it would render foreign currency speculation more expensive and thus make it less attractive and yields could be used to finance public tasks.

which everybody is entitled to. Privatization in the water industry therefore must be subject to democratic decision-making and oriented towards social and ecological criteria, ensuring the provision of access to clean water for all people.

- promote a health care system that makes health care accessible to all people. Sufficient medical care must not be a matter of personal income, gender or status. Every human being has a right to health care (Article 25 Human Rights). This is why we call for an expansion of research into tropical diseases and an intensification of the development of new drugs.²⁹
- in this context, we would like to point out that gender mainstreaming³⁰ forms a set of tools called for – e.g. by the WHO – to identify and remedy different standards of supply and medical check-ups. Although many research reports already indicate that diseases develop differently in men and women and thus should also be treated differently, this is hardly ever taken into account in health policy concepts. The gender perspective should also be applied in analysing the social dimension of any disease. The daily global mortality of pregnant women is 1,400. Good and accessible health care for all women during pregnancy and childbirth should be a priority in health systems all over the world.
- advocate a system of education based on a holistic approach. According to the ecumenical understanding, education also includes the provision of points of orientation, besides factual knowledge and specific job-related knowledge. Education must be accessible to everybody and must not depend on the financial assets of the individual or his/her parents. Every human being has a right to education (Article 26 Human Rights). This particularly needs to be stressed regarding girls and women in countries of the South. Two-thirds of those who cannot read and write are female.³¹ In order to eliminate the established correlation between belonging to a specific social class and frequently considerable skill deficits, the promotion of education needs to be substantially improved with a view to offsetting any social and regional inequalities in the starting conditions. For this reason we particularly need appropriate programmes for social education in schools.³²

4.1.3.3 Paid work and basic level of protection

As early as 1997, in their Joint Statement “For a future in solidarity and justice”, the German Catholic and Protestant Churches called for “an extension of the scope of economic policy-making to take account of the trend towards globalisation”, (para. 147) with specific reference to social security. This must be called for and implemented today.

²⁹ Only 1 % of new drugs related to tropical diseases over the past 25 years.

³⁰ Gender mainstreaming means that the different life situations and interests of women and men are regularly considered in all social projects, right from the outset.

³¹ Human Development Report 2004.

³² Cf. *Humandienstleistungen gerecht gestalten. Ein Beitrag zur Zukunft der Arbeit*. EKvW Regional Church Office (ed.), July 2004, p. 25.

Against this background, we commit ourselves

- to raise an awareness of the biblical perspective of life with justice in the congregations and church districts by means of church services, education and campaigns,
- to participate at various levels of social dialogue, seeking the common good and pointing out in particular the effects of economic and political decisions on the vulnerable members of society as our contribution to the discussion,
- to deliberately involve companies and trade unions located in Westphalia in discussions and initiatives,
- to understand the option for the poor as an urgent impetus, in view of the changes in the labour market, to publicly promote fundamental and sustainable reforms in the organization and distribution of paid work and minimum income for securing people's livelihood. The aim is to achieve a just distribution of employment opportunities, i.e. working hours and income, between men and women and between people with different capabilities and talents. Equal opportunities for lifelong learning and a wider choice of different employment contracts may contribute to achieving this aim. In order to ensure that all people obtain an appropriate share in income from employment and the related social standing, the labour market and social policies need to be reformed in a more fundamental way than has hitherto been the case. This dual strategy is the only way to secure the "social integration" of all people. That is why a public debate on the implementation of this dual strategy is required.
- to accept, as a challenge to our Protestant economic and social ethics, the experience that full employment in the sense of "life-long full-time employment for all" has ceased to be a realistic goal, and to join or initiate the public debate about changes in our understanding of full employment with different options. This call for a redistribution of work is derived from the view that the current distribution of employment opportunities, in particular the uneven distribution of the risk of unemployment is socially unjust and must be taken into account in the understanding of work as a "fundamental element of human livelihood" in social ethics, for reasons of justice.

4.2 Organizations and companies

4.2.1 *Ecumenical partnerships*

As the Evangelical Church of Westphalia, we have maintained ecumenical relationships with partner churches in Asia and Africa, North and South America, eastern and western Europe for many years. They are all affected by the effects of globalisation, albeit to different extents.

As we support our partners based on the worldwide solidarity of the one church of Christ, we commit ourselves

- to engage in a regular exchange of information on the impact of globalisation in our countries and agree on joint action,
- to jointly work on the related theological questions and challenges facing us with regard to our understanding of faith and church,
- to provide them with a forum to voice their experience in the form of invitations, publications and lobbying activities,
- to lobby our government for the remission of debts that cannot be served by the countries affected,
- to encourage and promote studies concerning individual partner countries and issues³³,
- to support human rights activities³⁴,
- to promote programmes and projects within our churches that enable people to actively support human rights, justice, peace and the integrity of creation,
- to foster technological exchange and the exchange of experts between our church and its partner churches,
- to publicly outlaw all forms of trafficking in human beings and launch joint prevention programmes and initiatives with our ecumenical partner churches and to support the victims³⁵,
- to support campaigns related to the World Trade Organizations (WTO) aimed at creating more just economic structures worldwide.

4.2.2 *Global co-responsibility of companies: UN Global Compact*

In 2000, Kofi Annan, General Secretary of the United Nations, initiated a campaign called “Global Compact” as part of the strategy to implement the Millennium Development Goals. It aims at motivating companies operating on an international level to increasingly consider questions related to environmental protection, social responsibility and the protection of human rights in their operations. The global balance of power between politics, the private sector of the economy and civil society has changed. Non-governmental organizations (NGOs) and companies play a major role in these new global partnerships. Some German companies have already joined the Compact, including companies operating in the region of the Evangelical Church of Westphalia.

³³ *Such as the SÜDWIND studies on Congo and Argentina: Südwind e.V.: “Kongo: Handys, Gold & Diamanten. Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung”, Siegburg, May 2004; “Argentinien: Tangotanz auf dem Vulkan”, Siegburg, January 2004.*

³⁴ *E.g. express letter campaigns and legal aid provided by the United Evangelical Mission and the Third World Information Center in Herne.*

³⁵ *Cf. mandate to the Standing Committee for World Mission, Ecumenism and World Responsibility by the 2003 Regional Synod.*

The Evangelical Church of Westphalia

- welcomes this initiative launched by the United Nations,
- intends to encourage the perception and expansion of local approaches for dialogue between the private sector of the economy and civil society,
- points out that given very different levels of commitment in the companies involved, this kind of voluntary self-commitment cannot replace international legally binding framework parameters.

4.2.3 Church and social service agencies as employers

In its social services, the church expresses its life and character. The daily signs of compassion and the many elements of support in people's everyday lives based on small and large-scale initiatives are complemented by the professional services offered by the social service agencies. These put people at the centre. Thus, the dignity of every human being must be maintained and protected from the cradle to the grave. That is why all professional services are always complemented by social policy lobbying activities vis-à-vis municipalities and *länder* and at the federal level.

We know that many of the social service agencies³⁶ are faced with a strong cost and competitive pressure. If their work has to be further restricted or even discontinued in the future, this will affect social peace in our country. We therefore advocate the strengthening and maintenance of these activities.

In this regard, the following features have to be taken into account:

In contrast to companies with a commercial orientation, the social service agencies have a special mission to serve the propagation of the gospel in word and deed. At the same time, they are employers and thus subjected to current industrial law. As the church, we cannot publicly call for sustainable development without considering our own economic activities. This is a matter concerning our own credibility³⁷.

However, at the same time social service agencies are affected by economic restraints and possibilities for funding their work which they cannot determine themselves. The consequences contradict people's sense of justice: the outsourcing of certain areas of work with its substantial long-term effects for the employees concerned, or cuts in wages despite collective agreements, in particular in the lower wage brackets. However, since the church will have to continue to face its responsibility in the social service sector as outlined above, these questions have to be resolved on the basis of responsibility for our mission. It is precisely the continuation

³⁶ *Facilities for people with disabilities, hospitals run by the churches, counselling services, day nurseries, old people's homes, day hospitals or care facilities for homeless people, etc.*

³⁷ Cf. *Joint Statement (ibid.)*. "Church commitment to changes in society will be all the more convincing if it is visible in the church itself" (para. 243).

of activities to meet this responsibility that allows the church and its social service agencies to continue to render a credible contribution to society.

We commit ourselves to continue

- to assist people as Jesus did, disregarding the status of the person concerned, to respect their dignity and help them assert their rights,
- to promote projects that strengthen both the Christian profile and the competitiveness of social service agencies (hospitals, old people's homes),
- to engage in advocacy for the weakest members of our society and lobbying in the political and social arena on their behalf,
- to double our efforts in development policies to tackle the root causes of poverty, war and refugee movements in those places where the people concerned live.

4.2.4 Handling church funds

As the Evangelical Church of Westphalia we consider the responsible handling of financial transactions to be part of our ethics and we therefore reaffirm that we will take account of ethical criteria in our investments.

We therefore welcome the commitment of our regional church to the "INIK" fund³⁸, an investment fund set up in accordance with economic, ecological and socio-ethical criteria.

We welcome the fact that numerous church districts, congregations and our regional church hold shares in Oikocredit, the ecumenical development cooperative. It grants loans to groups in the poor population strata in countries of the South and East to promote sustainable development in these countries: investing in justice.

We take action to ensure

- that the ecumenical obligation of sharing what we are and what we have will remain on the agendas of our synods and parish councils,³⁹
- that ethical criteria are applied in handling church funds at all levels and that the process to invest church funds in sustainable investment projects will be continued,
- that our church will do everything it can to continue to support the work of Oikocredit and publicly promote this concern in our congregations and the public at large.

³⁸ INIK: Initiative für nachhaltiges Investment der Kirche - initiative for sustainable church investment.

³⁹ Cf. negotiations of the first (ordinary) meeting of the 12th Regional Synod in Westphalia from 9–13 November 1993, p. 244.

4.3 Civil and voluntary commitment

Economic and cultural globalisation also poses a global challenge to people's chances of democratic participation. As a church, we advocate a systematic strengthening of democratic rights of participation. As the report of the committee of inquiry "The future of civil commitment" shows, voluntary public welfare work is an indispensable prerequisite for social cohesion. With their voluntary work in all spheres of social life, citizens renew the social fabric day after day. They thus create an atmosphere of solidarity, affiliation and mutual trust.

The multi-faceted voluntary commitment in our church must go beyond its important social dimension and increasingly also influence policy-making.

The EKvW Synod encourages the church members, congregations and church districts to step up their contribution to and involvement in the development of the local community.

The assertion of human rights and the integrity of creation are not conceivable without personal involvement on the part of citizens.

- As customers, all citizens have the opportunity to give preference to fairly traded products over other products.
- The awarding of labels such as Transfair, Flower Label or RUGMARK and Arbeit plus shows appreciation of relevant companies and products. We call upon the church to strive for social and ecological compatibility at all levels of its activities and to take into account the labels which provide information about the compatibility of these products (flowers, paper, cleaning agents, etc.). Public pressure can be built up and exerted by means of public criticism of companies. In this regard, the EKvW supports all forms of civil commitment aimed at supporting ecological and social minimum standards in the production of goods.
- Fairly traded products are consumed at church events (coffee, tea, wine, juice, etc.). The church continues to use *Fair Trade* products as a token of the bonds with our brothers and sisters in other parts of the world.
- We advocate consideration of sustainable criteria in any investment transaction.
- We encourage support for and the purchasing of shares in Oikocredit.
- We ask our members as consumers to buy fairly traded goods and to take into account social standards in the production of their purchases.
- We call upon people to take environmentally sustainable decisions concerning private and business travel and construction and renovation projects, to counteract the increasing consumption of raw materials and non-renewable energies.

5. Conclusion

In our response to the Soesterberg Letter we have tried seriously to address the questions of our worldwide ecumenical partner churches and the problems in our own country related to globalisation. The gap between North and South, rich and poor, powerful and powerless, is threatening to widen and increasingly alienate us all over the world. The complexity of the problems and the magnitude of the challenges may place an excessive strain on us and perhaps cause us to give up hope. It is therefore even more important for us to mutually encourage one another in our local congregations and the worldwide ecumenical community of churches and to take steps to overcome these divisions, with the help of the Holy Spirit and as a sign of hope for the world. Witnessing to our Christian faith requires us to offer spiritual and practical resistance to economic injustice and ecological destruction, as Christians and as churches, and to do everything we can to promote an economy in the service of life both globally and in our own country. To this end, our spirituality needs to be deepened and our lives transformed, as promised by Jesus Christ.

In order to be able to do so, we have a special source of power, a prayer that spans the entire world: the Lord's Prayer. The Lord's Prayer is the common prayer expressing the special identity of the worldwide community of Jesus Christ as a new human community. We may address God as our Father because Jesus, the son of God, has become our brother.

In this context, the fourth and fifth requests are particularly important:

“Give us this day our daily bread. And forgive us our sins, as we forgive those who sin against us.” (Matt. 6:11–12).

“Give us this day our daily bread.”

The fourth request emphasizes the fact that the resources we obtain for our daily lives are a gift from God. He gives us what we need, and we are accountable to him for the way we handle these resources. God ensures the survival of all of humanity. Thus, the expression “our bread” in the fourth request is not only related to the obligation of all Christians to share all resources and make sure that economic justice prevails. Rather, this expression also signals their responsibility to fight injustice wherever it occurs. “Our bread” is “bread for the world”, which must not be accumulated and amassed in the hands of a few at the expense of others.

For Christians in the 21st century, the fourth request is a constant reminder of their responsibility to contribute to economic justice for all people. They should do so according to their wealth and the talents with which they have been endowed – individually and as communities – both in their own society and in international economic relationships.

Since the early days of the church, Christians have related the fourth request for their daily bread with the celebration of Holy Communion. Jesus chooses bread, the most common food of his time, on which the survival of humanity depends, and wine, the symbol of life in fulness and celebration, as the sign of his presence as the Lord risen among his people. He does not only want to physically preserve the community of his followers but also to give a sense of direction to their lives. Time and again, he supplies them with God's forgiveness and gives them the power to facilitate fundamental change in human relationships.

In sharing bread and wine, we participate in the life in fullness which Jesus Christ gave his life for. At the same time, he engages us in his service of life. This also irrevocably obliges us Christians in the richer countries to commit ourselves to resolutely work towards a just and fair international economic order in which no one has to starve and all can live a life in dignity and fullness.

“And forgive us our sins.”

The fifth request convinces us of the fact that Christians who have experienced God's forgiveness in its deepest form have powerful resources enabling them to contribute to peace and justice in human relationships. In order for the churches to make a useful contribution to globalisation with a human face, we have to confess our guilt and trust in God's forgiveness, made real in Holy Communion.

As we share in the bread and wine in the presence of the risen Christ, we partake of God's transforming power and hence we are taken into the divine service of life. God wants everybody to have life in fullness. This nurtures our hope. Trusting in this promise, the Lord's Prayer ends:

*“For the kingdom, the power, and the glory are yours, for ever and ever.
Amen.”*

3. Decisions on the Response of the Evangelical Church of Westphalia to the Soesterberg Letter

Decision 1:

Synod adopts the response to the Soesterberg Letter in the amended form.

Decision 2:

Synod requests the Präses, parishes, church districts, church-related associations, offices and agencies to publicise the Response to the Soesterberg Letter and to motivate them to act on its proposals as best they can.

It also invites them to enter into dialogue with representatives of the business community.

The church board is called upon to publish the Response in an appropriate form.

The church board is further requested to compile literature, materials and resources on the topic of globalisation for the different areas of church activity and target groups, and to draw up a list of speakers available for presentations.

Decision 3:

The church board is requested to offer the parishes, church districts, offices and agencies, and church-related associations assistance in 2005 with regard to handling church finances on the basis of ethical criteria, in order to continue at all levels the process already initiated by the regional church of investing funds in projects for sustainable development.

Decision 4:

Synod commissions the church board

1. to take action in connection with the UN Special Assembly in 2005 to effectively support the implementation of the Millennium Development Goals in our church and in the public debate.
2. to ensure that resources are made available to parishes on the topic of “increasing quality of life for poor people”.

Decision 5:

The church board is mandated to present to Synod in 2005 proposals for further action on implementing the goals formulated in the Response (to the Soesterberg Letter).

4. Globalisation

A different kind of globalisation – resistance and opportunities

Privatdozent Dr. Hans Diefenbacher

0. Introduction

When Dr. Möller asked me a few months ago to talk to you today about the issue of “globalisation”, I was not yet aware of the draft response to the “Soesterberg Letter”, prepared by a working group of your regional church. I would not go so far as to say that reading that document would obviate the need for my presentation. However, the text prepared by that working group offers new opportunities for my paper as I can now relate to the complex and competent discussion process taking place in your regional church. I would like to do so on the basis of five steps:

- I would like to start with a few brief comments on the manifestations and concept of globalisation. I associate these comments with a proposition: one of the reasons why it is so difficult to discuss globalisation is that the development of the world economy is frequently interpreted by means of different, inherently logical and conclusive explanatory patterns which, however, are based on different fundamental assumptions and are therefore hard to bring together in one debate.
- I will then explain the proposition that a deliberate shaping of globalisation is required, in the framework of a dual strategy: as a move to impact politics with a view to changing the overall framework of the world economy, and as a specific way of shaping our own economic activity locally, in our municipality and the region in which we live.
- In the third and fourth steps, I will then provide a detailed outline of potential steps that may be taken to change the overall economic framework and our own practical activities.
- In my brief summary, I will deal with the question as to how realistic these proposals are.

1. Two world views: globalisation, neoliberalism and sustainable development

Whoever has spent any time dealing with the issue of globalisation will have a number of favourite examples of positive and negative, convincing and absurd manifestations of globalisation.

- In 2002, around 30,000 consignments with a total of 84 million live animals were cleared at Frankfurt airport – including nine million one-day-old chicks, which are frequently flown halfway around the world. The route from Santiago de Chile via Frankfurt to New York is one of the race-courses for these chicks, which may be shipped without any feed or water until they are 60 hours old.¹
- Average coffee consumption in Germany has been relatively constant over the past few years, at 6.7 to 6.9 kg per capita and annum. Related to average yields per hectare in the cultivation areas this means: every German citizen “uses” a plot of approx. 110 square metres to grow “his” or “her” coffee. A maximum of two out of these 110 square metres is used to grow Fair Trade coffee.²
- Columbia exports cut flowers worth more than € 500.000 annually. For every bunch of flowers that you can buy over here in a supermarket or at a filling station at a price of € 10 euros, 78 cents will get to Columbia. 7 cents out of these 10 euros are paid to the farm workers as their wage. This calculation is based on figures for the year 2000.³
- To continue the example of flowers: based on regular international contact, non-governmental organisations have developed a “Flower Label Programme” to guarantee more just working conditions to the producers in the countries of the south and to protect the environment. The Flower Label Programme comprises an international code of conduct for socially and environmentally compatible cut flower production, establishing, among other things, wages that secure people’s livelihood, gender equality, renunciation of the use of highly toxic chemicals and pesticides, compliance with health regulations and a ban on child labour and forced labour. In September 2004, just under 1,000 German flower shops offered flowers with the FLP label.⁴ Thus, there are alternatives – for producers above all when informed consumers take social and ecological criteria into account in their consumer decisions.
- The development of this programme was only possible due to regular international “bottom up” exchanges. This type of opportunities has been multiplied

1 Schubert, Wolfgang (2003): „Küken fliegen um die halbe Welt – die tierärztliche Grenzkontrollstelle am Flughafen“, in: *Frankfurter Rundschau*, 17 Feb. 2003.

2 Diefenbacher, Hans/Wilhelmy, Stefan (2003): *Eine Welt Bilanz Aschaffenburg 2003. Heidelberg/Aschaffenburg: FEST/Stadt Aschaffenburg/Nord-Süd-Forum Aschaffenburg*, 12. Cf. also Jakubowicz, Dan (2002): *Genuss und Nachhaltigkeit – Handbuch zur Veränderung des persönlichen Lebensstils. Vienna: Promedia.*

3 Pertwee, Jeremy (2000): *Production and marketing of flowers. Doetinchem: Elsevier.*

4 Cf. e.g. VAMOS e.V. Münster (2001): *Blumen Welten – der dornige Weg vom Feld zur Vase. Münster: published by the author.*

by the internet and the use of e-mail. The increasingly cheap transmission of information by means of state-of-the-art technologies facilitates new forms of organisation and trade, some of which require considerably reduced flows of materials and commodities.

Let me change perspective. Is there a common denominator for the term “globalisation”? First of all: the term “globalisation” did not emerge until after 1990. Prior to 1990 it was not found in any dictionary in the world. The 1997 edition of Brockhaus, a German encyclopedia, provides the following definition of globalisation:⁵ “Globalisation, buzzword used to designate the global penetration of markets, caused primarily by the increasing importance of international financial markets, world trade, the intensive international orientation of multinational corporations and fostered by new telecommunications technology and innovation in the finance sector.”

This definition is based on the economic dimension of globalisation. Indeed, economic interdependency has caused far-reaching change in the fabric of nations and continents. However, many cultural, partly inherently contradictory globalisation processes are to be observed, i.e. the increase in the cultural diversity in the sphere of life of the individual with a simultaneous decrease in global diversity. A similar phenomenon applies to the increase in the local diversity of goods – with a simultaneous decrease in global diversity, since a large number of varieties which were only of local relevance will presumably disappear from the market once and for all.⁶ Anywhere in the world, consumers may choose between apples from Lake Constance, Tyrol, Chile and South Africa, but out of the 600 varieties of apples sold in Hesse 50 years ago, only 40 are still available today.

However, the term “globalisation” is often used strategically, virtually as a “battle term”: Ernst Ulrich von Weizsäcker, who also chaired the relevant committee of inquiry of the German Bundestag, identifies the following “secondary purposes” of the term:⁷

- “Globalisation” is used as an excuse for national inaction or failure;
- the term is used to exert pressure on national governments or associations;
- and it is used as an excuse for giving up hope, or sulking in a corner.
- In addition, the term “globalisation” is occasionally also used to denote phenomena which are not global at all, in particular regional formation of blocs that tend to exclude certain groups.”

5 Brockhaus (tr.): http://lernen.bildung.hessen.de/global/glob_einf/gbein_01/index_html (5 Nov. 2004).

6 Cf. Brunnhuber, Stefan/Klimenta, Harald (2003): *Wie wir wirtschaften werden*. Frankfurt/Vienna: Carl Ueberreuter, 17.

7 Weizsäcker, Ernst Ulrich von (2004): *Was ist Globalisierung und wie erklärt sie sich?, on the internet (in German)* at www.globalisierung-online.de (2 Nov. 2004).

According to v. Weizsäcker, these problems should be borne in mind in analysing the political phenomenon of globalisation and discussing a rational approach to this phenomenon.

Let us change perspective again. More than 11 years ago, in a paper given in Brussels on 4 March 1993, the then Director of the International Monetary Fund Michel Camdessus listed the following six points as the key problems of the global economy:⁸

- Most of the OECD countries suffer from low growth rates;
- turbulences on the foreign exchange markets have destabilised the world's monetary system;
- tension in world trade relationships has increased;
- economic success in the transition of the eastern European countries to a market economy is very slow;
- there is no indication at all of an improvement in the economic malaise in about half the developing countries;
- there is a crisis of confidence in the effectiveness of international organisations.

Even today, eleven years later, this is a more or less valid description of the problems. It forms the point of departure for many analyses of the development of the global economy. To a certain extent, Camdessus' synopsis is logically consistent as it is based on a certain economic world view, frequently termed "neoliberalism". The related economic policy certainly acknowledges the enormous importance of regulatory tools. However, its fundamental mission of neoliberalism is to extend the free market as far as possible as it is assumed that the market is the only institution providing genuinely efficient economic action for both producers and consumers alike. Efficient economic activity, in turn, is regarded as the basic condition for making optimum economic use of scarce resources. In the framework of this neoliberal world view, the only way to achieve an optimum growth rate for the economy in the long run is to pursue an economic policy based, as far as possible, on liberalism and a free market. In the neoliberal world view, growth is an extremely desirable economic goal, even in a highly developed country such as the Federal Republic of Germany, irrespective of the growth level we have already achieved.

Let me change perspective for the last time. The view held by Camdessus is not the only possible view of the global economy. A different list of the six key problems here would look roughly as follows:⁹

⁸ Cf. "Finance and Development", in: *IMF-Survey*, vol. 22 no. 10, 22 May 1993.

⁹ Cf. also Diefenbacher, Hans (2001): *Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit – zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie*. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft, chapter 11.

- All over the world, economic policy has not been guided by the principle of sustainable development, according to which we should meet our needs in a way that does not deprive future generations of their opportunity to meet their needs.¹⁰
- Programmes to reduce greenhouse gas emissions, in particular, have failed to be properly initiated since this has been prevented by the vested interests of national economies – primarily the United States of America.
- Current world economy and world trade structures result in a persistent redistribution of income, causing a growing trend to a widening of the gap between rich and poor. Within three decades, the income gap between the poorest 20 % and the richest 20 % of humanity has widened from 30:1 to 74:1. 1.300 million people have less than one US dollar per day, another 1.500 million people have less than 2 US dollars available per day.¹¹
- International finance flows have increasingly decoupled from the production sector and taken on a life of their own, with international institutions virtually unable to control them by means of the rights they are currently endowed with. The players on the financial markets have increasingly escaped the power of national states to regulate and control them.
- Finally, national and continental self-interest, e.g. that of the European Union, has resulted in mutual isolation and the establishment of protectionist structures used by the rich countries to protect their producers. These “unfair structures”¹² represent a blatant contradiction of the lip service paid to the promotion of a free world economy. They jeopardise and partly reverse the positive achievements of economic globalisation.
- The international debate about changes in world economic structures continues to ignore a number of crucial, sensitive issues, including above all the ridiculously high costs of armaments and the necessary conversion of the armaments industry.

This view of problems is also inherently consistent. However, the resulting policy recommendations are based on a completely different fundamental conviction: that the market principle can only lead to good results if it is based on a regulatory framework based on the principle of sustainable development, i.e. an economy that comprises ecological and social sustainability as dimensions enjoying equal rights. At the level of world economic policy, such a framework cannot be established by means of deregulation but only by means of selective planning of carefully co-

10 Cf. *World Commission on Environment and Development (ed.) (1987): Our Common Future. Oxford/ New York: Oxford University Press, 43 f.*

11 *World Bank (ed.) (2003): World Development Report. Washington: World Bank.*

12 Cf. *Stiglitz, Joseph (2004): Die Schatten der Globalisierung. Munich, Goldmann, 224 ff., who outlines the example of the protection of the American aluminium market from competition by Russian producers.*

ordinated instruments. This alternative strategy of globalisation, a strategy of politically shaping the social and economic conditions of the global economy, can be called “enlightened interventionism”.¹³

In virtually all debates about specific individual problems of the world economy the two economic “world views” mentioned above result in different recommendations concerning regulatory reforms of the world trade and finance system. The protagonists of these views are rarely engaged in constructive dialogue as a discussion of individual problems is impossible; the discussion always also affects the key questions of the function and the tasks of the economy in a globalised society.

According to the neoliberal world view, stronger global growth can only be achieved by means of consistent deregulation, stronger efforts to achieve efficiency and a further expansion of markets. This results in a release of resources – and above all redundancies! – which may then, according to this theory, be used to tap the potential for growth. This stronger growth will then lead to an increase in public welfare, i.e. will not only benefit the rich.

This world view is predominantly held by the winners of globalisation. Those affected by its negative repercussions outlined in the examples I gave at the outset of my presentation, those that perceive themselves as people dependent on economic powers beyond their control in shaping their own lives, have lost confidence in the promise of positive effects for everybody. As already mentioned, the gap between poor and rich has steadily widened for 30 years. And for at least as long, we have known that the “growth engine of industrialised nations in its current form may not continue to run forever, nor is it suited for all of humanity”,¹⁴ since resources on our planet are finite.

It is therefore entirely justified if people who primarily suffer from the effects of globalisation in its current form ask, in view of economic injustice and ecological destruction, what industrialised countries will be able to contribute over the next few years in order to bring about a different kind of globalisation. Globalisation could set other key goals: the creation of worldwide basic health care systems, or access to educational facilities, the supply of clean drinking water for all of humanity, secure food supplies, housing, and ultimately the integrity of nature. Obviously, the purchasing power in the world markets will not result in an appropriate accomplishment of these goals.

¹³ *Ibid.*, 223.

¹⁴ Brunnhuber, Stefan/Klimenta, Harald (2003): *op. cit.*, 14.

2. Intermediate result: On the need for a deliberate shaping of globalisation

In order to contribute to the accomplishment of these goals, it will be necessary to deliberately shape globalisation on the model of sustainability in both ecological and social terms.

(I would like to summarise four particularly important reasons already mentioned):¹⁵

1. Over the last few decades, the gap between “poor” and “rich” has steadily widened. The unequal distribution of wealth between the developed industrialised countries and the poor countries of the south has intensified significantly. However, this phenomenon is not only observed at an international level but also exists between the poor and rich regions within many countries. A similar flow of resources from the “poor” to the “rich” is frequently even to be observed within given regions.¹⁶
2. Free global competition frequently only allows the strongest market players to survive. Trade unions, companies or entire regions feel forced to compete with one another. The protective barriers they have built around their activities over many years are being dismantled. Jobs are being lost, the wages and salaries of those still in employment are dropping, sales in the domestic region are declining, and this is leading to a decline in employment in the trading sector and the supplier companies. In this scenario, profits may certainly rise if there is a boom in sales abroad. Many companies have increasingly lost their links with the region in which their head offices are located.
3. Over the last two decades, globalisation has in particular also been a globalisation of financial markets. Only about 5 per cent of worldwide financial transactions serve to settle invoices for goods and services traded internationally. 95 per cent of financial transactions are of a speculative nature. Due to the politically desired globalisation of financial markets, crisis phenomena can rapidly be transferred from one large region of the earth to another one – and such crises, in turn, can rapidly and directly affect jobs and thus earned income.
4. In the 20th century, the security of provision was constantly increased due to an improvement in international transportation. In the event of crop failures or other types of disasters, deficits in individual regions were more and more re-

¹⁵ Cf. *inter alia* Zinn, Karl Georg (1998): *Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel*, Cologne: PapyRossa; Ormerod, Paul (1994): *The Death of Economics*, London/Boston: Faber and Faber; Forrester Vivianne (1996): *L'Horreur économique*, Paris: Fayard; German title: *Der Terror der Ökonomie*, Vienna: Zsolnay 1997; Kurtzman, Joel (1993): *The Death of Money*, New York: Simon and Schuster.

¹⁶ Information can be found, *inter alia*, at Trägerkreis des Pilotprojektes *Gerechtigkeit, Armut, Reichtum* (eds.) (1994): *Armut in unserer reichen Gesellschaft*, Mannheim: Industrie- und Sozialpfarramt Nordbaden. Cf. also Douthwaite, Richard (1996): *Short Circuit*. Dublin: Lilliput Press.

liably offset by purchases and transports from unaffected regions – given the corresponding purchasing power. Due to the increase in globalisation, however, we have now reached a state in which the easy availability of goods from other regions has destroyed domestic production in many cases. A function originally used to increase security – being able to buy goods externally, if required – has turned into an all-pervading principle. What is worse: this system is increasingly reducing the amount of superfluous assets it used to have, since the transnational groups, that account for a constantly increasing proportion of world trade, eliminate excess capacity wherever possible – above all in acquiring other companies.

Deliberately shaping a different kind of globalisation thus has to consist of a dual strategy.¹⁷ On the one hand, an attempt needs to be made to shape the overall conditions of the world economy, so that ecologically and socially sustainable behaviour will be worth while for the market players. The second task is to shape economic action in a given place, in a given region such that the inhabitants do not live at the expense of other regions nor have to risk falling victim to crises imported into their regions from other regions by means of economic exchange processes. I would like to comment on these two issues in the third and fourth parts of my presentation.

3. Overall conditions of a socially and ecologically sustainable world economy

Ecologically and socially sustainable parameters are the key elements in shaping a different kind of globalisation. However, there is no simple, overall and easy solution. Rather, the difficult task is having to tackle and deal with many fundamental questions at the same time. In the following, I will present nine issues. The first three issues will focus on questions related to global “justice”, the following three issues will focus on the requirements of “ecological sustainability”, while the last three issues are aimed at contributing to establishing conditions allowing a “development” that integrates the first two principles.

All of these issues show that it is impossible to simply make slight corrections to the above-mentioned “neoliberal world view” of the protagonists of free trade by means of additional measures. The conflict between a neoliberal world view and a world view based on long-term ecological and social sustainability is of a more fundamental nature.¹⁸

¹⁷ Cf. Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hanss (1998): *Jenseits der Globalisierung – Handbuch für eine lokale Ökonomie*. Mainz: Grünewald-Verlag, chapter 2.

¹⁸ The following compilation of the ten issues is an abbreviated and revised version of Diefenbacher, Hans (2001), *op.cit.*, 224 ff.

3.1 Implementation of human rights in economic life

A large number of “comparative financial advantages” that cause trade flows in the world continue to be the result of a violation of human rights. Certain goods are only offered cheaply, if at all, because they are produced under conditions that violate the international conventions and declarations on human rights. The United Nations’ Universal Declaration of Human Rights of 10 December 1948 does not only mention the prohibition of slavery (article 4), but also the right to work, to just and favourable working conditions and the right to protection against unemployment (article 23.1); it also mentions the right to equal pay for equal work (article 23.2) and the right to a standard of living adequate for the health and well-being of both the individual and their families, including sufficient food, clothing, housing, medical care and necessary social services (article 25).¹⁹

The International Covenant on Civil and Political Rights, and above all the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights of 19 December 1966, outline these basic rights in greater detail.²⁰ The International Convention on the Elimination of all Forms of Racial Discrimination of 7 March 1966 and the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women of 18 December 1979 are of direct relevance for the economy.²¹

These principles may be easy to formulate, but it is equally easy to prove that they are not being observed, or at least only being observed to extremely varying extents, in most countries in the world.²² It would certainly be conceivable to impose penalty duties on exports of goods produced at wage rates below the minimum income required in accordance with article 25 of the Universal Declaration of Human Rights. Should the exporting countries not be willing to understand the need for change, other countries could restrict or prohibit the import of such products. Consumer initiatives should contribute to the creation of a political climate for such considerations by making information on production conditions for certain import goods publicly available.²³

19 Cf. *United Nations (ed.) (1951): Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948. Zurich: Europa-Verlag.*

20 Cf. *Alefsen, Heike (ed.) (1998): Menschenrechte im Umbruch. Neuwied: Luchterhand.*

21 *Baum, Gerhart (ed.) (1998): Menschenrechtsschutz in der Praxis der Vereinten Nationen. Baden-Baden: Nomos.*

22 *In this context, it may suffice to refer to the as yet unsolved problem of child labour: cf. Raman, Vasantki (1998): Globalisation and child labour. New Delhi: Centre for Women’s Development Studies.*

23 Cf. *inter alia* the “Clean Clothes Campaign”, which has meanwhile set up an international network and operates as a self-declared NGO control body, just as other Fair Trade campaigns; for further information, go to www.evb.ch/ccc.htm or www.cleanclothes.org.

3.2 Reduction of inequality

While the ratio between the wages of a skilled worker and the salary of a top manager was 1:20 to 1:40 in the 1960s and '70s, it now stands at 1:100 to 1:400. In this context, it is easily forgotten that women have to bear a disproportionate share of the burden of economic and social adjustment policies imposed on lower income groups, since even before that, women were already in a considerably worse economic situation on average.²⁴ In the United States, more than two-thirds of the workers in low-wage categories are women.²⁵ In all industrialised countries, women account for a particularly high proportion of old people living in poverty. Women also usually represent the majority of single parents living in poverty.

Due to the current degree of inequality, a significant reduction in intra- and international inequalities of income and wealth – referring e.g. to a pragmatic implementation of Rawls' concept of inequality²⁶ – is perceived to be required for ethical reasons. As mentioned at the outset, the hopes of combatting poverty by means of growth have not materialised to the extent anticipated by the protagonists of the growth theory. The tools for a policy pursuing this objective are well-known and do not have to be presented in detail here; they range from structural changes in duty and tax policies to the reintroduction of capital tax to funds for regional structures and development in order to promote less-developed sectors and countries.²⁷ I would like to use this opportunity to repeat once again that it is particularly in the field of international trade that every consumer has an opportunity of switching to Fair Trade products.

3.3 Reinforcement of democratisation and participation in economic processes

Economic development should be the result of a process in which the people affected by economic decisions are entitled as far as possible to participate in the decision-making process – at the level of municipalities or regions but also in companies and businesses. In particular in the light of increasing international interdependency, however, there is the risk that western concepts of efficiency, which have been successfully operated in the markets, will also be implemented in societies whose cultural traditions do not grant a similarly important status to this

24 Afshar, Haleh (ed.) (1996): *Women and adjustment policies in the Third World*. Basingstoke: Macmillan.

25 Abowd, John/Kramarz, Francis/Margolis, David (1999): *Minimum wages and employment in France and the United States*. Cambridge, Mass.: NBER [Working Paper No. 6996].

26 Cf. chapter 5.2.5.

27 Cf. Hensche, Detlev/Schumann, Harald et al. (1998): "Globalisierung gestalten, Weltwirtschaft regulieren", in: Kreissl-Dörfler, Wolfgang (ed.): *Schicksal Globalisierung? Brussels: The Green Group in the European Parliament*.

type of economy. Without far-reaching participation, the risk is that this may not just result in cultural uniformity but above all in an increasingly far-reaching domination of more and more spheres of life by economic considerations, often called “commodification”.

3.4 Alternative energy and resources policies

What was already known 30 years ago continues to apply today: “We are consuming too much of the world too quickly and we are producing too much waste.”²⁸ The nations with a high level of consumption in particular make it increasingly difficult for the growing world population to live a decent life on this earth.

The conventional liberal discussion about globalisation does not focus on the need to limit rising flows of material and commodities. Traditional theories do not provide economically active players with any “alarms that could guide a restriction and control of economic growth processes in accordance with human, ecological and social aspects in good time”²⁹. On the contrary: in many official statements, the idea of sustainability is perverted in that further globalisation is expected to produce “sustainable growth”.

The environmental space, e.g. for fossil fuels, is limited by two factors: the finite nature of supplies on the one hand, and the negative external effects resulting from the use of these fuels on the other, i.e. above all environmental pollution and in particular the greenhouse effect. In order to curb the risks of climate change, the use of fossil fuels must be drastically reduced. In addition, the reduction in energy consumption has to go hand in hand with the attempt to bring about a more even distribution of energy utilisation among the world’s population. For the industrialised countries, this distribution principle implies a particularly high proportional reduction in energy consumption.

However, what does the achievement of this reduction goal imply for world trade in fossil fuels or other raw materials for which similar considerations could be put forward? The reduction in consumption levels must be reflected in a reduction in trade volumes. This will only be possible in the context of international economic and environmental agreements. Basically, the right course has been charted with the Kyoto Protocol and the trade in CO₂ emission certificates. However, the industrialised countries and the rapidly developing Asian countries are by no means progressing fast enough on this route.

²⁸ *Milieu defensie Amsterdam (ed.) (1994): Nachhaltige Entwicklung in den Niederlanden.*

²⁹ *Leipert, Christian (1986): „Ist 'humaner Wohlstand' möglich?“ in: Universitas, vol. 41, no. 11, 1109–1120; here 1111.*

3.5 Food and sustainable agriculture

The current production of agricultural products is not based on the principle of sustainability, either. In the countries of the south, in particular, the last few decades have seen a steady increase in the pressure on agricultural areas. The overexploitation of the soil is mainly attributable to four reasons: the introduction of industrial agro-technology, production for export markets, overpopulation in some regions and unequal access to natural resources.³⁰

In order to break the fatal cycle of a deterioration of soils suitable for agricultural cultivation, food scarcity and overexploitation of these soils, a whole package of measures must be pursued at the same time: they include changes in agricultural production methods and changes in nutritional habits. Studies have shown that it may be possible to meet the minimum requirements of healthy nutrition by means of an ecologically oriented agriculture producing food in a way appropriate to a given location.³¹ The high volume of feed exports from the south to the north continues to be problematic. In the framework of site-specific farming, it would not be possible to produce sufficient meat for the entire world population to consume as much meat as currently consumed by people in the industrialised countries of the West.³²

A step in the direction of a corresponding change in the world trade system for agricultural products could be a ban on the export of products at prices below cost price. Furthermore, the international community of nations would have to consider how to prevent the export of agricultural products from regions in which the production of staple food does not suffice to provide for the entire population.

3.6 Minimum ecological and social standards

New or newly negotiated economic accords would have to define and establish regional and international minimum ecological standards to contribute to the creation of overall conditions that would ultimately facilitate an ecological product policy in industry. Such standards should form the basis on which to build a gra-

³⁰ Cf. *Milieu defensie* (1994), 68 ff.; for the following section, cf. also Diefenbacher, Hans (2000): „Welt-ernährung, die Entwicklung der Agrartechnik und internationale Agrarpolitik – ein gordischer Knoten?“, in: Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno (eds.): *Friedensgutachten 2000*. Münster: Lit-Verlag, 220–229.

³¹ Cf. *Milieu defensie* (ed.) (1994), 73 ff.

³² *Ibid.*, 75; cf. also Pretty, Jules (1995): *Regenerating Agriculture*. London: Earthscan and Diefenbacher, Hans (2000).

dual harmonisation of environmental standards “from the bottom up”.³³ As before, provisions of this type would have to be complemented by improved product labelling obligations.

In the last few years, a different perspective has given new stimuli to the debate that had become bogged down – the Global Compact and the related Global Reporting Initiative with which companies can voluntarily commit themselves to a system of social and ecological minimum standards and a related reporting system. It is desirable for as many companies as possible to join this or similar initiatives.

3.7 Reducing the international debt burden

As before, the international debt crisis is far from “over” in 2004.³⁴ Debt service obligations are an extreme burden for a large number of countries in the South, above all those with low gross national products. They cause a crucial restriction of the scope for action for economic development, a disproportionate burden on the poorest population strata due to one-sided structural adjustment programmes, and an ongoing orientation of the production structures in many countries to the generation of foreign exchange income rather than the needs of people.³⁵ Over the next few years, the community of creditor countries must commit itself to engage in further debt reduction measures.

3.8 International control of transnational companies

The trend towards a concentration of market shares on an increasingly smaller number of large corporations operating transnationally still prevails.³⁶ At the international level, there is still no institution endowed with the rights and the authority of a well-functioning anti-trust office. However, such an institution is urgently required.

33 Cf. *EKD Advisory Commission on Development and Environment (ed.) (2000): Food Security and Sustainable Development. Hanover, chapter 10 on the problems of WTO conflict settlement mechanisms; however, similar demands had already been raised by Windfuhr, Michael (1993): „Handel, Umwelt, Entwicklung“, in: Engels, Benno (ed.): Perspektiven einer neuen internationalen Handelspolitik, Hamburg: Junius, 88.*

34 Cf. the annual *Schuldenreports* by *Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED) e.V.*; the 1996 edition contains a „Plädoyer für deutsche Entschuldungsinitiativen“; Eberlei, Walter/Unmüßig, Barbara/Wahl, Peter (1996): *Schuldenreport '96*. Bonn: WEED.

35 Cf. *inter alia* Mistry, Percy (1994): *Multilateral Debt. Bruxelles: FONDAD*; Uctum, Merih/Wickens, Michael (1996): *Debt and deficit ceilings, and sustainability of fiscal policies: an intertemporal analysis*. London: Centre for Economic Policy Research.

36 Cf. *World Bank (ed.) (2000)*.

By means of the “Global Compact” mentioned earlier, a certain amount of progress has been achieved in recent years to involve transnational companies in a dialogue concerning the social and ecological impact of their activities. However, it is necessary to intensively continue this process and generate an international discussion of the development of economic policy tools that might adequately relate productivity growth to increases in earned income.

3.9 Reform of international institutions

Five decades of global policies by the World Bank and the International Monetary Fund, the OECD and the Bank for International Settlements have left deep marks everywhere in the world. The experience gained in the past decade, in particular, has shown that above a certain threshold of inequality in income and wealth, any policy aimed at generating quantitative growth will result in a stabilisation of wealth *and* poverty.³⁷

A different kind of globalisation would have to improve the opportunities for poor countries to have their say in international finance institutions, as a basis for decision-making processes in these institutions. This would imply that the rich industrialised countries would have to surrender some power and influence. Perhaps this is the most difficult point to implement on my list of nine ways to change the overall framework for a different kind of globalisation. Nevertheless I am convinced that we must not stop trying and that we must seek dialogue with German politicians representing Germany in these institutions.

4. Regional economy

Let me turn to the fourth part of my presentation, i.e. the second part of the “dual strategy” for a different kind of globalisation – the question as to how we could change our own local and regional economy to reduce the enormous pressure imposed on the world market, the environment and future generations by the immense energy and resource requirements of industrialised countries. In my view, there is no alternative but to contrast certain parts of the all-pervading global economic system with locally sustainable alternatives – in any case, it makes sense to secure the particularly high-risk sectors of the global economic system by means of local

³⁷ Cf. also Williams, Marc (1994): *International Economic Organizations and the Third World*. New York/London et al.: Harvester Wheatsheaf, here chapter 8.; Non-Aligned Movement Panel of Economists (ed.) (1998): „Elements for an Agenda of the South“, in: *South Letter*, no. 32, April 1998, 24–27.

alternatives. Such a promotion of regional and local economic structures “beyond globalisation” implies focussing on completely different questions, i.e.:³⁸

- What ought to be done in a given region to better meet the needs of people living there?
- Which of the inhabitants of that region could contribute to it?
- How can the resources required for this action be provided?

To avoid misunderstandings: the purpose is not to try to isolate individual regions, and not to withdraw from national or international policy-making. Even if regions have developed regional economic structures, their borders should be open – but competition should not be oriented towards the principle of the survival of the fittest but rather towards the structure of a network based on solidarity. By no means would international trade grind to a halt.

To a certain extent, the scope for action at the local and regional level is affected by the national and international framework. Even though this may seem to be paradoxical at first glance, this also applies the other way round: if local structures were to change significantly in quantitative terms, above all: if consumers were to reorientate their daily purchasing decisions, this would also change the tasks for national and international regulatory policies.

In this context, five principles may be mentioned that may be considered as guiding principles for the shaping of the economy at the local level, i.e. the place where we live:

1. In our regions, too, any economic activity should have to be shaped in a way allowing it to be implemented without causing ecological destruction affecting future generations. The reduction in biodiversity caused by a certain type of agriculture is an example of economic activity in our country which clearly violates this principle.
2. The achievement of economic growth must not be a lasting prerequisite for wealth or full employment, at least not at the high material level achieved by our economy.
3. Every region should be aware of the order of magnitude of the “ecological backpack” imposed on other regions in the world by the domestic consumption pattern and lifestyle. We do not have a second globe available – every region should therefore do everything in its power to reduce the size of this burden.
4. Above all, the energy consumed in a region should be produced to the greatest possible extent by means of renewable sources of energy in this region.

³⁸ See here Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hans (1998), *op.cit.*, chap. 2.

5. Once again, I would like to end on a principle particularly difficult to implement: It will be necessary for a region to have a large number of alternative settlement systems available for people to settle their different needs. International currencies will have to be complemented by: local exchange trading systems (LETS), time deposit accounts, credit cooperatives restricting their activities to a specific region, and other elements.

An economy based on the criteria of local sustainable development will not be controlled by large companies, will be far less driven by international competitiveness but will not generate fast growth, either. It will consist of a network of regions and municipalities that are able to meet many of their requirements from their own resources. The average level of material consumption will perhaps drop slightly from the current level.

A fundamental change in the direction of this kind of economic approach cannot be brought about overnight. However, it is certainly possible to start (re-)establishing local structures in many different areas. There are many projects, including projects in the church sphere or in the framework of processes of the local Agenda 21, that have achieved lasting progress on this road. These projects cannot be considered a blueprint but they are certainly a pattern that may be transferred to other communities.

In terms of the creation of new jobs, the quantitative net effect of individual projects may currently be small. However, the total effect of these projects – in particular if social employment initiatives are taken into account – is considerable. It is therefore important not to see these alternatives as unwanted stopgap solutions for the period allegedly required for the “free market economy” to return to its growth path and thus sort out all its employment problems. There is no prospect of success for this traditional neoliberal strategy. However, taking regional sustainability as a model for orientation might open up new scope for action to help the economy gain a human dimension in line with the requirements of nature.

5. Regionalisation and globalisation: reversing the onus of proof

Let me turn to the end of my presentation. I have tried to show that many different measures are required to promote justice, peace and the integrity of creation in a globalised economy. The attempt to influence the shaping of international policies to change the regulatory framework of the world economy must go hand in hand with the attempt to take small practical steps to change the local and regional economy in a “bottom up” process. These changes will have to be very far-reaching compared with current structures, but it is certainly possible to make headway on

this pathway to change. I hope that my propositions have helped to point out that there is no point in regarding globalisation as a general category and declaring it to be the enemy overall. However, I believe that over the next few years we can subscribe to a demand raised ten years ago by Herman Daly, former member of staff at the World Bank, who called for a change in perspective, virtually the reversal of the onus of proof, instead of further deregulation of the international movement of goods and services:³⁹

“The promotion of domestic products should be considered to be the rule. Where appropriate, balanced foreign trade might be used; however, it should not control domestic affairs to such an extent that ecological and social disasters are looming in the country. ... As a consequence, every measure for the further integration of national economies should be considered as a bad proposal and convincing arguments should be required for every single exception to this rule.”

In my view, international organisations have basically embarked on the right course. The guidelines presented at world conferences such as UNCED – sustainable development – must be translated to scheduled action plans and monitored at review conferences. Non-governmental organisations – in particular the churches – must not slacken in their efforts to get involved in this process and to act as advocates of nature and of people unable to contribute to this process on their own. Above all, however, the churches can encourage people locally, in their congregations and by means of their own example, to take their everyday decisions as producers, consumers and investors in such a way that our economy will become sustainable.

Some of the points I have presented may initially sound utopian. However, I would reply that Utopias point to potential developments in society⁴⁰ – i.e. developments that are feasible. Under this perspective, a different kind of globalisation is not mere fiction in our convictions, not an artificial construction, but the description of a potential future, a potential reality. An “enlightened” utopia is not a static model but requires constant modification. In discussing the elements of a different kind of globalisation – both the opportunities offered and the resistance faced by it – we are forced to review not just our knowledge but also our hopes and wishes, ideologies and goals. With this in mind, I wish you a constructive continuation of the work you have started in your regional church on issues of globalisation.

39 Cf. *Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung* of 14 April 1994, 6 f.

40 Cf. Picht, Georg (1967): *Prognose – Utopie – Planung*. Stuttgart: Klett-Cotta.

5. Appendix

5.1 Letter from the world associations

Dear friends, sisters and brothers in Christ,

we want to share with you the important outcomes of the consultation on “Economy in the Service of Life” held in June 2002 in Soesterberg (The Netherlands). This consultation was jointly held by the World Council of Churches (WCC), the World Alliance of Reformed Churches (WARC), the Lutheran World Federation (LWF), the Conference of European Churches (CEC) and the WARC European Area Committee. It was hosted by the National Council of Churches in The Netherlands.

The Soesterberg consultation was part of a series of consultations on the churches’ response to economic globalisation held in 1999 in Bangkok and in 2001 in Budapest and Fiji. Results of the consultation are formulated in the following three documents:

- A letter to the Churches in Western Europe
- The response of the Soesterberg consultation to the Letter to the Churches in the North from the Bangkok symposium, the message from the Fiji Consultation and a call by the churches of Argentina
- The response of the Soesterberg consultation to the message of the Budapest Consultation of churches in Central and Eastern Europe

You are kindly encouraged to make these available to congregations, ecumenical groups, synods and other decision making bodies in your churches.

The two major objectives of the Western European consultation were:

- to analyse how economic globalisation and the role of money affects societies in Western Europe
- to develop a response from Western European churches to questions raised by churches in Central and Eastern Europe and in the South.

Economic globalisation is most advanced in the sphere of the international financial and monetary system. There has been a dramatic shift in the relationship between the power of financial markets and the power of nation states. An all-pervasive adherence to profit-seeking “shareholder value” has enabled financial flows and transactions increasingly to be separated from the real economy. This has allowed capital to become an end in itself rather than a means to serve the needs of people. Among other developments, this has already produced a whole sequence of

devastating financial crises, and consequently a continual shift of wealth from the poor to the wealthy, both within and between countries, leading to an unprecedented level of global inequality and instability.

A working group on global finances at the Soesterberg meeting called upon churches to urge their governments to give priority to a fundamental reform of the international financial and monetary order in order to bring the financial and monetary sphere closer to the real needs of humanity and to re-anchor money in the real economy. The International Monetary Fund (IMF), the World Bank (WB), the World Trade Organisation (WTO), the Bank for International Settlements (BIS) are key institutions in the process of economic globalisation. The group underlined that churches must engage in encounters with these institutions as well as with national governments and institutions of the European Union. Churches should work in the spirit of globalising solidarity and cooperate with alliances in civil society that are active in this field.

We hope the three Soesterberg documents will contribute to strengthening the dialogue and debate on economic globalisation among churches of different regions. In view of the forthcoming assemblies of CEC (Trondheim 2003), LWF (Winnipeg 2003), WARC (Accra 2004) and WCC (Porto Alegre 2006) we would like to ask the member churches of our organisations to prepare themselves for the debate at the assemblies by responding to the challenges of economic globalisation in a committed way through their appropriate mechanisms for discussion and decision making.

Sincerely yours,

Dr. Konrad Raiser
World Council
of Churches

Dr. Ishmael Noko
Lutheran World
Federation

Dr. Setri Nyomi
World Alliance of
Reformed Churches

Dr. Keith Clements
Conference of
European Churches

5.2 Letter to the Churches in Western Europe – Soesterberg Letter

Dear sisters and brothers in Christ,

we write this letter from the ecumenical consultation on the Economy in the Service of Life that took place from June 15–19, 2002 in Soesterberg (The Netherlands), graciously hosted by the Dutch Council of Churches. More than 80 representatives from Western European churches, as well as guests from churches in Central and Eastern Europe, North America, Africa and Asia, from the Vatican and from ecumenical organisations, gathered under the auspices of the World Council of Churches (WCC), the World Alliance of Reformed Churches (WARC), the Lutheran World Federation (LWF), the Conference of European Churches (CEC) and the European Area Committee of WARC.

The process

The Soesterberg consultation was part of an ongoing process of churches evaluating and responding to urgent challenges raised by economic globalisation, as it affects the lives of people and the rest of creation around the world.

The WARC General Council in Debrecen in 1997 called the churches to “a committed process of progressive recognition, education and confession (processus confessionis) regarding economic injustice and ecological destruction”. The Assembly of the World Council of Churches in Harare later strongly endorsed this position, stating “that all churches around the world must begin to reflect on the meaning of the Christian confession in this time of increasing injustice and uninterrupted environmental destruction”. The Lutheran World Federation has begun a related process with a working paper, “Engaging Economic Globalisation as a Communion.”

Three joint consultations took place in Bangkok in 1999 and in Budapest and in Fiji in 2001.

In response to this ongoing process, we met in Soesterberg to analyse how economic globalisation and the role of money affects societies in Western Europe, and to develop the response of Western European churches to questions raised previously by churches in Central and Eastern Europe and in the South. Attached to this letter, you receive a report on the conference with more information on our deliberations concerning the global financial system and also copies of the letters to churches in the South and in Central and Eastern Europe. The three letters belong together.

Concerns raised

The consultation provided an opportunity to analyse the global financial system and the impact of the unregulated flow of huge amounts of capital on national economies. International financial transactions have registered an incredibly steep rise so much that nowadays only about 1 % of currency movements are due to commercial activities. The financial crises in Asia, Russia, and most recently Argentina had and continue to have devastating consequences for peoples and their livelihoods, adding to the already unbearable debt burden in many countries. Other aspects of the accelerated process of economic globalisation and the changing context were also discussed. Financial markets and trade in commodities and services are more and more integrated, the free movement of people, however, is further restricted. Growing inequality leads at the same time to increasing numbers of migrants who are refused the same rights as other citizens and find themselves and their families in very difficult circumstances and confronted with new expressions of racism.

We were also reminded that the wars in former Yugoslavia and especially the NATO bombing in the Kosovo war had a negative impact on the relationships between churches in Western and Central and Eastern Europe. We shared deep concerns about the militarisation of global politics, increasing military spending and the strong unilateralism of the government of the United States of America (USA) at the expense of the multi-lateral system of the United Nations. The new focus on security undermines the sense of shared vulnerability of human communities and of solidarity with those who lose out in the process of economic globalisation.

Life in its fullness for all people and the whole creation –
Overcoming neo-liberal globalisation

We asked ourselves, how does the promise of the Gospel help us in the task of ethical discernment in the present context:

- The Gospel promises life in all its fullness for all people and the whole creation (John 10,10). This promise was incarnated in Jesus Christ. Nobody is excluded from God's household of life. The Christian community reflects this vision, for the sake of the whole world. Guided by this vision, we strive for an economy in the service of life. Markets and money should enable the exchange of goods in order to satisfy human needs and contribute to the upbuilding of human community.
- Today, however, we see a growing domination of real life by private financial and corporate interests. Economic globalisation is guided by a logic which gives priority to accumulating capital, unbridled competition and the securing of profit in

narrowing markets. Political and military power are used as instruments to secure safe access to resources and to protect investment and trade. This guiding logic is often identified as neo-liberalism. The neo-liberal economic doctrine unleashes the forces of economic globalisation in ways which do not recognise limits. This form of liberalisation has quickly resulted in profound political, social, cultural and even religious repercussions, which affect the lives of people all around the world through growing inequality, impoverishment, injustice and environmental destruction.

- Churches participating in the ecumenical process (for example at the WCC Harare Assembly) have affirmed that the ideology of neo-liberalism is incompatible with the vision of the *oikoumene*, of the unity of the Church and the whole inhabited earth. Extensive and growing injustice, exclusion and destruction are opposed to the sharing and solidarity associated with being the body of Christ. What is at stake is the quality of communion, the future of the common good of society and the credibility of the churches' confession of and witness to God, who stands with and for the poor.
- For the sake of the integrity of their communion and witness, churches are called to confront the neo-liberal doctrine and practice and to follow God. From the consultations so far, there is growing agreement that running the global market according to an unquestioned neo-liberal doctrine becomes idolatrous, leading to exclusion, violence and death. This reality, but also the possibility of transformation and alternatives, unfolded as we shared stories of those suffering consequences of the implementation of neo-liberalism and listened to the letter and the messages from our Southern and Central and Eastern European sisters and brothers.

Questions for consideration

In the ongoing process, we ask congregations and synods of our churches to consider the following questions regarding positions and practices by the churches themselves:

- What is the meaning of the unity of the Churches as the one body of Christ; of baptism, of eucharist and ministry in the context of economic globalisation? How do the Bible readings and liturgies during the church year speak to us in this context?¹
- Why are our churches addressing poverty but hesitate to address wealth?

¹ WARC sponsored a consultation on Bible readings and liturgies during the church year in July 2001 in Basel. Kairos Europa prepared a publication with helpful material.

- How do our churches deal with their own money, their pension funds, investments and real estate? Are banks, to which our churches are related, involved in tax evasion, in ethically unacceptable investment and speculation practices and other activities undermining the capacity of the state to strive for the common good?
- Is our observation correct that in many European countries the state has increasingly surrendered to the concept of the free market, reducing its historic role as guardian of the common good and defender of the weak?
- As far as we as churches with our social and health services are involved in competitive markets, do we realise our potential to shape market conditions in the interest of the public good as well as in the interests of our churches? How do we respond to the increasing privatisation of public and social goods and services essential for life such as water, health care, education etc.?
- What kind of consumption and life-style do we practise and promote? How can we as churches and individual church members raise awareness of climate change and work for environmental protection, using, for example, energy more carefully in church buildings, housing, transport etc.?
- How do we engage in the public discourse on economic policies and with institutions promoting and implementing neo-liberal economic practices? How do we build alliances with social movements, which are calling on governments to strive for the common good and for restoration of a just and sustainable political and social framework for economic activities?

Concrete initiatives for common action

We are fully aware and appreciate that churches in our region and also the Conference of European Churches are already taking action. We especially affirm the document of the North-South Working Group of the Church and Society Commission (CEC) “European social market economy – an alternative model for globalisation?” and want to highlight the orientation on the important basic human values, mentioned in Chapter 5 of this document.²

We are thankful for many existing concrete initiatives at national, regional and global level. We encourage our churches to consider how the following examples might further this work:

with regard to the **debt issue**

- for support of the churches in their recognition of the historical and presently accumulating social and ecological debts, which in fact are owed to people and

² *Values of dignity, justice, freedom, peace, sustainability, responsibility, solidarity and subsidiarity.*

countries of the South, e.g. with the Mission Covenant Church (Sweden), Jubilee South, Friends of the Earth, and Accion Ecologica (Ecuador);

- for the continuation of efforts for cancellation of bi- and multilateral debts of the poorest developing countries and the establishment of a debt arbitration mechanism to reduce substantially the debt burden of other developing countries; the repudiation of illegitimate and odious debt, i.e. in the strategy of Jubilee 2000 and Jubilee South;

with regard to the **financial system**

- for reforms of the international financial architecture that should ensure an adequate representation of all developing countries as well as civil society in the decision-making process, e.g. encounters with senior representatives of IMF and World Bank, an initiative by the WCC;
- for mechanisms to deter excessive, destabilising currency speculation (such as an effective currency transaction tax, Tobin Tax), e.g. the work of ATTAC³ and ecumenical groups and churches supporting it;
- for studying the possibility to treat and tax money like all other commodities, given the fact that currencies are no longer instruments in the service of the economy, but are themselves traded in the financial markets;
- for national and regional central banks to exercise more control over monetary policy and in relation to the markets; develop a multilateral approach to defining common standards to minimise opportunities for tax avoidance by both transnational corporations (TNCs) and investment funds; e.g. supporting the goals of the ongoing political processes in several countries and at the global level to close off-shore centers, control hedge-funds and micro-control of private banks;
- for a multilateral agreement that allows states to tax TNCs on a global unitary basis, with adequate mechanisms to allocate tax revenues internationally;
- for an international convention to facilitate the recovery and repatriation of funds illegally appropriated from national treasuries of developing countries;
- for an increase in official development aid and alternative funding for investments in public goods (health, education, sanitation, water) and basic social services, e.g. by staying engaged with the UN – Financing for Development – Follow-up Process by the ecumenical team of the WCC and by church related NGOs of the South and North (e.g. Social Watch Report, Montevideo);

³ ATTAC is the Association for the Taxation of financial Transactions for the Aid of Citizens. ATTAC was founded in France in 1998, and now has over 80,000 members worldwide. It is an international network of independent national and local groups in 33 countries. It promotes the idea of an international tax on currency speculation (the Tobin Tax) and campaigns to outlaw tax havens, replace pension funds with state pensions, cancel Third World debt, reform or abolish the World Trade Organisation (WTO) and, more generally, recapture the democratic space that has been lost to the financial world.

with regard to **business**

- for legal frameworks guaranteeing corporate social and environmental accountability, e.g. an initiative of the Evangelical Lutheran Church in Canada;
- for strengthening church support to other ways of conducting business with higher social returns, the idea of ecological and social components of business, e.g. as realised in fair-trade, Oikocredit, the economy of communion of the Focolare movement, etc.
- to join the movement for Socially Responsible Investments, ethical investment and ethical/ecological funds, e.g. as in Dutch Green Funds;
- to promote the introduction of tax credits as an instrument to increase investments in Green Funds and Social-Ethical Funds, e.g. the recent legislation enacted in the Netherlands.
- for increased individual consumer responsibilities regarding goods, financial transactions, services, e.g. as documented in “Shopping for a better world”;

with regard to the **European Union**

- for supporting ecumenical offices monitoring European policies and European political institutions, e.g. through support for the initiatives by the Church and Society Commission of CEC, the Churches’ Commission on Migrants in Europe (CCME), WCC related European Development Agencies (APRODEV), and Eurodiakonia
- for strengthening policies for social cohesion and inclusion in Europe, both in the EU as well as in other European countries and engagement with the debate on globalisation e.g. with the document of the European Commission on “Responses to the Challenges of Globalisation”;
- for more welcoming and supportive policies concerning migrants, refugees and asylum seekers and against trafficking of women;
- for monitoring EU development policies; the EU and its individual member states should clearly express their responsibility for the eradication of poverty worldwide through decisive action;
- for support of the many initiatives by movements and NGOs monitoring and criticising the EU position in international trade negotiations and the International Financial Institutions;
- for fair, just and speedy negotiations on EU integration;
- for more public accountability of the European Investment Bank and the European Bank for Reconstruction and Development, especially regarding their role in Central and Eastern Europe;

with regard to **international organisations and the UN system**

- for public accountability in international institutions in general and a stronger supervisory role of governments for the common good;

- for more equitable access and more democratic participation in the World Trade Organisation (WTO), promotion of fair trade, priority to poverty eradication in the South, and protection of rights of individuals and communities, e.g. through the Third World Network (Malaysia) and the Ecumenical Advocacy Alliance;
- for a halt on the negotiations on the WTO General Agreement on Trade in Services (GATS), pressing municipalities and governments even more to privatise basic public services (e.g. water, energy, health);
- for the compliance of governments and international institutions, especially IMF, World Bank and WTO with U.N. Human Rights instruments, including economic, social and cultural rights, as e.g. called for by LWF, WCC, Bread for the World, FIAN and EED;
- for refusal to go along with the justification of wars, militarisation of global politics, and increasing military spending in the name of “war against terrorism” instead of using the resources for abolishing the root causes of terrorism by social and economic justice and through better international co-operation in the multi-lateral UN system;
- for the restriction of the arms trade, as in the Small Arms Campaign;

with regard to **civil society**

- for support by the churches for civil society groups and movements to be listened to and taken seriously by governments so that a real dialogue becomes possible, e.g. joining movements like ATTAC as just done by the Alliance of Reformed Churches in Germany;
- for a multilayer approach by churches engaging with the grassroots in lobbying, and networking at local, national, regional and international levels; e.g. by strengthening co-operation with and between church related development agencies, mission boards, WCC, World Communions and their member churches and partners;
- for the establishment of a truth forum, as suggested by the Argentinian Federation of Evangelical Churches⁴;

These initiatives are concrete steps to reverse the tide and to overcome neo-liberal globalisation. They are examples of engagement and communication between economic, ethical and theological perspectives with often underlying antagonistic values, language and institutional rationalities. They often require high sensitivity to

⁴ *In Memory of an encounter: Final document on the Ecumenical Round Table on the situation in Argentina the participants suggest: “1.1.1.3 Promote the creation of permanent truth forum, with significant social, ecumenical and inter-religious participation, along with participation by human rights and justice organisations, from and with the churches of the North, with the goal of having an impact on the understanding that societies and governments have of the external debt issue and on the conditions that are imposed on our societies for their development.”*

make constructive encounters possible. Churches may have a prominent role to play in developing communication between often alienated world views.

We encourage ourselves and each other

Concluding our letter to the leadership and members of our own churches, we want to reiterate what we also write to our sisters and brothers in the South and in Central and Eastern Europe.

Participating in the ecumenical process, we want to encourage ourselves and each other:

- to join together in ecumenical processes to more seriously commit ourselves, because of our religious convictions, to work more vigorously for justice in the economy and on the earth;
- to struggle together for all to enjoy life in all its fullness;
- to analyse the destructiveness of the current economic system and to speak out against the injustices of economic globalisation;
- to search for alternatives by providing financial and spiritual support, and to support already existing and newly emerging economic and social alternatives like Oikocredit, the economy of communion of the Focolare movement, and fair trade;
- to join hands with civil and social movements to further our common goals;
- to facilitate networking to promote solidarity between the churches in the South and the churches in Central and Eastern Europe;
- to call for fair, just and speedy negotiations on the EU integration and recognition of the justified claims of those who are not included in this process;
- to work for social inclusion of all who are affected by negative impacts of economic and social policies;
- to adopt self-restraint and simplicity in lifestyle, in resistance to the dominating cultural patterns of consumerism;
- to call for the establishment of a truth forum, as suggested by the Argentinian Federation of Evangelical Churches⁵, and subsequently
- to seek redress for injustices, such as illegitimate debts and unfair trade conditions.

In order jointly to walk towards an economy in the service of life we need to learn from each other and to remind each other of the one hope that unites us – that is Christ and his life-giving gospel.

⁵ Cf. footnote 4.

5.3 Members of working group Soesterberg Letter

Büscher, Dr. Martin Institute for Church and Society of the Evangelical Church of Westfalia	Committee on social issues
Höcker, Rüdiger Pastor in Minden	Standing Committee on World Mission, Ecumenism and Global Responsibility
Jähnichen, Dr. Traugott Professor at the Ruhr-University Bochum	Committee on social issues
Koblenzer, Friedrich-Wilhelm Prokurist i.R.	Standing Committee on World Mission, Ecumenism and Global responsibility
Koch, Heike Pastor in Bielefeld	Standing Committee on World Mission, Ecumenism and Global Responsibility
Kronshage, Christa Member of Church Board Chairperson	Standing Committee on World Mission, Ecumenism and Global Responsibility
Möller, Dr. Ulrich Member of Church Board Head of the Department for World Mission and Ecumenism	Standing Committee on World Mission, Ecumenism and Global Responsibility
Ohligschläger, Peter Head of the Institute for Mission, Ecumenism and Global Responsibility	Standing Committee on World Mission, Ecumenism and Global Responsibility
Pöppel, Dr. Irmgard Doctor	Standing Committee on World Mission, Ecumenism and Global Responsibility
Reihs, Sigrid Institute for Church and Society of the Evangelical Church of Westfalia	Committee on social issues
Welz, Reiner Department for Church and Society of the Church district Herford	Committee on social issues
Wichert, Udo Manager Member of Church Board	Committee on social issues

5.4 Press release

Economy in the service of life

Westphalian Church takes a stand on globalisation

Bielefeld. An economic concept exclusively based on the “free interplay of market forces” conflicts with the Christian conception of human beings: by itself, the market does not create justice nor environmental protection. Based on this conviction, the Regional Synod of the Evangelical Church of Westphalia adopted a differentiated response concerning the analysis and shaping of economic globalisation under the heading “Economy in the service of life” last Friday (19 November).

In doing so, the Evangelical Church of Westphalia (EKvW) is taking a stand in the current discussion among churches in Europe and worldwide in the run-up to the 2006 General Assembly of the World Council of Churches.

According to the response, the worldwide network, resulting from the liberalisation of global trade and global financial markets, is based on imbalances. It is characterised by economic powers beyond democratic control. This is at the expense of the poor and the poorest of the poor in the countries of the South but also of employees in western countries. As a result, the gap between the winners and losers of globalisation is widening.

EKvW and its partner churches in worldwide ecumenism share the view that this represents a common challenge to Christians all over the world.

EKvW contrasts an unbridled globalised economy with the principle of sustainability. This means: ensuring that people all over the world live in dignity without destroying the Earth’s natural resources. According to the response, the liberalised global economy does not take account of the environmental concerns as a matter of principle. Irreversible damage is already being observed, e.g. with the indications of global climate change. This will affect future generations.

EKvW contradicts the assertion that the globalisation of markets does not allow for any alternatives. Economic strategies cannot claim absoluteness. The market principle must not determine all spheres of social and political life in society, but only order economic activity.

Workers must not be regarded as a mere cost factor. Economic success and social balance are goals of equal rank and each has to be seen as a precondition for the other. A market economy can only serve life if it is social. In Germany, this is an achievement which must not be put at risk.

The Evangelical Church of Westphalia thus advocates the following goals:

- The indivisibility of human rights must be a binding feature in shaping globalisation. This includes: equal opportunities for men and women, the right to work and humane working conditions as well as health care and education, fundamental political participation rights and the responsibility for the life support systems for future generations.
- Social and ecological criteria must be integrated in all international economic agreements. They must e.g. be integrated in the GATS negotiations on the liberalisation of trade and services in services of general interest.
- Millions of people infected with Aids need access to affordable life-saving drugs. To this end, patent rights to medical drugs must be restricted for the affected countries.
- Patents on living organisms must be ruled out as they would increase the risk of letting agriculture become dependent on a handful of multinational corporations.
- Staple foodstuffs must be excluded from the negotiations of the World Trade Agreement so as to ensure that the peasant agriculture in poor countries can protect itself from imports.
- A tax on foreign currency trading (Tobin tax) must be introduced.

Synod encourages the church districts and congregations to take account of social and ecological criteria besides economic criteria in their investments (sustainable investment).

In 2000, the UN committed itself to halving world poverty by 2015. According to Synod's conviction, this goal would be unattainable without radical change. EKvW aims to work towards the achievement of these goals within church and society.

The response states that the church and its social service agencies are also affected by economic restraints which they cannot determine themselves. "Wherever areas of work are limited and entitlements under collective agreements are reduced, wherever redundancies are unavoidable, this contradicts our sense of justice." The regional church therefore commits itself to continuing to promote projects that strengthen both the Christian profile and the competitiveness of social service agencies. It intends to continue to engage in advocacy for the weakest members of our society and to lobby in the political and social arena on their behalf.

For a “different kind” of globalisation

Economist calls for less consumption and more justice –
Global and local changes in the economy

Dr. Hans Diefenbacher Bielefeld

Unless its political framework is changed, economic globalisation will have increasingly disastrous consequences for more and more people and the environment all over the world. This warning was issued by economist Dr. Hans Diefenbacher (Heidelberg) at the Synod of the Evangelical Church of Westphalia (EKvW), who also suggested various possible ways of changing.

The 15th Regional Synod in Westphalia, which is held in Bielefeld-Bethel and will last until Friday, focuses on globalisation on 17 November, which in Germany is traditionally a day of prayer and repentance. Diefenbacher advocated a dual strategy: the attempt to influence international politics must be combined with the “attempt to take small practical steps to change the local and regional economy in a ‘bottom up’ process”. The guest speaker painted the picture of a sustainable economy, not one controlled by large corporations. However, it would not generate rapid growth. It would enable the regions and municipalities to meet many requirements on the basis of their own resources, with the level of consumption “perhaps slightly lower” than the current level.

The economist from the Protestant Institute for Interdisciplinary Research (Heidelberg) outlined the elements used to shape a “different”, i.e. socially and ecologically sustainable, globalisation. According to him, the current system of economic inter-relationships leads to a constant violation of human rights. Diefenbacher: “It would certainly be conceivable to impose penalty duties on the imports of goods produced at below a living wage.” The extreme inequality in wages must be offset by e.g. structural changes in duty and tax policies and the reintroduction of capital gains tax. While the ratio between the wages of a skilled worker and the salary of a top manager was 1:20 in the 1970s, it now stands at 1:400. Another issue: international economic and environmental agreements to stop ecological destruction. After all, “as before, we have to state: we are consuming too much of the world too quickly and we are producing too much waste”. The economist also warned against the “fatal cycle” of a deterioration of soils suitable for agricultural cultivation, food scarcity and overexploitation of these soils. According to him, it is certainly possible to meet the minimum requirements of healthy nutrition by means of organic agriculture producing food in a way appropriate to a given location. Diefenbacher suggested a ban on the export of products at below cost price.

Synod, the EKvW’s “parliament”, will adopt several decisions on the issue of globalisation on Friday 19 November.